

Themenheft

Menschenrechte in Indonesien und Timor-Leste 2020

Watch Indonesia! (Hg.)

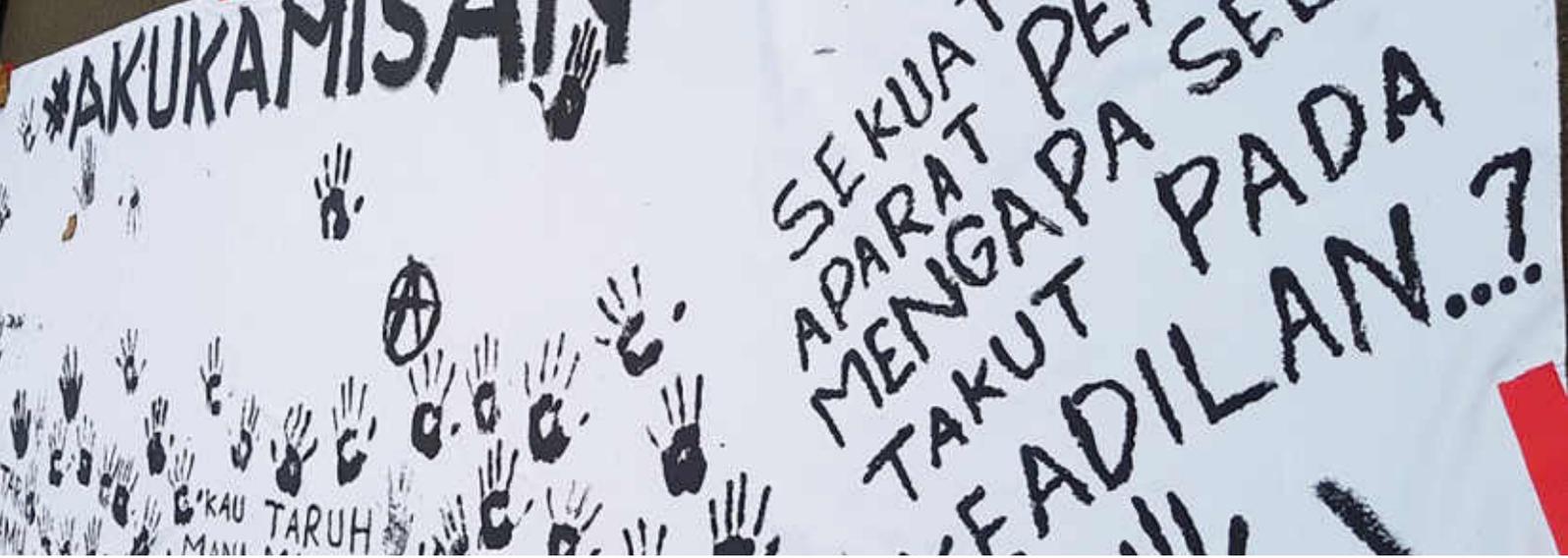


Themenheft: Menschenrechte in Indonesien und Timor-Leste 2020
Watch Indonesia!
Für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Osttimor e.V.
Urbanstr. 114, 10997 Berlin
V.i.S.d.P.: Christine Holike
Redaktion: Christine Holike, Nedim Sulejmanović, Nils Utermoehlen
Korrektorat & Satz: Eva Streifeneder

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Titelfoto: © Chaideer Mahyuddin
Konfliktopfer demonstrieren vor dem Parlamentsgebäude der Provinz Aceh. Sie fordern die Verabschiedung einer Verordnung zur Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission. 10.000 bis 30.000 Menschen verloren infolge des Konflikts ihr Leben, größtenteils Zivilist*innen.

© Watch Indonesia! e.V. 2020



Inhalt



© Andreas Harsono

Editorial	3
Vorwort	
Menschenrechtsverletzungen im Post-Suharto Indonesien (Andreas Harsono)	5
Bürgerliche & politische Rechte	
Straffreiheit von Massenverbrechen in Indonesien – Rechenschaftspflicht verhandeln (Indria Fernida)	8
Die Rückentwicklung von bürgerlichen Freiheiten und Demokratie in Indonesien (Asfinawati)	14
Die ambivalente Beziehung zwischen Staat und indigenen Religionen (Anna Soetomo)	19
Pressefreiheit unter Druck (Ratna Ariyanti)	22
Der wachsende Einfluss des Militärs (TAPOL)	25
Geschlecht, Sexualität & Geschlechtsidentität	
Die Weigerung, irgendwen zurückzulassen – LGBT-Gemeinschaften in Indonesien unter COVID-19 (Ferdiansyah Thajib)	28
Sexualisierte Gewalt – ein schwieriges Thema für die indonesische Gesellschaft (Mariana Amiruddin)	30
Religiöser Fundamentalismus gefährdet Frauenrechte (Lies Marcoes)	34

Beseitigung von Menschenrechtsverletzungen an Arbeitsmigrantinnen – Die Notwendigkeit, über Rechtsinstrumente hinauszugehen _____ (Dinda Nuur Annisaa Yura)	37
Umwelt & Menschenrechte	
Jakarta – Stadtplanung ohne die Bevölkerung _____ (Dandhy Dwi Laksono)	41
Neue Hauptstadt, alte Fehler _____ (Dandhy Dwi Laksono)	45
„Save Kendeng“ – Der anhaltende Widerstand gegen die Errichtung einer Zementfabrik im Kendeng-Karstgebirge _____ (Josephine Sahner)	47
Westpapua	
Das Narrativ der Sicherheit und seine Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation in Papua _____ (Elvira Rumkabu)	50
#PapuanLivesMatter-Bewegung als Chance für den Schutz der Menschenrechte in Westpapua _____ (Barbara Hillebrand)	53
Aceh	
Die Vergangenheit in der Gegenwart – Der lange Kampf für Gerechtigkeit in Aceh _____ (Evi Narti Zain)	56
Timor-Leste	
Die vergessenen Märtyrerinnen von Timor-Leste _____ (Maria Manuela Leong Pereira)	60



Editorial

© Leona Pröpper

Große Hoffnungen wurden 2014 in den Amtsantritt des amtierenden indonesischen Präsidenten Joko Widodo, besser bekannt als „Jokowi“, gelegt. Zuvor begeisterte er mit seinem Wahlkampf all jene Indonesier*innen, die an eine Fortführung der 1998 initiierten Reformasi, die eine umfassende demokratische Öffnung beinhaltete, glaubten. Jokowi nährte den Glauben in der Bevölkerung an die Verwirklichung der Menschenrechte und die Überwindung der Straflosigkeit – nicht nur für vergangene Gräueltaten, die während des Suharto-Regimes (1966-1998) traurige Normalität waren, sondern auch für jene, die noch folgten. Bereits zu Beginn seiner zweiten Amtszeit 2019 galt Jokowi jedoch schon als „kleineres Übel“ gegenüber seinem Rivalen im Präsidentschaftswahlkampf, Prabowo Subianto, dem unehrenhaft aus der Armee entlassenen Ex-General, welchem Menschenrechtsverbrechen nachgesagt werden. Denn entgegen seiner Versprechungen ist es heute schlechter um die Menschenrechte bestellt als zu Zeiten seiner Vorgänger*innen Yudhoyono (2004-2014) und Megawati (2001-2004).

Joko Widodos Unterstützung der Menschenrechte in den Wahlkämpfen 2014 und 2019 erweist sich als rhetorische Übung. Seine bisherigen sechs Amtsjahre haben nicht zu sinnvollen politischen Initiativen geführt und wichtige Vorhaben bezüglich der Vergangenheitsaufarbeitung verschleppt. Die Versäumnisse der Menschenrechtspolitik sind breit gestreut. Religiöse Minderheiten sind weiterhin Schikanen, Einschüchterungen und Gewalt durch Regierungsbeamte und Sicherheitskräfte ausgesetzt. Die Pressefreiheit ist mehr denn je in Gefahr. Von der prekären Lage in Papua können ausländische Medien nicht vor Ort berichten, da ihnen durch indonesische Behörden der Zugang unter dem Vorwand einer bedrohten Sicherheitslage verwehrt wird. Indonesische Sicherheitskräfte werden nur selten für ernsthafte Menschenrechtsverfehlungen zur Rechenschaft gezogen. Die versprochene Eta-

blierung von wirksamen Versöhnungsmechanismen für die Massaker von 1965-66 und die massiven Menschenrechtsverletzungen, die im Zuge des beinahe 30-jährigen bewaffneten Konflikts in Aceh (1976-2005) begangen wurden, bleiben aus. Bei bereits wegen ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechteridentifikation marginalisierten Menschen wird mit hasserfüllter Rhetorik, diskriminierenden Gesetzen und Äußerungen durch Beamte ein bedrohliches Klima geschaffen. Ohnehin weit verbreitete Angriffe gegen sie häufen sich umso mehr.

In Timor-Leste wirken sich die Folgen der Menschenrechtsverletzungen während der indonesischen Besetzung (1975-1999) auch auf die aktuelle Menschenrechtssituation des Landes aus. Die Opfer der während der Besatzungszeit verübten Menschenrechtsverbrechen warten nach wie vor auf eine angemessene Wiedergutmachung. Überlebende Frauen und Mädchen, die neben systematischen Vergewaltigungen und sexueller Sklaverei auch erzwungenen Sterilisationen, Abtreibungen und Verhütungen ausgesetzt waren, haben mit Stigmatisierung und sozialer Ausgrenzung zu kämpfen.

Im Schatten der Pandemie

Bereits vor der COVID-19-Pandemie lancierte die indonesische Regierung zahlreiche Gesetzesvorhaben mit zumindest fragwürdigen Auswirkungen auf die Menschenrechte. Sie untergraben nicht nur individuelle Freiheits- und Frauenrechte sowie den staatlichen Schutz marginalisierter Gruppen weitreichender als bisher, sondern ordnen Menschenrechte und Umwelt einem zweifelhaften Wirtschaftsparadigma unter.

Grassierende Straflosigkeit, vor allem in der Palmölwirtschaft und dem Bergbau, die brutalen Menschenrechtsverletzungen in Westpapua sowie die schleichende Remilitarisierung von Politik und Bürokratie stellen die indonesische Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidi-

ger*innen und Umweltschützer*innen ohnehin vor große Herausforderungen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass im Schatten der COVID-19-Krise Tatsachen geschaffen werden sollen, welche Menschenrechte und Demokratie noch weiter aushöhlen. Das erst Anfang Oktober verabschiedete „Omnibusgesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ ist einer der ersten Belege hierfür. Nachdem öffentlicher Protest aufgrund von breit angelegten Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 kaum mehr möglich war, verabschiedete das Parlament einen Änderungskatalog für mehr als 70 Gesetze hinter dem Rücken von Gewerkschaften und pro-demokratischen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Das Gesamtpaket untergräbt das Arbeitsrecht genauso wie Umweltstandards und die Entscheidungskompetenzen der Regionen.



© Andreas Harsono

Facettenreiche Beiträge

Das vorliegende Heft versammelt vor allem Perspektiven von Menschenrechtsverteidiger*innen aus Indonesien und Timor-Leste. Dass so viele Beiträge Geschlechterthemen behandeln, verwundert nicht. Sind es doch vor allem Frauen, besonders solche in ohnehin prekären Lebens- oder Arbeitssituationen, sowie LSBTIQ, die an untere Ende der Menschenrechtsskala verwiesen sind oder weiter werden sollen. Sie sind es auch, die die erdrückende Last von andauernden Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen zu tragen haben. Eine Reihe von Gesetzesvorhaben, wie beispielsweise das sogenannte Familienstärkungsgesetz oder Bestandteile der geplan-

ten Strafrechtsreform, könnten diese Last weiter erhöhen. Gleichzeitig treffen Krisensituationen wie die Corona-Pandemie oder die Lage in Westpapua diese Gruppen häufig am härtesten.

Es gilt aber auch: Frauen und die indonesische Frauenbewegung demonstrieren eine enorme Widerstandskraft und mit Blick auf die Realisierung von Menschenrechten und Demokratie, kann man sie getrost als Motor der Veränderung bezeichnen. Einige ihrer Stimmen sind hier versammelt.

Auch das Thema Umwelt ist stark vertreten. Der Zusammenhang ist offensichtlich: Die Klimakatastrophe rollt unaufhaltsam auf Indonesien zu und verantwortungsvolle Stadtplanung lässt ebenso auf sich warten wie ein Ende des Raubbaus an der Natur.

In diesem Komplex geraten ärmere Bevölkerungsschichten und vermeintlich Landlose in „unkartierten“ Regionen Kalimantans oder Westpapas immer mehr in Bedrängnis. Umweltverteidiger*innen und solche, die sich einfach gegen die Zerstörung ihres Lebensumfelds oder illegale Landnahmen stellen, sind überdies von Gewalt bedroht. Die Täter bleiben in den meisten Fällen straflos. An der menschenrechtlich prekären Situation der von Hochwassern betroffenen Stadtbevölkerung Jakartas wird auch der geplante Hauptstadttumzug nichts ändern. Schlimmer noch: Die menschenrechtlichen Schief lagen werden aller Voraussicht nach lediglich verlagert.

Was tun

Indonesien ist Mitgliedstaat der G20 und eines der bedeutendsten Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Daneben befindet sich Indonesien auch unter den 50 wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik. Zusammen mit Deutschland ist Indonesien außerdem noch bis Ende 2022 im UN-Menschenrechtsrat und bis Ende 2020 im UN-Sicherheitsrat vertreten.

Der Bundesregierung wie auch Wirtschaftsvertreter*innen und allen, die in diesen Partnerschaften aktiv sind, bietet sich damit eine der besten Gelegenheiten seit Langem, für die Verwirklichung der Menschenrechte in Indonesien und Timor-Leste einzutreten. Das Bewusstsein über vergangene Menschenrechtsverbrechen und deren angemessene gesellschaftliche Aufarbeitung muss endlich entscheidend vorangebracht werden. Der Druck auf Entscheidungsträger*innen muss erhöht werden, damit demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien eingehalten und nicht für kurzfristige Profite aufgegeben werden. Wir hoffen, dass dieses Heft einen Beitrag leistet, relevante Kenntnisse zur Menschenrechtslage in Indonesien und Timor-Leste zu erlangen.

Christine Holike & Nedim Suleimanović



Menschenrechtsverletzungen im Post-Suharto Indonesien

von Andreas Harsono

© Andreas Harsono

Als die asiatische Wirtschaftskrise im Juli 1997 Indonesien traf, begann ich dort über das Verschwinden von Grundnahrungsmitteln von den Märkten und die Niederschlagung von Aufständen zu berichten. Für meine journalistische Tätigkeit bereiste ich viele Teile Indonesiens, das Land mit der weltweit viertgrößten Bevölkerung. Im Mai 1998 trat Präsident Suharto nach 33 Jahren an der Macht zurück. Doch die Gewalt nahm weiter zu, da viele ethnische und religiöse Gruppen versuchten, vom nationalen Zentrum Java – sowohl Suharto als auch sein Vorgänger Sukarno zentralisierten dort die Regierung seit den 1950er Jahren – politische und wirtschaftliche Zugeständnisse zu erlangen.

Auf der Insel Sumatra organisierten Freiheitskämpfer aus Aceh ihre Zeremonien mit offen getragenen AK-47, wobei es häufig zu tödlichen Zusammenstößen mit dem indonesischen Militär kam. Auf der Insel Kalimantan wurden mindestens 6.500 Angehörige der ethnischen Minderheit der Madures*innen massakriert, als rivalisierende ethnische Dayak und malaiische Kämpfer ihre Muskeln spielen ließen und mehr Mitsprache bei der Regierung der an natürlichen Ressourcen reichen Insel forderten. Auf der Insel Sulawesi brachen Spannungen um den Poso-See aus, bei denen 600 Menschen durch die Gewalt zwischen Muslimen und Christen getötet wurden. Osttimor wurde faktisch niedergebrannt, nachdem Indonesien im August 1999 im Referendum verloren hatte, was das Tor zur Geschichte öffnete und die winzige Nation zu einem neuen souveränen Staat machte. In den Provinzen Papua und West-Papua wurde die staatliche Repression gegen die indigene Bevölkerung mit neuen Waldkonzessionen und Bergbaubetrieben einfach fortgesetzt. Die größten Gewalttätigkeiten fanden jedoch auf den Molukken statt, wo christliche Milizen gegen muslimische Dschihadisten kämpften, an denen eine große salafistische Gruppe beteiligt war, die mehr als 5.000 Kämpfer aus Java ent-

sandte. Mehrere Afghanistan-Kriegsveteranen, darunter Angehörige von Al-Qaida, begaben sich ebenfalls auf die Molukken. Dabei wurden zwischen 1999 und 2005 mindestens 25.000 Menschen getötet. Insgesamt verloren in dieser Gewaltperiode in Indonesien mindestens 90.000 Menschen ihr Leben.

In Jakarta unterdessen forderten Studentenprotestler weiterhin „Reformasi“¹. Es war der schwierigste Schlachtruf überhaupt. Denn leider wusste die Welt nichts von der Gewalt, die in Indonesien grassierte.

Al-Qaida verübten die Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington und löste damit die von den Vereinigten Staaten geführten Kriege in Afghanistan und im Irak aus. Der arabische Frühling und der Krieg in Syrien und Kriege anderswo im Nahen Osten zogen die Aufmerksamkeit der internationalen Medien auf sich.

Das erinnerte mich daran, wie der Vietnamkrieg auch die Massaker von 1965-69 überschattet hatte, die in Indonesien an Kommunist*innen verübt wurden, bei denen rund eine Million Menschen getötet und die damals drittgrößte kommunistische Partei der Welt (nach denen in China und der Sowjetunion) verboten wurden. General Suharto stieg nach diesen Massenmorden – den größten in der Geschichte Indonesiens – zum Präsidenten auf.

Die ihm nachfolgenden Präsident*innen haben es bisher versäumt, mit diesen groben Menschenrechtsverletzungen adäquat umzugehen, was eine Kultur der Straflosigkeit und Gewalt förderte. Es sollte Beobachter*innen folglich nicht schockieren, dass auch nach Suhartos Abgang Massengewalt stattfand.

1 Die Jahre nach dem Sturz von Suharto werden gewöhnlich als Era Reformasi (Reformzeit) bezeichnet. Mit dem Ruf nach Reformasi! forderten die Protestierenden umfassende demokratische Reformen (Anm. d. Redaktion).

Dennoch, der Übergangspräsident B.J. Habibie ließ 1999 ein UN-Referendum in Osttimor zu. Präsident Abdurrahman Wahid hob das Verbot der chinesischen Sprache, der chinesischen Schriftzeichen und des Konfuzianismus auf. Präsident Susilo Bambang Yudhoyono stimmte einer von der Europäischen Union geförderten Friedensverhandlung über Aceh im Jahr 2005 zu.

Im Jahr 2001 verabschiedete das indonesische Parlament das Gesetz über die lokale Regierungsführung und dezentralisierte einen Großteil der Zentralbehörden in die Provinzen und Regenschaften. Das Gesetz besagt, dass sechs Sektoren weiterhin in der Zuständigkeit der Zentralregierung bleiben: auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Polizei, Justiz, Steuer- und Währungsangelegenheiten sowie religiöse Angelegenheiten. Aber die Verantwortung für alles andere, von der Vergabe der Forstkonzessionen bis zur Verwaltung des Bildungswesens, wurde den Provinzbehörden übertragen.

Die Einführung der islamischen Scharia – eine Idee die seit 1945 diskutiert wird – bekam im Zuge dieses Gesetzesvorhabens Aufwind und verleitete muslimische Politiker überwiegend muslimischer Provinzen, Verordnungen zu erlassen, die „islamischen Werten“ entsprechen. Yudhoyono, der zwischen 2004 und 2014 regierte, kam diesen Forderungen entgegen und ignorierte dabei die Beschränkungen religiöser Angelegenheiten im Autonomiegesetz. Seine Regierung stärkte die Blasphemie-Rechtsabteilung innerhalb der Generalstaatsanwaltschaft, wodurch es innerhalb eines Jahrzehnts zur Verfolgung und Inhaftierung von 125 Personen wegen Blasphemie kam – verglichen mit den zehn Fällen, seit Sukarno 1965 das Blasphemie-Gesetz eingeführt hatte, entspricht das einem steilen Anstieg.

Das Blasphemiegesetz erkennt in Indonesien nur sechs Religionen an: Islam, Protestantismus, Katholizismus, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus. Unter der Regierung Yudhoyono wurde es auch erweitert, um kleinere nichtislamische sunnitische Minderheiten wie Ahmadiyah und Schiiten zu diskriminieren. Im Jahr 2016 wurde eine Ableitung des Blasphemiegesetzes benutzt, um die gewaltsame Vertreibung von mehr als 7.000 Mitgliedern der Religionsgemeinschaft Gafatar aus ihren Bauernhäusern auf der Insel Kalimantan zu erzwingen.² Das Blasphemiegesetz wurde zu einer politischen Waffe, um Muslime zu mobilisieren. So auch bei den Gouverneurswahlen 2017 in Jakarta, als mehr als 500.000 muslimische Demonstrierende die Regierung aufforderten, den bisherigen Gouverneur von Jakarta, Basuki Purnama, der selbst Christ ist, strafrechtlich zu verfolgen. Ihm wurde auf Grundlage eines manipulierten Videos vorgeworfen, den Koran beleidigt zu haben.³ Er verlor die Wahl und landete für zwei Jahre im Gefängnis.

Im Jahr 2006 führte die Regierung Yudhoyono auch die Regelung der „religiösen Harmonie“ ein, die das Verfassungsprinzip der „Religionsfreiheit“ ersetzte. Das Prinzip der „religiösen Harmonie“ besteht darin, dass die Mehrheit das Vetorecht über die Minderheiten hat. Seine Regierung richtete in jeder Provinz, Stadt und Re-

genschafts sogenannte „Foren der religiösen Harmonie“ als „Beratungsgremien“ ein, um neue Gotteshäuser und andere religiöse Angelegenheiten zu genehmigen. Die Zusammensetzung dieser Foren sollte proportional zur Zusammensetzung der sechs Religionen sein, was in der Praxis die Diskriminierung von Minderheiten verschärft. Dies führte in einem Jahrzehnt zur Schließung von mehr als 1.000 Kirchen in ganz Indonesien.

Anzahl der Gotteshäuser in Indonesien 2010

	Muslimisch Moschee	Protestantisch Kirche	Katholisch Kirche	Hindu Tempel	Buddhistisch Tempel	Konfuzianisch Tempel	
Total	243.199	47.106	11.827	6.417	2.290	707	311.546
Prozent	78,06	15,12	3,80	2,06	0,74	0,23	

Quelle: Indonesiens Ministerium für religiöse Angelegenheiten. Eine laufende Zählung des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten, bei der Drohnen und Fotos verwendet werden, hat mindestens 554.152 Moscheen registriert. Die Zählung begann 2013. Die Zahl deutet darauf hin, dass sich die Zahl der Moscheen in einem Jahrzehnt mehr als verdoppelt hat.

Die Verwaltung von Yudhoyono tolerierte es, dass lokale Politiker*innen diskriminierende Vorschriften gegen Frauen und Mädchen verfassten. Im Jahr 2016 stellte die Nationale Kommission Indonesiens zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Komnas Perempuan) die Existenz von mehr als 400 diskriminierenden nationalen und lokalen Verordnungen fest, die Frauen schaden. Darunter auch der Zwang für Frauen und Mädchen, in Regierungsgebäuden, Schulen oder an anderen öffentlichen Orten Hijab zu tragen. Daneben verbieten ihnen die Hijab-Vorschriften das Tragen eng anliegender Kleidung und verlangen, dass sie ihren Körper außer Händen, Füßen und Gesicht bedecken. Außerdem gehören Ausgangssperren, nach Geschlechtern getrennte Sitzbereiche und weitere Einschränkungen zu den Diskriminierungserfahrungen von Frauen und Mädchen.

Einige Provinzen und Regenschaften haben lokale Verordnungen eingeführt, die auch nichtmuslimische Mädchen zum Tragen eines Hijabs zwingen, wie zum Beispiel West-Sumatra und Aceh auf Sumatra sowie Yogyakarta und Banyuwangi auf Java. Einige Politiker argumentierten, dass nicht-muslimische Schulumädchen sich an die muslimische Mehrheit „anpassen“ sollten. Auf der Insel Lombok forderte ein Regent sogar muslimische Beamtinnen auf, den Niqab zu tragen – einen vollständigen Schleier, der das Gesicht, außer den Augen bedeckt – sowie lange Kleider, die ihre Körperformen nicht offenbaren.

Grobe Menschenrechtsverletzungen, die nach der Unabhängigkeitserklärung von Präsident Sukarno 1945 begangen wurden, einschließlich der Massaker von 1965-69, sowie ethnische und religiöse Gewalt nach dem Sturz von Präsident Suharto wurden nicht angesprochen. Präsident Yudhoyono vermied auch eine Untersuchung der UNO über Missbräuche in Osttimor. Er ließ nur rudimentäre Gerichtsverfahren gegen einige örtliche Beamte zu, ohne indonesische Militär- und Polizeigeneräle anzugehen, die an den Plünderungen und Morden in Osttimor beteiligt waren.

2 <https://www.hrw.org/news/2016/03/29/indonesia-persecution-gafatar-religious-group>

3 <https://www.theguardian.com/world/2016/dec/12/jakarta-governor-ahoks-blasphemy-trial-all-you-need-to-know>

Als Joko „Jokowi“ Widodo 2014 die Präsidentschaftswahlen gewann, versprach er „vermisste Personen“, darunter den berühmten Dichter und Dissidenten Wiji Thukul, zu finden und religiöse Toleranz zu fördern. Seine Regierung organisierte 2015 ein Symposium über die Massaker von 1965-69 und ließ politische Gefangene aus Papua und den Molukken frei, aber er hörte an dieser Stelle auf. Er unternahm nichts, um diskriminierende Regelungen gegen Frauen und Mädchen oder religiöse Minderheiten aufzuheben. Seine Regierung verhaftete bald darauf erneut papuanische und molukkische Aktivist*innen und setzte damit die jahrzehntelange willkürliche Inhaftierung politischer Gefangener fort. Jokowi tolerierte auch die Zunahme diskriminierender Regelungen gegen LGBT (lesbische, schwule, bisexuelle und transsexuelle) Personen. Jokowi und seine Demokratische Partei des Kampfes Indonesiens (Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan, PDIP) entschieden sich dafür, die Staatsideologie „Pancasila“ zur Förderung der religiösen Toleranz einzusetzen. Die Pancasila war ein *politischer Kompromiss*, der während der Unabhängigkeitserklärung 1945 geschlossen wurde. Dieser Kompromiss beinhaltet fünf Prinzipien für Indonesien und wurde in die Präambel der Verfassung aufgenommen. Der erste Grundsatz ist, dass die Republik Indonesien auf „dem Glauben an den Einen und Einzigen Gott basiert, mit der Verpflichtung zur Einhaltung des islamischen Rechts für Anhänger des Islam“.

Am 17. August 1945 argumentierten Delegierte aus Ostindonesien, zu denen Kalimantan, Sulawesi, Bali und die Molukken gehören, erfolgreich, dass der Scharia-Zusatz gestrichen werden müsse, da sie sich sonst Indonesien nicht anschließen würden. Andere muslimische Führungspersonlichkeiten ließen sich auf den Kompromiss ein, dass die Pancasila lediglich den Ausdruck „Glaube an den einen Gott“ beinhaltet.

Die Regime von Sukarno und Suharto benutzten den Begriff Pancasila jedoch, um die Ausschaltung ihrer Gegner zu rechtfertigen. Suharto benutzte die Pancasila, um die Massenmorde zu legitimieren. Eine der größten Milizen Indonesiens benutzt die Pancasila in ihrem Namen. Es ist keine Überraschung, dass einige muslimische Organisationen sich dem Vorhaben der PDIP widersetzen, ein Pancasila-Indoktrinationsgesetz einzuführen. Es ist offensichtlich nicht die Antwort auf die Beseitigung diskriminierender Regelungen und den Schutz der Menschenrechte.

Die Post-Suharto-Wahldemokratie hat dazu beigetragen, die ethnische und religiöse Gewalt zu verringern, aber die bürgerlichen Freiheiten, die Pressefreiheit, die Rechte der Frauen, die Rechte der Kinder, die Religionsfreiheit und die Rechte der Minderheiten sind im Niedergang begriffen.

Es sind einige zivilgesellschaftliche Bewegungen entstanden, wie z.B. unter dem Hashtag #ReformasiDikorupsi (die

Reform wurde korrumpiert). Im Jahr 2019 protestierten Hunderttausende Studierende, indigener Bevölkerungsgruppen und Minderheiten, als das Parlament versuchte, ein neues Strafgesetzbuch mit noch diskriminierenden Paragraphen zu verabschieden, die Rechte verletzen würden. Einige indonesische Studierende begannen, den Rassismus gegen die dunkelhäutige Bevölkerung Papuas wie die #BlackLivesMatter in den USA herauszufordern und organisierten beispiellose Proteste gegen die Kriminalisierung papuanischer Studierender und Aktivist*innen.



„Die Religion darf sich unterscheiden, Freundschaften bleiben.“
© Andreas Harsono



© Andreas Harsono

Die indonesische Führung muss aus den Versäumnissen der letzten sieben Jahrzehnte bei der Nichtbeachtung vergangener Menschenrechtsverletzungen lernen und verhindern, dass deren historische Lasten auf künftige Generationen abgewälzt werden.

Andreas Harsono arbeitet für Human Rights Watch mit Sitz in Jakarta und veröffentlichte kürzlich sein Buch *Race, Islam and Power: Ethnic and Religious Violence in Post-Suharto Indonesia*.



Rechenschaftspflicht verhandeln Straffreiheit von Massenverbrechen in Indonesien

von Indria Fernida

© KontraS

Die 1998 nach dem Sturz des Suharto-Regimes einsetzende demokratische Öffnung sorgte zunächst dafür, dass Menschenrechte formelle Anerkennung fanden. Dennoch ist bisher kein einziger Fall grober Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit erfolgreich strafrechtlich verfolgt worden. Dieses Versäumnis offenbart eine Systemschwäche und mangelnden politischen Willen, die zugleich Grundsteine der Straflosigkeit für aktuelle Menschenrechtsverletzungen sind.

Vom Regime zur demokratischen Öffnung

Indonesien unter der Herrschaft von Suharto (1967-1998) war ein autoritäres Regime. Der Staat verfügte über weitreichende Befugnisse und setzte grobe Menschenrechtsverletzungen systematisch ein, um die Bevölkerung mit militärischer Gewalt zu kontrollieren und zu disziplinieren. Suharto kam an die Macht, nachdem im Zuge der sogenannten „Bewegung vom 30. September 1965“ Millionen von Menschen, die als Anhänger und Sympathisant*innen der Kommunistischen Partei Indonesiens galten, willkürlich hingerichtet und ohne jeden Prozess inhaftiert worden waren. Mit ähnlichen Mitteln wie einst, später gegen mutmaßliche linke Aktivist*innen, muslimische Extremist*innen oder separatistische Gruppen in Aceh, Maluku oder West-Papua gerichtet, hielt er sich im Anschluss 32 Jahre an der Macht.

Nachdem er bei der Bewältigung der regionalen Finanzkrise in Asien, die Indonesien seit 1997 schwer belastete, versagt hatte, zwangen Massendemonstrationen Suharto 1998 schließlich zum Rücktritt. Um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, beugte sich Indonesien in der Folge internationalen Finanzagenturen und Gebern und eine Zeit des Übergangs hin zu einer demokratischeren Gesellschaft – eine Ära, die als „*Reformasi*“ bezeichnet wird – trat ein. Der *Reformasi*-Prozess begann mit einer Phase beträchtlicher Veränderungen des politischen und rechtlichen Systems. Mithin wurde eine Reihe von gesetzlichen und institutionellen Reformen durchgeführt, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung von Menschenrechtsstandards künftig gewährleisten sollten.

Übergangsjustiz

Nach dem Sturz des Regimes fanden Menschenrechte formell Anerkennung. Dies spiegelte sich sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Verfassung wider. Die Annahme des regulatorischen Rahmens einer Übergangsjustiz als Konzept erschien dabei zunächst als adäquate Antwort auf die mit System und zunehmender Eskalation begangenen Menschenrechtsverletzungen des Regimes. Das Konzept der Übergangsjustiz befasst sich mit den Themen Gerechtigkeit, Wahrheitssuche, Wiedergutmachung und die Förderung von Maßnahmen, die eine Nicht-Wiederholung von Menschenrechtsverletzungen garantieren sollen. Dazu gehört das Streben nach staatlicher Rechenschaftspflicht und die Anerkennung der Opfer sowie die Förderung des Friedensprozesses, der Versöhnung und der Demokratie. Diese Anerkennung kann im Einklang mit der internationalen Konzeption von Menschenrechtsstandards gesehen werden, wonach der Staat die Pflicht hat, die Rechte jede*r Bürger*in zu schützen. Bürgerliche Freiheiten, die während des Suharto-Regimes nie respektiert worden waren, wurden nun zu „verfassungsmäßigen Rechten“¹ Solche Errungenschaften bieten den Menschen jedoch nicht unbedingt Schutz. Sie bestätigen zwar, dass alle Repressionen, Verletzungen und Leiden wieder gutgemacht werden müssen und dass jede Verletzung, Schädigung oder jeder Missbrauch der individuellen Rechte und der

1 AJAR / KontraS (2018). Aceh Transitional Justice, Indonesia case study. <https://asia-ajar.org/wp-content/uploads/2018/12/English-Indonesia-Case-Study.pdf>

sozialen Gerechtigkeit nach dem Gesetz bestraft werden sollte. Im ganzen Land leiden heute jedoch noch immer viele Opfer unter den Folgen früherer Menschenrechtsverletzungen, die sie unmittelbar erlebt haben. Gleichzeitig kommt es in Teilen Indonesiens, einschließlich Papua, immer noch zu Menschenrechtsverletzungen. Viele Opfer vergangener oder aktueller Menschenrechtsverletzungen haben versucht, menschenrechtsbezogene Gesetze und Institutionen zu nutzen. Trotz aller Bemühungen gelang es den Opfern bisher nicht, die Institutionen dazu zu bewegen, die vorgesehenen rechtlichen Verfahren einzuleiten.

Nur knapp ein gutes Jahr nach dem Abgang des alten Regimes setzte Indonesien ein umfassendes Menschenrechtsgesetz (Nr. 39/1999) in Kraft und richtete einen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Zu diesem Zeitpunkt hat der UN-Sicherheitsrat bereits die Empfehlung ausgesprochen, dass Indonesien die Gelegenheit nutzen sollte, jede*n Bürger*in, der*die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, vor Gericht zu stellen. Im Oktober 1999 dann verabschiedete die Regierung eine Verordnung, mit der ein Mechanismus zur Untersuchung und Verfolgung grober Menschenrechtsverletzungen geschaffen wurde, die nun als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord (mit Ausnahme von Kriegsverbrechen) definiert wurden.

Ein weiteres, 2014 verabschiedetes Gesetz widmet sich dem Schutz von Zeug*innen und Opfern (Gesetz Nr. 13/2014). Darin finden Opferrechte wie das Recht auf Restitution, Rehabilitation, Entschädigung, Genugtuung und Nicht-Wiederholung von Menschenrechtsverletzungen umfassende Anerkennung. Gemäß dieses Gesetzes allerdings werden Wiedergutmachungen nur dann geleistet, wenn ein Gericht eine Menschenrechtsverletzung anerkannt hat. Die nationale Zeugen- und Schutzbehörde (LPSK) kann jedoch in dringenden Fällen auf der Grundlage einer Empfehlung der nationalen Menschenrechtskommission (Komnas HAM) über den «rechtlichen Status einer Person als Opfer» Überweisungen an gesundheitliche und psychosoziale Dienste vornehmen.

Enttäuschte Reformen

Das Internationale Zentrum für Übergangsgerechtigkeit (ICTJ) und die Kommission für Verschwundene und Gewaltopfer (KontraS) identifizieren seit Mai 1998 drei Phasen der *Reformasi*.² Innerhalb der drei Phasen – bedeutsamer Wandel, kompromittierte Mechanismen und Reformstau – ist ein kontinuierlicher Rückgang im angemessenen Umgang mit Menschenrechtsverletzungen zu erkennen. *Erstens* ging die *Reformasi* in der Phase des bedeutsamen Wandels (1998-2000) sowohl mit anhaltenden gewaltsamen Konflikten in mehreren Bereichen als auch mit einem klaren politischen Bekenntnis zur Übergangsgerechtigkeit (Wahrheitsfindung, Bestrafung der Täter*innen und Gewährleistung der Nicht-Wiederholung) einher. Es gab neue und alte gewaltsame Konflikte in Osttimor, Aceh, Sampit (Kalimantan), Maluku und Poso (Sulawesi). Die Zentralregierung reagierte jedoch rasch auf das Problem,

indem sie eine Reihe von Untersuchungen einleitete, um den Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen während der Unruhen vom Mai 1998, einer Reihe systematischer Menschenrechtsverletzungen während der Zeit der Militäroperationen (1989-1999) in Aceh und religiöser Gemeinschaftskonflikte in Maluku und Kalimantan nachzugehen. Die Regierung bemühte sich um die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission und um die Untersuchung der 1999 im Zuge des Referendums in Osttimor begangenen Verbrechen. Darüber hinaus erließ der Staat einige Gesetze und Richtlinien, die die Menschenrechte anerkannten und zu grundlegenden Menschenrechtsprinzipien werden ließen.

Zweitens die Phase der kompromittierten Mechanismen (2001-2006), während derer die Regierung die von ihr selbst etablierten Rechenschaftsmechanismen zutiefst kompromittierte: die Menschenrechtsgerichte und das nationale Gericht für Übergangsgerechtigkeit (TRC). Insbesondere der Menschenrechtsgerichtshof agierte schwach und wenig eindeutig. Die Prozesse, bei denen letztlich alle Täter freigesprochen wurden, wirkten wie eine Hülle strafrechtlicher Rechenschaftspflicht. Nicht zuletzt kippte das Verfassungsgericht das Gesetz der Übergangsgerechtigkeitsbarkeit und schaffte damit den Gerichtshof für Übergangsgerechtigkeit ab.

Drittens, der Reformstau (2007-2011): Dieser war faktisch insbesondere durch die Rückkehr pensionierter Militärführer auf die nationale politische Bühne gekennzeichnet, welche etlicher grober Menschenrechtsverletzungen verdächtig werden. Obwohl Komnas HAM weiterhin glaubwürdige Untersuchungen durchführte und weitere offizielle Untersuchungen empfahl, wurde bisher keiner von ihnen vor den Sondergerichtshof für Menschenrechte gestellt. Die Staatsanwaltschaft (AGO), die für die Anklageerhebung zuständig ist, weigerte sich, die Fälle vor Gericht zu bringen. Genauso wenig gibt es Anzeichen dafür, dass ein weiterer Gesetzesentwurf zur Etablierung eines neuen Gerichtshofs für Übergangsgerechtigkeit dem Parlament vorgelegt werden könnte. Die Bemühungen, einen Wahrheitsfindungsprozess für vergangene Menschenrechtsverletzungen in Aceh und Papua, den beiden Regionen, die besonders unter Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte gelitten haben, einzurichten, stoßen ebenso auf verschlossene Türen.



Studierende demonstrieren gegen Straflosigkeit.
© KontraS

2 Derailed: Transitional Justice in Indonesia since the Fall of Soeharto: https://www.ictj.org/sites/default/files/ICTJ-KontraS-Indonesia-Derailed-Report-2011-English_0.pdf

Rechenschaftspflicht verhandeln

Nach der *Reformasi* hat Indonesien durch die Arbeit von Komnas HAM, der Kommission gegen Gewalt gegen Frauen (*Komnas Perempuan*) und der Opfer- und Zeugenschutzorganisation LPSK einige Fortschritte im Bereich der Rechenschaftspflicht gemacht. In mehr als zwei Jahrzehnten hat die indonesische Regierung jedoch kein starkes Engagement gezeigt, die Wahrheit über die weithin von staatlichen Akteur*innen ausgeübte Gewalt anzuerkennen oder die Täter*innen strafrechtlich zu verfolgen, Wiedergutmachung anzubieten und eine Wiederholung von Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

Abwesenheit der offiziellen Wahrheit, inoffizielle Wahrheitssuche geduldet

Im Jahr 2004 wurde ein Gesetz zur Einrichtung einer nationalen Wahrheits- und Versöhnungskommission verabschiedet. Zivilgesellschaft und Opfergruppen strebten eine gerichtliche Anfechtung derjenigen Artikel an, die von den Opfern verlangten, den Täter*innen zu vergeben, um Anspruch auf Wiedergutmachung zu erhalten. Ende 2006 folgte das indonesische Verfassungsgericht diesem Einwand. Allerdings erklärte es gleich das gesamte Gesetz für verfassungswidrig und kippte es – eine Niederlage im Kampf gegen die Straflosigkeit.

Erfolgreich indessen waren Untersuchungen, die Teilwahrheiten offen legten. So führte eine Unterkommission der Frauenmensenrechtsorganisation *Komnas Perempuan* eine Untersuchungen zu geschlechtsspezifischen Verletzungen durch, die während der Machtergreifung Suhartos 1965 sowie in den bewaffneten Konfliktzonen von Aceh und Papua begangen wurden.³

In ähnlicher Weise richteten die Regierungen von Timor-Leste und Indonesien 2008 eine bilaterale Kommission für Wahrheit und Freundschaft ein. Die Kommission stellte fest, dass während des Referendums 1999 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen wurden und dass die indonesischen Sicherheitskräfte und ihre Hilfstruppen systematische Menschenrechtsverletzungen begangen haben.⁴

Einige acehnische zivilgesellschaftliche Akteur*innen drängten jedoch weiterhin auf die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission mit einem auf der Provinzebene angesiedelten Gesetz (*Qanun*), wie es das Friedensabkommen von 2005 eigentlich verspricht. Bereits 2009 legten sie einen Entwurf für einen *Qanun* zur Einrichtung einer lokalen Kommission für Aceh vor. Das Gesetz zur Einrichtung der Wahrheits- und Versöhnungskommission von Aceh wurde schließlich 2013 als *Qanun* über die Wahrheits- und Versöhnungskommission von Aceh verabschiedet (*Quanun* Nr. 17/2013). Drei Jahre später, im Oktober 2016, nahm die Wahrheits- und Versöhnungskommission ihre Arbeit auf. Die Kommission hat bis heute Aussagen von mehr als 4.000 Opfern aufgenommen und drei öffentliche Anhörungen durchgeführt. Bis dato wurden der Regierung von Aceh 244

Personen empfohlen, dringende Reparationen, d.h. eine Sofortmaßnahme zur Bereitstellung von Nothilfen, zu erhalten.⁵ Aktuell bereitet sie einen Versöhnungsprozess an der Basis für Zentral-Aceh vor, einem der angespanntesten Distrikte während des Konflikts. Dieser musste jedoch wegen der COVID-19-Pandemie verschoben werden. Der für Ende 2021 geplante Abschlussbericht wird Empfehlungen für umfassende Wiedergutmachungsmaßnahmen und institutionelle Reformen beinhalten.

Im Einklang mit dem Sonderautonomiegesetz für Papua von 2001 wurde, zumindest formell, eine weitere Wahrheits- und Versöhnungskommission geschaffen. Die Bemühungen um deren tatsächliche Arbeitsaufnahme indes sind aktuell nahezu zum Stillstand gekommen.

Trotz der fehlenden staatlichen Anerkennung setzen zivilgesellschaftliche Gruppen ihre Bemühungen fort, die Wahrheit aufzudecken. Hierfür nutzen sie Prozesse der Wahrheitsfindung und öffentliche Kampagnen. So führte die Coalition of Justice and Truth – ein Bündnis von NGOs, Wissenschaftler*innen und einer Opfergruppe – 2013 eine eigene Wahrheitsuntersuchung durch. Innerhalb eines Jahres, das als „Jahr der Wahrheit“ bezeichnet wird, brachten in einer Reihe von Anhörungen Opfer, Überlebende und deren Familienangehörige aus dem ganzen Land zusammen, damit diese über das erfahrene Leid aussagen können.⁶ Im Ergebnis definierte die Koalition sechs Säulen, auf denen eine verfassungsrechtliche Zusammenarbeit hinsichtlich der Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen ruhen sollte. Diese sind: Durchsetzung der Integrität Indonesiens als Rechtsstaat, Offenlegung der Wahrheit und Anerkennung der Wahrheit, Wiederherstellung der Würde und Existenzgrundlage der Opfer, Bildung und öffentlicher Dialog zur Versöhnung, Verhinderung einer Wiederholung durch institutionelle und politische Reformen und aktive Beteiligung von Opfern und Überlebenden.

Im Jahr 2015 organisierte ein Zusammenschluss von Menschenrechtsgruppen aus Europa und Indonesien ein internationales Volkstribunal in Den Haag. Auf der Grundlage von Opfer- und Zeug*innenaussagen des Massakers von 1965 kam die beteiligte Gruppe internationaler Jurist*innen zu dem Schluss, dass es sich bei dem Massaker eindeutig um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit handele und dieses den Tatbestand des Völkermords erfülle.⁷

Eine Vielzahl weiterer Initiativen widmet sich sowohl mit künstlerischen Mitteln als auch mit der Aufzeichnung und Bewahrung von Zeitzeug*innenberichten der Wahrheitssuche und einer angemessenen Erinnerungskultur.

Gerechtigkeit verzögert ist Gerechtigkeit verweigert

Bereits 1999 erhielt KomnasHAM die Befugnis, Untersuchungen über Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord durchzuführen. Im Jahr 2000 richtete Indonesien einen Menschenrechtsgerichtshof ein, um

3 Victims as survivors: a report and documentation on the situation of Aceh women refugees Aceh (2006); Listening a voices of women victims of 1965 (2007), Stop! Papuan women victims of violence and human rights violations 1963-2009 (2009)

4 <http://www.chegareport.org/wp-content/uploads/2014/10/CTF-report-English-Version.pdf>

5 AJAR / Transitional Justice Asia Network, Webinar discussion: Lesson from transitional justice efforts in Nepal, Aceh and Asia region, a presentation of Afridal Darmi, a chair of Aceh TRC (17.06.2020)

6 Final report of the Year of Truth: Reclaiming Indonesia <https://asia-ajar.org/2016/02/menemukan-kembali-indonesia/>

7 Das Urteil des internationalen Menschenrechtstribunals: <https://www.tribunal1965.org/en/tribunal-1965/tribunal-report/>

über Fälle von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhandeln. Die nationale Menschenrechtskommission ist befugt, selbst Fälle zu untersuchen und anschließend an den Generalstaatsanwalt zu übergeben. Der Menschenrechtsgerichtshof durfte Fälle rückwirkend (d.h. Fälle, die vor der Verabschiedung des Gesetzes von 2000 stattfanden) mit Zustimmung des Parlaments verhandeln.⁸

Drei Fälle von Verbrechen gegen die Straflosigkeit wurden vor Gericht gebracht und Ad-hoc-Gerichte wurden eingerichtet, um zwei weitere Fälle zu verhandeln: die Gewalt im Zusammenhang mit dem Referendum in Osttimor (1999) und ein Massaker, das in Tanjung Priok, Nord-Jakarta, stattfand (1984). Der letzte Fall, der vor dem Menschenrechtsgerichtshof verhandelt wurde, war der Fall Abepura in Papua über Folter und außergerichtliche Tötung von Papuas durch indonesische Sicherheitskräfte (2001).

Obwohl eine kleine Anzahl niederrangiger Angehöriger der Sicherheitskräfte zu kurzen Haftstrafen verurteilt wurde, ist kein einziger Fall grober Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit erfolgreich strafrechtlich verfolgt worden. Obwohl der Menschenrechtsgerichtshof auf dem Papier immer noch existiert, haben aufeinanderfolgende Generalstaatsanwälte die Überweisungen der Menschenrechtskommission systematisch ignoriert und die mit der Weiterverfolgung dieser Untersuchungen beauftragte Einheit aufgelöst.

Bisher hat die Nationale Menschenrechtskommission in zwölf Fällen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit Ad-hoc-Untersuchungen *pro justitia* durchgeführt.⁹ Sie empfahl eine strafrechtliche Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung, aber die Generalstaatsanwaltschaft lehnte weitere Untersuchungen mit der Begründung ab, die Akten seien unvollständig und nicht ausreichend beweiskräftig, was Komnas HAM bestritt.

Seit 2008 weigert sich die Generalstaatsanwaltschaft, Fälle grober Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit aufzugreifen und zu verfolgen. Mehr noch, jeder Regierungschef seither lässt auf eine Reaktion auf diesen Zustand warten. Während die nationale Menschenrechtskommission Komnas HAM und die Generalstaatsanwaltschaft eine Reihe von Gesprächen hierzu geführt haben, bleiben konkrete Maßnahmen zur Besserung der Situation weiterhin aus. Dieses Versäumnis, für Gerechtigkeit zu sorgen, offenbart eine systematische Schwäche der Justiz und einen Mangel an politischem Willen in der Verwaltung. Zusammen mit der Weigerung der Generalstaatsanwaltschaft, die Untersuchungsergebnisse von Komnas HAM in anderen Fällen weiterzuverfolgen, zeigte sich jede Regierung seither wenig interessiert daran, Gerechtigkeit für frühere schwere Menschenrechtsverletzungen herzustellen.

8 Human Rights Law (Law No. 39 of 1999) and a Human Rights Court Law (Law No. 26 of 2000)

9 Die 12 Fälle sind: Erschießungen von Studenten in Trisakti und Semanggi I und II (1998-1999); der Fall Panai in Papua (2014); die Fälle Wasior (2001-2002) und Wamena (2003) in Papua; die Unruhen im Mai (1998); das Verschwinden von Aktivisten (1997-1998); der Talangsari-Fall (1989); Massentötungen (1982-1985); die Gräueltaten von 1965-66; drei Fälle in Aceh namens Jambo Keupok, Aceh (2003), Simpang KKA (1999), Rumah Geudong (1989-1998) und Banyuwangi-Morde an Schamanen (1998).

„Wiedergutmachung“ und ausbleibende Rehabilitierung der Opfer

Die größte Herausforderung bei der Gewährung von Wiedergutmachung besteht darin, dass die Wiedergutmachung nur durch eine Entscheidung eines Gerichts erfolgen kann. Nach dem Gesetz Nr. 13/2014 über den Schutz von Zeug*innen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen können Institutionen jedoch auf der Grundlage einer Empfehlung von Komnas HAM über den „rechtlichen Status einer Person als Opfer“ Überweisungen für dringende gesundheitliche und psychosoziale Dienste vornehmen. Ohne ihren Rechtsstatus haben Opfer von Menschenrechtsverletzungen keinen Zugang zu den Diensten der LPSK.

Tatsächlich ist es für die Opfer im Rahmen der Umsetzung nach wie vor schwierig, Schutz zu erhalten. Dies gilt insbesondere für die Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen. So ist beispielsweise der Zugang zu medizinisch-psycho-sozialen Dienstleistungen, wie sie die Opfer- und Zeugschutzorganisation LPSK empfehlen kann, nur für sechs Monate gültig. Die Gewährung von medizinischen und psychologischen Hilfen ist damit nicht nachhaltig gesichert. Gleichzeitig führt die mangelnde Anerkennung der Opfer dazu, dass die Diskriminierung der Opfer weitergeht, ohne dass Anstrengungen zu ihrer Rehabilitierung unternommen werden.



Kamisan-Demonstrantin mit der Forderung, die Semanggi-Tragödie-II vom 24.09.1999 aufzuarbeiten. © KontraS

Zivilgesellschaftliche Initiativen

Da es keine offizielle Anerkennung und Unterstützung seitens der Regierung gibt, setzen Opferverbände und zivilgesellschaftliche Wiedergutmachungsinitiativen ihre Bemühungen fort. Dies ist dringend erforderlich, denn die Überlebenden leiden weiterhin unter ihren Traumata und anderen langfristigen Auswirkungen der Vergehen, wie gesundheitliche Schäden, gestörte soziale Beziehungen und Armut.

In etlichen Regionen setzen sich Initiativen und Überlebende dafür ein, dass lokale Regierungen den Opfern Hilfe und soziale Dienste zur Verfügung stellen. Dies führte beispielsweise im Jahr 2002 dazu, dass der Gouverneur von Aceh ein Entschädigungsprogramm für die Familien der getöteten oder verschwundenen Personen initiierte, das sich auf die islamische Tradition stützt und als *Diyat* bekannt ist. Im Rahmen dieses Programms wurde den Opfern des Konflikts in Aceh ein kleiner Zuschuss ge-

währt. Ein weiterer Durchbruch waren die Initiativen des Bürgermeisters von Palu in Zentralsulawesi im Jahr 2013. Er entschuldigte sich in einer beispiellosen Weise bei den Opfern der Gräueltaten von 1965-1966, die in seiner Stadt lebten, und erließ ein spezielles Dekret zur Anerkennung der Opfer und zur Bereitstellung von medizinischer Versorgung und grundlegenden Hilfen.

Bei den Bemühungen um Wahrheit und Gerechtigkeit spielen die Überlebenden und ihre Unterstützer*innen weiterhin eine aktive Rolle, indem sie ihre Forderungen immer wieder öffentlich zu Gehör bringen. So gibt es jeden Donnerstag eine Mahnwache vor dem Präsidentenpalast in Jakarta. Diese Initiative mit dem Namen „Kamisian“ existiert seit 2007. Gegenwärtig wird Kamisian aufgrund der Pandemie-Situation auf eine Kampagne in den sozialen Medien verlagert. Solcherlei Aktionen sind derzeit auch in anderen Regionen Indonesiens weit verbreitet und erreichen viele Unterstützer*innen. Eine weitere bedeutende Initiative stellt die in Ostjava ansässige Omah-Munir-Stiftung dar. Sie gründete 2014 das Menschenrechtsmuseum Omah Munir. Munir war ein prominenter Menschenrechtsverteidiger, der 2004 von einer staatlichen Behörde vorsätzlich ermordet wurde. Auch wenn die Hintergründe des Falles nicht geklärt sind, fand die Einrichtung des Menschenrechtsmuseums bei der lokalen Regierung Befürwortung. Anlässlich des Jahrestages von Munirs Geburtstag am 8. Dezember 2019 gab der Gouverneur von Ostjava den Startschuss für den Bau des Munir-Menschenrechtsmuseums in Batu, der Heimatstadt Munirs. Das Museum wird von einer unabhängigen Gruppe geleitet, die sicherstellen möchte, dass das Vermächtnis Munirs nachfolgende Generationen dazu inspirieren wird, für die Aufklärung, Wiedergutmachung und Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen einzutreten.

Keine Reform der Institutionen: anhaltende Verletzungen und Konflikte

Indonesiens Polizei wurde von der Armee abgetrennt und unter zivile Kontrolle gestellt (1999) und dem Militär wurden seine festen Sitze im Parlament aberkannt (2004) – zwei wichtige Meilensteine, die in den ersten Jahren der *Reformasi* erreicht wurden. Weiterhin wurde das Militärgesetz dahingehend geändert, dass es dem Militär fortan untersagt war, eigene Unternehmen zu besitzen. Auch versucht das Gesetz der gängigen Praxis von Militärangehörigen im privaten Sektor tätig zu sein, ein Ende zu setzen. Die Bemühungen um eine Reform des Sicherheitssektors standen jedoch von Anfang an vor zahlreichen Herausforderungen. Die Militärgerichte nämlich sind nach wie vor unabhängig von jeglicher externer Aufsicht, während die internen polizeilichen und militärischen Mechanismen zur Untersuchung von Verstößen weiterhin kaum genutzt werden. Personal, das mit schweren Verbrechen in Verbindung steht, einschließlich des Personals, das vor Menschenrechts- oder Militärgerichten dem Täterkreis zugeordnet wird, dient weiterhin, wird befördert und tritt ohne jegliche Überprüfung in Wahlämter ein.

Gleichzeitig wird vor allem in Papua weiterhin mit Polizeibrutalität gefoltert und Sicherheitskräfte wenden exzessive Gewalt an. Gewalt gegen Menschen- und Frauenrechtsaktivist*innen, Arbeiter- und Bauernvertreter*innen, Korruptionswächter*innen und Führer*innen indigener Grup-

pen, die ihre Gemeinden, ihr Land und ihren kulturellen Stolz verteidigen, sowie gegen Journalist*innen und Blogger*innen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, ist gegenwärtig an der Tagesordnung.

Viele indonesische Menschenrechtsverteidiger*innen sind überdies in zunehmendem Maße Drohungen, Schikanen, Einschüchterungen, ungerechtfertigter Strafverfolgung und Verleumdung ausgesetzt.

Schlussfolgerung und Empfehlung

Mehr als zwei Jahrzehnte nach der *Reformasi* erweisen sich die verschiedenen Gesetze und Verordnungen, in denen Menschenrechtsnormen eingeschrieben sind, als zahnlose Tiger, wenn es um deren Umsetzung geht. Dies ist vor allem deshalb so, weil es der Regierung an politischem Willen im Umgang mit den Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit fehlt. Sie ernannt weiterhin Staatsbeamte, die in Verbindung mit Menschenrechtsverletzungen stehen und im Dienst stehende Beamte*innen werden weder überprüft noch offensichtlich belastete Mitarbeiter*innen aus dem Dienst entfernt. Insgesamt erscheint es so, dass die Umsetzung von Menschenrechtsnormen politischen Interessen zum Opfer fällt und die Wirkkraft ihrer gesetzlichen Verankerungen damit begrenzt bleibt.

Straflosigkeit ist so zu einem Vermächtnis geworden, das in einer Bandbreite von Bereichen weiter wirkt. Allem voran in Bezug auf die weiterhin verübten Menschenrechtsverletzungen, einschließlich derer, die sich gegen Menschenrechtsverteidiger*innen richten.

Es ist jedoch noch nicht alles verloren. Die Zivilgesellschaft in Indonesien ist ein Schlüssel in der Durchsetzung der Rechenschaftspflicht. Die Opfer der massenhaften Verstöße gegen die Menschenrechte stehen bei der Durchsetzung von Gerechtigkeit auch keineswegs alleine da. Trotz anhaltender politischer Zwänge und Leugnung der Massenvergehen seitens offizieller Stellen nutzen sie innovative Ansätze, um die Rechenschaftspflicht vom Staat einzufordern und eine „Narrativ der Wahrheit“ in der Gesellschaft zu verankern.

Die Realisierung von Menschenrechten gehört zu einem der wichtigsten Grundsätze demokratischer Staatsführung. Die indonesische Regierung täte gut daran, sich auf die Verfassung zu besinnen und Menschenrechtsnormen ernst zu nehmen. Die Förderung und der Schutz der Menschenrechte, sowohl im Bereich der bürgerlichen und politischen Rechte als auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, ist ein Muss.

Die internationale Gemeinschaft und die Vereinten Nationen äußern immer wieder ihre Sorge, dass das Menschenrechtsproblem in Indonesien noch nicht gelöst ist. Mit anhaltender internationaler Unterstützung, kontinuierlichem Druck und dem Anmahnen der Rechenschaftspflicht endlich genüge zu tun, kann es gelingen, die indonesische Regierung daran zu erinnern, dass dieses Thema keine verhandelbarer Tagesordnungspunkt sein darf. Denn die Opfer und Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen warten noch immer auf Wahrheit und Gerechtigkeit.

Indria Fernida arbeitet als Regionalkoordinatorin für Asia Justice and Rights (AJAR), einer gemeinnützigen Organisation, deren Ziel es ist, zur Stärkung der Menschenrechte und zur Linderung der tief verwurzelten Straflosigkeit in der asiatisch-pazifischen Region beizutragen. Sie ist auch Expertenmitglied des Asiatischen Netzwerks für Übergangsjustiz (TJAN).

Unaufgeklärte Menschenrechtsverbrechen

- **Der Massenmord von 1965**

Am 30. September 1965 wurden sechs Armeegeneräle entführt, ermordet und in Lubang Buaya, Jakarta, begraben. Die Indonesische Kommunistische Partei (PKI) wurde für den sog. gescheiterten Putschversuch verantwortlich gemacht. Es folgte die systematische Ermordung von PKI-Mitgliedern und als Sympathisant*innen klassifizierte Personen. Etwa 500.000 Menschen wurden ermordet.

- **1982-1985 geheimnisvolle Erschießungen (Petrus)**

Während einer Serie von mysteriösen Erschießungen wurden sog. Bandenmitgliedern und arbeitslose Jugendliche Opfer außergerichtlicher Tötungen. Es wird angenommen, dass Militär- und Polizeipersonal für die Durchführung der Morde verantwortlich war. Rund 200 Tote sind zu beklagen.

- **Talangsari-Massaker**

Am 7. Februar 1989 griff ein Garuda-Hitam-Militärkommando-Bataillon aus Lampung das Dorf Cihideung im Unterbezirk Talangsari an. Hunderte von Anhängern eines Mannes namens Warsidi, der verdächtigt wurde, extremistische Ansichten zu predigen, wurden erschossen. Der ehemalige Chef des Nationalen Geheimdienstes (BIN), General a.D. AM Hendropriyono, der damalige Kommandant von Garuda Hitam, weist jede Anschuldigung zurück.

- **Ausschreitungen vom Mai 1998**

Die durch eine Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit ausgelösten Unruhen führten 1998 zum Sturz des damaligen Präsidenten Soeharto. Der Bericht eines Ermittlungsteams ergab, dass die Gesamtzahl der Todesfälle allein in Jakarta auf fast 1.200 zu beziffern ist. Zusätzlich wurden mindestens 52 Vergewaltigungen und mehr als 12 Fälle sexueller Gewalt gemeldet. Das Volunteers Team for Humanity, eine NGO, die sich für die Familien der Opfer einsetzt gibt an, dass 1.190 Menschen in brennenden Gebäuden umgekommen seien und 27 Personen an Schussverletzungen o.ä. starben.

- **1998 Trisakti-Schüsse**

Während einer pro-demokratischen Kundgebung wurden vier Studenten erschossen. Der Vorfall ereignete sich am 12. Mai 1998 auf dem Campus der Universität Trisakti, als Menschen in dunklen Uniformen das Feuer auf die protestierenden Studenten eröffneten. Die vier Studenten wurden Berichten zufolge von Soldaten erschossen.

- **Schießereien in Semanggi I und II**

Tödliche Schießereien ereigneten sich während zweier Vorfälle im Zusammenhang mit Protesten, die im November 1998 und September 1999 stattfanden. Nachdem Soeharto von der Macht zurückgetreten war und der Vizepräsident BJ Habibie die Macht übernommen hatte, setzten Demonstrationen ein. Fast sechs Monate versammelten sich Studierende vor dem Parlament (MPR), um gegen die Ernennung Habibis und den Weiterbestand der dwifungsi der Armee (politische und militärische Doppelfunktion) zu demonstrieren. Das Freiwilligenteam für Humanität stellte fest, dass während der Tragödie von Semanggi I (13. Nov. 1998) 17 Zivilisten getötet und hunderte verletzt wurden. Am 24. September 1999 fand eine weitere Demonstration statt, bei der mindestens 11 Menschen ums Leben kamen, 217 Menschen wurden verletzt. Polizei- und Militärangehörige aus niedrigen Rängen wurden für die Schießereien verurteilt, doch ungeklärt ist die Beteiligung der befehlshabenden Ebene.

- **1997-1998 Entführungen von Aktivisten**

Mindestens 13 pro-demokratische Aktivisten werden bis heute vermisst, nachdem sie zwischen 1997 und 1998 am aufgrund ihrer politischen Haltung entführt wurden. Zu den Verschwundenen gehören der Dichter Widji Thukul und Aktivisten der Demokratischen Volkspartei (PRD), darunter Suyat, Herman Hendrawan, Petrus Bima Anugerah, M. Yusuf, Ukok Munandar Siahaan, Yadin Muhidin und Hendra Hambali.

Am 25. August 1998 entließen die Streitkräfte den damaligen Generalleutnant Prabowo Subianto und entfernten zwei Offiziere der Armee-Spezialeinheiten (Kopassus) aus dem aktiven Dienst als Strafe für ihre mutmaßliche Rolle bei der Entführung der Aktivisten. In seiner Eigenschaft als damaliger militärischer Befehlshaber wurde der ehemalige koordinierende Minister für politische, rechtliche und Sicherheitsangelegenheiten, Wiranto, beschuldigt, für die Erschießungen in Trisakti und Semanggi sowie für die Entführungen der Aktivisten verantwortlich zu sein. Sowohl Prabowo als auch Wiranto haben alle Anschuldigungen zurückgewiesen.

- **Simpang-KKA-Gräueltat**

Am 3. Mai 1999 sollen indonesische Militärangehörige Hunderte von Menschen erschossen haben, die gegen eine Schießerei in Aceh Tage zuvor protestiert hatten. Der auch als Dewantara-Gräueltat bekannte Vorfall, ereignete sich zur Zeit als Aceh zur militärischen Operationszone erklärt war (1989 - 2005). Er forderte 39 Todesopfer und 36 Verletzte.

- **Jambu-Keupok-Gräueltat**

Im Mai 2003 wurden 16 Zivilisten im Dorf Jambu Keupok in Aceh von Mitgliedern einer Kopassus-Spezialeinheit (PARAKO) und einer gemeinsamen Geheimdiensteinheit (SGI) gefoltert und getötet. Der Vorfall ereignete sich nachdem das Militär die Information erhielt, dass das Dorf ein Stützpunkt der Bewegung Freies Aceh (GAM) sei.

Eine Untersuchung der Komnas HAM (Nationale Menschenrechtskommission) im Jahr 2014 ergab, dass die Vorfälle von Jambu Keupok und Simpang KKA grobe Menschenrechtsverletzungen darstellten und empfahl rechtliche Maßnahmen, doch die Staatsanwaltschaft (AGO) lehnte diese Empfehlung ab.

- **Wamena- und Wasior-Vorfälle in Westpapua**

Der Wasior-Zwischenfall fand am 13. Juni 2001 statt. Er wurde durch den Tod von fünf Mitgliedern der Mobilien Brigade der Nationalen Polizei (Brimob) und eines Zivilisten nach einem Streit zwischen Anwohnern und dem Holzunternehmen PT Vatika Papua Perkasa ausgelöst. Bei der Suche nach den Tätern sollen Brimob-Mitglieder schwere Menschenrechtsverletzungen in Form von Mord, Folter und Entführung begangen haben.

Im April 2003 durchsuchten Militärangehörige 25 Dörfer in Wamena, nachdem eine Gruppe Unbekannter das Arsenal des lokalen Militärbezirkskommandos (Kodim) überfallen hatte. Während des Vorgangs machte sich Militärangehörige schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig, darunter Folter, Mord und das Abbrennen von Häusern von Zivilisten.

Eine Untersuchung der Komnas HAM zu den Vorfällen von Wamena und Wasior ergab, dass Polizei und Militär schwere Menschenrechtsverletzungen begangen hatten. Die Fälle wurden 2004 der Staatsanwaltschaft zur Anklageerhebung vorgelegt, aber es wurden kaum Fortschritte erzielt.



Die Rückentwicklung von bürgerlichen Freiheiten und Demokratie in Indonesien

von Asfinawati

© Andreas Harsono

Seit 2014, dem Beginn der Regierungszeit des indonesischen Präsidenten Joko Widodo (Jokowi), sind laut Aufzeichnungen der YLBHI (Indonesische Stiftung für Rechtshilfe) mindestens 24 gesetzgeberische Maßnahmen umgesetzt worden, die als Zeichen einer zunehmenden Autokratisierung gedeutet werden können. Diese Verordnungen folgen drei Mustern. Erstens schränken sie die bürgerlichen Freiheiten wie Versammlungs-, Meinungs-, Rede- und Glaubensfreiheit ein. Zweitens missachten sie geltendes Recht. Drittens haben sie einen repressiven Charakter, priorisieren einen sicherheitsorientierten Ansatz und definieren Kritik als Bedrohung. Insgesamt haben diese Verordnungen zu einer Verringerung bürgerlicher Freiheiten geführt. Die Hauptlast dessen tragen Studierende, Bäuer*innen, Arbeiter*innen, Frauen und Menschenrechtsverteidiger*innen.

Die politische Entwicklung deutet darauf hin, dass Indonesien auf dem Weg dahin ist, ein weiteres Beispiel für ein autokratisches System zu werden. Allerdings nicht über Nacht, sondern durch eine relativ demokratische Wahl.

Mit der sogenannten *Reformasi* begann 1998, nach dem Rücktritt des langjährigen Diktators Suharto, ein neues Zeitalter, in dem Indonesien als ein Land gelten sollte, in dem die Menschenrechte respektiert und geachtet werden. Offizielle Dokumente aus dieser Zeit benennen die

Zerstörung der Demokratie während des Regimes der sogenannten Neuen Ordnung (*Orde Baru*). So argumentiert das Dekret der Beratenden Volksversammlung (MPR) VI/2000 über die Trennung von Polizei und Militär: „Die sozialpolitische Rolle im Rahmen der Doppelfunktion der indonesischen Streitkräfte hatte eine Abweichung von der demokratischen Rolle des Militärs und der Polizei zur Folge, was die Entwicklung der demokratischen Grundprinzipien in der Gesellschaft verhindert hat. Der Zustand der Judikative während der Neuen Ordnung wird im Dekret der Beratenden Volksversammlung (MPR) X/1998 folgendermaßen beschrieben: „Korruption, Kollusion und Vetternwirtschaft haben sich als übliche Praktiken etabliert. Dies gipfelte darin, dass das Recht nur noch nach dem Gutdünken der Machthabenden interpretiert wurde. Die Folgen waren Machtmissbrauch, Verletzungen des Rechts, Nichtbeachtung des Gerechtigkeitsempfindens, mangelnder Rechtsschutz und Rechtsicherheit für die Bevölkerung.“ Insbesondere zur Arbeit der Gerichte beschreibt das Dokument die Situation wie folgt: „Die Durchsetzung des Rechts vermittelt weder das Gefühl von Gerechtigkeit noch von Rechtssicherheit in Fällen, in denen der Staat oder eine mächtige Partei gegen das Volk steht. Das Volk befindet sich in einer sehr schwachen Position.“

Die in diesen zeithistorischen Dokumenten beschriebenen Zustände sind auch 20 Jahre nach der *Reformasi* noch zutreffend. Dies zeigt sich insbesondere in dem Grad, wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit kriminalisiert werden. 2019 setzte sich YLBHI, die in 16 Provinzen Indonesiens aktiv ist, für folgende Fälle ein: 53 Verletzungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung, 32 Verstöße gegen das Recht auf Versammlungsfreiheit und zwei Verstöße gegen das Recht auf Vereinigungsfreiheit. 51 Prozent der genannten Fälle waren mit Kriminalisierung verbunden, angefangen mit willkürlichen Verhaftungen und Verhören, bis hin zu Anklagen und Gerichtsverfahren. In weiteren Fällen wurden Versammlungen mit Gewalt aufgelöst (29 Prozent), Genehmigungen nicht erteilt oder zurückgezogen (9 Prozent).

Das Jahr 2019 war vor allem von willkürlichen Verhaftungen geprägt. Alleine von der YLBHI wurden 88 Fälle übernommen, welche 1.144 Betroffene umfassten. Dabei handelte es sich zum überwiegenden Teil um willkürliche Verhaftungen Demonstrierender. Von Verletzungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung waren 2019 insgesamt 6.128 Menschen betroffen, von denen 324 jünger als 18 Jahre waren. Es gab 51 Todesopfer zu verzeichnen, der überwiegende Anteil davon in Papua. Selbstverständlich sind diese Vorfälle weit entfernt von den Grundsätzen, die im Gesetz UU 9/1998 festgehalten sind. Darin sind das Recht auf freie Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit und das Recht zu demonstrieren garantiert. Es besagt auch, dass Demonstrationen keine Erlaubnis benötigen, nur eine vorherige Ankündigung, damit die Polizei die Durchführung der Demonstration sicherstellen kann. Die Rolle der Polizei besteht nicht darin, Demonstrationen zu verhindern oder gar gewaltsam aufzulösen.

Andere Vorfälle stellen Verletzungen des Rechts auf persönliche Freiheit und Sicherheit dar, von denen 37 Fälle dokumentiert wurden. Die Betroffenen erlebten Gewalt, Verfolgung oder Überfälle und erhielten vom Staat kei-

nen ausreichenden Schutz. Dies war zum Beispiel bei den Vorfällen im Wohnheim für Studierende aus Papua in Palangkaraya der Fall. Auf ähnliche Weise wurde der Präsident der Studierendenvereinigung der Universität Sriwijaya in Palembang eingeschüchtert. Beinahe wäre dieser von acht unbekanntenen Personen entführt worden. Der Versuch missglückte, weil die Bewohner*innen dem Opfer halfen. Als die mutmaßlichen Täter*innen von den Bewohner*innen befragt wurden, behaupteten diese, Polizisten zu sein.

Bürgerliche Freiheiten sind allgemein stark von Kriminalisierung bedroht. 2019 gab es 36 Fälle, die 896 Menschen betrafen. Darüber hinaus gab es auch Stagnation und Diskriminierung im Versöhnungsprozess, insbesondere vonseiten der Polizei. In 160 von der YLBHI übernommenen Fällen gab es 1.847 Betroffene, denen das Recht auf einen fairen Gerichtsprozess verwehrt wurde. Des Weiteren kam es bei 160 Personen aus 42 Fällen zu keiner Antwort oder angemessenen Bearbeitung von erstatteten Anzeigen. Dies manifestiert sich in unverhältnismäßiger Wartezeit, keiner Weiterleitung der Anzeige oder der Einstellung der Ermittlungen. Von Unternehmen oder der Polizei selbst angestoßene Fälle wurden hingegen ganz anders behandelt als solche, die der Polizei von Bürger*innen gemeldet wurden.



„Lasst die politischen Gefangenen Papuas frei!“
© Leona Pröpper

Die oben genannten Fälle sind deutliche Symptome für eine negative Entwicklung. Diverse Verordnungen zeigen deutlich, dass sich Indonesien wieder zurück in Richtung Autoritarismus entwickelt. Dabei unterscheidet die YLBHI drei Kategorien: 1. die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten; 2. die Nichteinhaltung geltenden Rechts, unerheblich davon, ob es sich um die Verfassung, Dekrete der Beratenden Volksversammlung (MPR) oder Gesetze handelt; 3. repressives Verhalten des Staates, indem Sicherheit priorisiert und Kritik als Bedrohung aufgefasst wird.

In die erste Kategorie fallen neun Verordnungen, die die freie Meinungsäußerung einschränken, zum Beispiel die Regierungsverordnung PP 60/2017, die die Befugnisse der Polizei ausbaut. Hinzu kommt die Regierungsverordnung über Massenorganisationen, die die Auflösung von Bürgerinitiativen ohne Gerichtsbeschluss ermöglicht. Der koordinierende Minister für politische, gesetzliche und sicherheitsbezogene Fragen erklärte 2019, dass die



„Das Strafgesetzbuch ablehnen“.
© Andreas Harsono

Rechte durch das Terrorismusgesetz und das Gesetz über Elektronische Informationen und Transaktionen nicht eingeschränkt werden. Dabei legte er den Paragraph über Staatsverrat äußerst willkürlich aus und schränkte somit das Recht auf freie Meinungsäußerung (2019 und 2020) massiv ein. Die akademische Freiheit wird durch das Gesetz über das nationale System der Wissenschaft und Technikforschung eingeschränkt. Sobald Forschungsvorhaben als staats- oder sicherheitsgefährdend eingestuft werden, kann die Regierung die Forschungserlaubnis verweigern. Dabei sind die Kriterien nicht klar definiert. So hat der nationale Geheimdienst (BIN) 2020 durch einen Anruf beim Direktor einer Universität erreicht, dass Diskussionsveranstaltungen über Papua und über ein mögliches Amtsenthebungsverfahren des Präsidenten abgesagt wurden.

In der zweiten Kategorie gibt es acht Verordnungen: Die Regierungsverordnung PP 78 aus dem Jahr 2015, die in Widerspruch zu geltendem Recht steht und die Oppositionsbildung schwächt, indem die Arbeit der politischen Parteien erschwert wird. Sie steht auch im Widerspruch zu Entscheidungen des obersten Gerichtshofs bezüglich der während der Neuen Ordnung regierenden Golkar-Partei (*Golongan Karya*/Partei der funktionalen Gruppen) der an der Regierung beteiligten PPP (*Partai Persatuan Pembangunan*/Vereinigte Entwicklungspartei).

Die Verordnung des Umwelt- und Forstministeriums Nr. 83/2016 über den gemeinschaftlichen Wald nimmt lokalen Gemeinschaften zugesprochenen Wald und widmet diesen zu Staatswald um. Damit steht die Verordnung in Widerspruch zur Entscheidung des Verfassungsgerichts aus dem Jahr 2012, das die Gewohnheitsrechte der indigenen Bevölkerungen in Bezug auf Wälder anerkannte. Im Jahr 2020 kam es erneut zu einer verfassungswidrigen Anordnung, der Polizeiverordnung. Sie besagt, dass künftig Maßnahmen gegen Beleidigungen des Präsidenten durchgeführt werden sollen. Die geschah, obwohl eine Entscheidung des Verfassungsgericht von 2006 die diesbezüglich im Strafgesetz vorhanden Artikel bereits außer Kraft gesetzt hatte. Des Weiteren beteiligte die Regierung die Öffentlichkeit nicht an der Entscheidung über den Hauptstadtzug nach Kalimantan. Dies steht nicht zuletzt im Widerspruch zu Artikel 25 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, den Indonesien 2006 unterzeichnet hat. Überdies verleiht das das

sogenannte Omnibusgesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen dem Präsidenten die Macht, Gesetzesbestimmungen durch Regierungsverordnungen zu verändern. In der dritten Kategorie, repressive sicherheitsorientierte Verordnungen, sind die meisten Verordnungen, nämlich elf, erlassen worden. Dies beginnt mit dem Gesetzesentwurf über Terrorismus, der die Begrenzung des Militärs auf die Verteidigung des Landes aufhebt und ihm Macht in Fragen der inneren Sicherheit zubilligt. Der Vorschlag der Regierung mündete schließlich in das Gesetz UU 5/2018, das dem Militär Befugnisse in der inländischen Terrorismusbekämpfung einräumt. Auf diese Weise erlangt das Militär seine während der Neuen Ordnung bestehende Doppelfunktion (*Dwifungsi*) wieder zurück. Es ist jetzt nämlich neben seinen Aufgaben im Bereich Verteidigung auch für andere Ministerien tätig, wie beispielsweise dem Landwirtschaftsministerium, in dessen Auftrag das Militär Reisfelder anlegt. Auch die Polizei hat ihre Doppelfunktion zurückerhalten, und zwar durch das Gesetz UU 23/2019 über das nationale Ressourcenmanagement. Einer der Paragraphen darin, stellt die Weigerung sein Land dem Staat zu überlassen auch wenn dieser es nur als Reserve für zukünftige Projekte beansprucht, unter Strafe. Der Entwurf des neuen Strafrechts führt überdies die Tatbestände Hochverrat, Präsidentenbeleidigung und Blasphemie auf.

In Papua indessen führt die Regierung eine illegale Militäroperation durch und unterbindet mitunter den Internetzugang, was das staatliche Verwaltungsgericht Jakarta bereits für rechtswidrig erklärt hat. 2019 erließ der Koordinierende Minister für politische, gesetzliche und sicherheitsbezogene Fragen und ehemalige Kommandeur des indonesischen Militärs (TNI), Wiranto, das Dekret SK 38/2019 zur Formierung eines Rechtshilfeteams. Auf der Grundlage der Verordnung hat das Team drei Aufgaben: erstens die Untersuchung und Bereitstellung von Rechtsbeistand im Zusammenhang mit Worten und Handlungen, die als gesetzeswidrig angesehen werden; zweitens die Abgabe einer Empfehlung an die Strafverfolgungsbehörden zur Weiterverfolgung der Untersuchungsergebnisse; und drittens die Berichterstattung über den Fortschritt des Teams an den Leiter. Im selben Jahr wurde das Dekret über den Umgang mit Radikalismus im Rahmen der Stärkung der nationalen Einstellung der Beamten und Angestellten im Staatsdienst erlassen. Die Bestimmungen des Dekrets sind nicht klar, haben aber das Potential, Staatsbedienstete zu kriminalisieren. 2020 beauftragte der Präsident überdies den Geheimdienst und die Polizei damit, sich mit allen gesellschaftlichen Organisationen zu befassen, die das Omnibusgesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen ablehnen. Außerdem erklärte er mehrmals, dass eine gesundheitliche Notlage immer auch von einer zivilen Notlage begleitet würde.

Vor diesem Hintergrund sticht das Muster des gemeinsamen Feindbilds ins Auge. Das können Kommunist*innen sein, wie 1965, liberale Gruppen, sog. Ketzer, LSBTIQ, Anarchist*innen oder „intolerante Gruppen“ und „Extremist*innen“, Begriffe, die in der Regierungszeit Jokowi ins Feld geführt wurden. Dies war vor allem seit 2017 in Bezug auf die HTI (*Hizbut Tahrir* Indonesia, eine salafistische Gruppierung) zu beobachten. Das bedeutet nicht,

Die Strafrechtsreform

- **Kriminalisierung von einvernehmlichem Sex**

Unverheiratete Paare, die Geschlechtsverkehr haben, können mit einer einjährigen Gefängnisstrafe oder einer hohen Geldstrafe rechnen. Im bestehenden Strafgesetzbuch gelten diese Strafen nur für verheiratete Personen, die außerehelichen Geschlechtsverkehr ausüben.

- **Kriminalisierung des Zusammenlebens Unverheirateter**

Strafmaß hierfür ist eine Freiheitsstrafe von bis zu sechs Monaten oder eine hohe Geldstrafe. Nach der derzeitigen Regelung ist es nicht illegal, dass unverheiratete Paare zusammenleben.

- **Unspezifizierte Anerkennung des Gewohnheitsrecht**

Anerkennung der Gewohnheitsrechte, die in den traditionellen Gemeinschaften auf dem gesamten Archipel existieren. Jede Person, die gegen das Gewohnheitsrecht verstößt, kann vor Gericht gebracht und gemäß den in diesen Gesetzen geforderten Strafen bestraft werden. Dabei werden die Verletzungen, die nach dem Gewohnheitsrecht als Verbrechen gelten, nicht genauer definiert oder aufgeführt.

Besorgniserregend ist dies insbesondere vor dem Hintergrund, zahlreicher Regionalverordnungen, die, vielerorts auf religiöser Argumentation fußend, individuelle Freiheitsrechte und (sexuelle) Selbstbestimmung gerade für Frauen und LSBTI einschränken, Abweichungen unter Strafe stellen und der Diskriminierung von Frauen, Mädchen und LSBTI Vorschub leisten.

- **Zensur der Verbreitung von Informationen über Verhütungsmittel**

- **Verschärfung des Abtreibungsgesetzes**

Wenn eine Unverheiratete schwanger wird, würde sie für eine Abtreibung bis zu vier Jahre ins Gefängnis gehen – außer sie wurde vergewaltigt oder es besteht ein medizinischer Notfall.

- **Sechs neue Artikel über Blasphemie**

könnten dazu dienen, nicht-muslimische, nicht-sunnitische Gläubige und andere religiöse Minderheiten weiter zu diskriminieren. Indonesiens Blasphemiegesetz wird bereits als „politische Waffe“ eingesetzt; die Ausweitung seiner „Verbrechenselemente“ – einschließlich der Diffamierung religiöser Artefakte – wird es islamistischen Militanten erleichtern, Minderheiten ins Visier zu nehmen.

- **Beleidigung von Staatsoberhäuptern**

Jeder, der „die Würde“ des Präsidenten oder Vizepräsidenten „angreift“ und solche Inhalte der Öffentlichkeit zugänglich macht, kann mit bis zu viereinhalb Jahren Gefängnis rechnen.

- **Beleidigung der Regierung**

Jeder, der die Regierung beleidigt und dadurch öffentliche Unruhe schafft, kann mit bis zu vier Jahren ins Gefängnis bestraft werden.

- **Bestrafung von Obdachlosigkeit**

Die im Gesetz als Landstreicher bezeichneten obdach- oder wohnungslosen Menschen werden als Personen definiert, die sich auf den Straßen oder in öffentlichen Einrichtungen aufhalten und die öffentliche Ordnung stören. Sie können mit einer Geldstrafe von 1 Million IDR belegt werden. Die derzeitige Strafe für dieses Verbrechen beträgt nach dem aktuell gültigen Strafrecht drei Monate Gefängnis.

dass es diese Gruppen nicht gibt. Aber sie als gemeinsamen Feind darzustellen, der eine große Gefahr verkörpert, ist weit von der Realität entfernt.

Nach einem ersten Schritt, der in der Verbreitung der Unwahrheit besteht, dass von diesem gemeinsamen Feind eine unverhältnismäßige Gefahr ausgehe, wie zum Beispiel ein Staatsstreich oder Unruhen, ist das Feld bereitet, um den zweiten Schritt in der Konstruktion einer Krise zu tun. Bei einer anschließenden Krisensituation – seien es Unruhen, Demonstrationen, Bombenanschläge oder ähnliches – stehen die Rechtfertigungen bereit, um zivile Freiheiten weiter einzuschränken. Die Krise liefert die Rechtfertigung, die zivilen Freiheiten einzuschränken. Auf die „Gefahr der HTI“ reagierte die Regierung Jokowi bereits mit der Verordnung über Massenorganisationen.

Der nächste Schritt wäre die Ausrufung eines Notstands. Dies würde dann endgültig an autoritäre Zeiten wie unter Suharto erinnern, zu der so häufig auf Notstandsgesetze zurückgegriffen wurde, dass sich Indonesien quasi ununterbrochen im Notstand befand. Dabei wurde nie benannt, um was für einen Notstand es sich eigentlich handelte, doch dieser hörte nie auf.

Die Zeichen, die auf eine Verwirklichung einer autoritären Regierung hinweisen, werden immer deutlicher und die Entwicklung ist schon beinahe vollendet. Während diese Gefahr größer wird, ist die politische und gesellschaftliche Polarisierung sowie eine, insbesondere nach der Präsidentschaftswahl einsetzende, nahezu blinde Unterstützung für den Präsidenten stark ausgeprägt. Dies geht so weit, dass sich einige kritische Gruppen oder

solche, die sich als Teil der Zivilgesellschaft betrachten, nicht der Gefahr bewusst waren und keine Anstrengungen unternommen haben, die Rückkehr einer autoritären Regierungsform zu verhindern.



Proteste gegen das Omnibusgesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen.
© Andreas Harsono

Nach September 2019 allerdings, als in verschiedenen Städten Indonesiens u.a. aufgrund einer Reihe von weiteren, die bürgerlichen Rechte und individuelle Freiheiten

einschränkenden Gesetzesvorhaben eine große Protestwelle einsetzte, wurden vor allem indonesische Jugendliche stärker als je zuvor aktiviert. Diese Proteste brachte auch verschiedene Gruppen zusammen, darunter Arbeiter*innen, Student*innen, Landwirte, Frauen, Fischer und viele andere Gruppen. Die Proteste zeigten, dass die Situation nicht so gut war, wie es die Regierung glauben machen wollte.

Denn es ist wahr, dass sich die indonesische Demokratie rückwärts bewegt. Der autoritäre Rückfluss ist allerdings noch nicht am Ende angelangt. Ehe es jedoch zu spät ist, ist es wichtig, dass es ein Signal gibt, eine klare Stimme von verschiedenen Seiten, einschließlich der internationalen Gemeinschaft. In dem postmodernen Weltbildspiel, das die indonesische Regierung sehr bewusst nutzt und orchestriert, gilt ein öffentlicher Handschlag als Beweis dafür, dass sich Indonesien in Richtung einer Menschenrechtszivilisation anstatt rückwärts bewegt. Hierzu zu schweigen, bedeutet Zustimmung.

Asfinawati ist seit 2001 als Menschenrechtsanwältin tätig. Sie beschäftigte sich insbesondere mit den Rechten von Wanderarbeiter*innen, Religions- und Glaubensfreiheit, Frauenrechten und fairen Gerichtsverfahren. Nachdem sie von 2006 bis 2009 Direktorin des Jakarta Legal Aid Institute war, ist sie von 2017 bis 2021 gewählte Vorsitzende der Indonesia Legal Aid Foundation.

Das „Familienstärkungsgesetz“

- **Die Familie als die kleinste Einheit der Gesellschaft** definiert sich aus verheirateten Paaren, Ehepaaren mit Kindern und Alleinerziehenden
- **Ehefrauen** sollen „sich um haushaltsbezogene Angelegenheiten kümmern“ und „den Ehemann und das Kind gut behandeln“
- **Höchststrafe von sieben Jahren Gefängnis für Leihmutterchaft**
- **Definition von Homosexualität, Inzest und Sadomasochismus** als „sexuelle Abweichungen“, Behandlungspflicht in staatlich sanktionierten Rehabilitationszentren



Die ambivalente Beziehung zwischen Staat und indigenen Religionen

von Anna Soetomo

© Andreas Harsono

2016 hat das Verfassungsgericht zum ersten Mal die Existenz indigener Religionen¹ in Indonesien anerkannt. Mit dem Beschluss Nr. 97 wurde die Praxis, für Anhänger indigener Religionen die Rubrik Religion auf dem Personalausweis leer zu lassen, abgeschafft. Seitdem wird für sie in der eigens erstellten Kategorie „Glaube“ der Begriff „Glaube an einen allmächtigen Gott“ eingetragen. Auch wenn die Differenzierung in Religion und Glaube die empfundene Andersartigkeit noch zeigt, so ist dies doch ein wichtiger Erfolg im Auf und Ab der Geschichte der Anerkennung indigener Religionen. Dieser Artikel untersucht Entwicklungen im Zusammenhang mit Gesetzesänderungen und andere Schwierigkeiten, mit denen die Anhänger*innen indigener und lokaler Religionen in der Ausübung ihrer Religion oder ihres Glaubens konfrontiert sind.

Fortsetzung der Diskriminierung¹

Am 10. Juli 2020 wurde das Grab der Ältesten der Masyarakat Adat Karuhun Urang (AKUR) Sunda Wiwitan – einer sundanesischen Glaubensrichtung – versiegelt. Solche Maßnahmen vonseiten des Staates sind keine neue Erscheinung in der Geschichte der Religions- und Glaubensfreiheit und Formen staatlicher Kriminalisierung geschehen noch in vielen weiteren Teilen des Landes. Neben der Tatsache, dass Anhänger*innen indigener und lokaler Religionen häufig mit Stigmatisierung konfrontiert sind, gibt es nach wie vor etliche gesetzliche Regelungen, die den Gläubigen die Ausübung ihrer Religion erschweren. Als Grund für die Versiegelung gab die Polizeibehörde des Landkreises Kuningan an, auf Drängen von 1.500 Mitgliedern einer religiösen Bürgerbewegung gehandelt zu haben. Am 13. August hob die Polizeibehörde die Verplombung des Friedhof wieder auf. Der zuständige Landrat erklärte, sowohl die Versiegelung als auch deren Aufhebung sei geschehen, um lokale Vorschriften umzusetzen. Solcherlei Berufungen auf formale Gründe zeigen sehr deutlich die Inkonsistenz des Staates, das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit zu achten und deren Einhaltung zu ermöglichen. Im Ergebnis haben die An-

hänger*innen indigener Religionen keine Sicherheit, ob ihnen vonseiten des Staates Schutz gewährt wird.

Ein Bericht der Nationalen Kommission gegen Gewalt gegen Frauen identifiziert Schwierigkeiten, Beerdigungen im Einklang mit der eigenen Glaubensrichtung durchzuführen, als eine verbreitete Form der Diskriminierung gegenüber Anhänger*innen indigener und lokaler Religionen. Dies äußert sich z.B. in der Unmöglichkeit, die Körper der Verstorbenen ihrem Glauben gemäß auf die Beerdigung vorzubereiten, oder in der Ablehnung von Beerdigungen auf dem öffentlichen Friedhof.

1989 ist das Fach Religion durch das Gesetz Nr. 2 des nationalen Bildungssystems zum Pflichtfach geworden. 2003 wurde dies durch das Gesetz Nr. 20 noch einmal bestätigt. Damit ist das Fach Religion zu einem Instrument der Diskriminierung von Anhänger*innen indigener und lokaler Religionen geworden. Denn Unterricht für indigene Religionen wird nicht angeboten. So müssen sich die Schüler*innen für Unterricht in einer der von der Schule angebotenen Religionen entscheiden. Viele Betroffene berichten, dass die Struktur des verpflichtenden Religionsunterrichts während der Schulzeit zur Stigmatisierung durch die Klassenkamerad*innen beiträgt und den psychologischen Druck durch die Lehrer*innen verstärkt. Beispielhaft hierfür ist der Fall eines Oberschülers aus Semarang. Er wurde nicht versetzt, weil er im Fach Religion nicht bestanden hatte. Der Schüler hatte an der schriftlichen Prüfung im Fach Islamische Religionskunde

¹ Die Autorin benutzt den Begriff *penghayat kepercayaan* – ein offizieller Oberbegriff für verschiedene, teilweise synkretistische Formen der Mystik in Indonesien, die als einheimische Religionen verstanden werden (Anm. d. Redaktion).

teilgenommen, sich aber geweigert, die praktische Prüfung abzulegen, weil diese Rituale beinhalteten, die mit seinem Glauben nicht vereinbar waren.

Wichtige Errungenschaften zur Sicherstellung der Rechte von indigenen und lokalen Religionen

In den letzten 10 Jahren gab es auf der legislativen Ebene einige Wendepunkte im Auf und Ab der Beziehung zwischen Staat und indigenen Religionen. Als wichtigste Entscheidung sind dabei die im Jahr 2012 getroffene verfassungsgerichtliche Entscheidung Nr. 35 des über den von lokalen Gemeinschaften genutzten Wald und das 2017 verabschiedete Gesetz Nr. 5 über den kulturellen Fortschritt zu nennen. Dazu kommen die Entscheidung des Verfassungsgerichts Nr. 97 von 2016/2017 über die Eintragung der religionszugehörigkeit in den Personalausweis und die Verordnung des Bildungs- und Kulturministeriums Nr. 27 von 2016.

Die beiden zuerst genannten Entscheidungen sind wichtig, da sie sehr eng mit der Ausübung der indigenen Religionen verbunden sind. Der Staat erkennt indigene Religionen nun als eigenständige Glaubensrichtungen an. Für viele Anhänger*innen indigener Religionen spielen die Ahnen eine wichtige Rolle und ihr Glaube ist stark mit ihrem traditionellen Land und den darauf praktizierten Ritualen verbunden. Sie glauben, dass ihr angestammtes Land eine besondere Verbindung zu den Ahnen hat und dass die Rituale auf diesem Land das Wissen und die Werte der Ahnen der Gläubigen bewahren. Die Anerkennung des traditionell genutzten Waldes und der Wille, diesen zu schützen, um die Kultur zu bewahren, ist allerdings bisher noch nicht nachhaltig umgesetzt worden. Dem Schutz traditioneller Wälder steht die Überlappung unterschiedlicher Gesetze und die mangelnde Abstimmung zwischen Zentralregierung und Lokalverwaltung im Weg.



„Dieses Gebäude ist versiegelt.“ © Andreas Harsono

Die beiden zuletzt genannten Gesetze haben eine große Auswirkung auf die Möglichkeiten der amtlichen Registrierung der Anhänger*innen indigener Religionen, seien es Eheschließungen oder Todesfälle. Das Verfassungsgericht hat inzwischen festgestellt, dass die bisherige Praxis aus dem Gesetz Nr. 23 von 2006, die Kategorie Religion auf dem Personalausweis leer zu lassen, diskriminierend war. In seiner aktuellsten Entscheidung beschreibt das Verfassungsgericht die indigenen Religionen zwar als an-

ders als die sechs offiziell anerkannten Religionen, aber doch als gleichberechtigt. Diese zunächst progressiv anmutende Entscheidung ist dennoch problematisch, nicht zuletzt weil die anerkannten Religionen dem Religionsministerium unterstehen, während das Bildungs- und Kulturministerium für die indigenen Religionen zuständig ist. Doch selbst diese Entscheidung hat großen Protest hervorgerufen, insbesondere von islamischen Gruppen, die sich dagegen wehren, mit indigenen Religionen auf eine Stufe gestellt zu werden. Als Kompromiss in der Umsetzung gibt es nun zwei Formate für den Personalausweis, eines mit dem Feld Religion und ein anderes mit dem Feld Glauben.

Was die Verordnung Nr. 27 des Bildungsministeriums von 2016 betrifft, gibt es einige fortschrittliche Punkte: Erstens werden Schüler*innen mit indigener Religion nicht mehr gezwungen, den Religionsunterricht einer der offiziellen Religionen zu besuchen, wie dies bisher der Fall war. Zweitens wird anerkannt, dass Kinder mit indigener Religion das Recht haben, einen Religionsunterricht ihrer Glaubensrichtung zu besuchen. Und drittens wird den indigenen Religionen gemäß der Kinderrechtskonvention zugestanden, selbst für die religiöse Erziehung ihrer Kinder zu sorgen. Gemäß dieser Konvention liegt die Autorität über die Religionsausübung bei den Eltern und der Religionsgemeinschaft und der Staat darf sich nicht einmischen.

Trotzdem sind noch Hausaufgaben zu erledigen, insbesondere in Bezug auf die für Anhänger*innen indigener und lokaler Glaubensrichtungen bestehende Verpflichtung, sich in das Verzeichnis der Glaubensrichtungen, die an einen allmächtigen Gott glauben, zu registrieren. In diesem 2017 veröffentlichten Verzeichnis werden indigene und lokale Religionen in vier Organisationsformen unterteilt und erfasst: als Organisation, als Verband, als Bildungseinrichtung und als Bruderschaft. Diese Regierungspolitik, die die indigenen und lokalen Religionen kurzerhand zu kulturellen Organisationen umdefiniert, hat einige Debatten ausgelöst. Einerseits weil es hunderte von indigenen und lokalen Religionen in ganz Indonesien gibt, deren Arbeitsweise und Struktur sehr unterschiedlich ist und nicht immer in die von der Regierung festgelegten Kategorien passt. Bis heute haben viele Anhänger*innen indigener und lokaler Religionen die neu erforderliche Eintragung auf dem Personalausweis nicht oder noch nicht vorgenommen. Viele möchten dies auch nicht. Denn zum einen empfinden sie die Unterscheidung zwischen Religion und Glaube als Diskriminierung, zum anderen befürchten sie, dass das offizielle Bekenntnis zu einer indigenen oder lokalen Religion zu noch stärkerer Stigmatisierung führt. Was den Religionsunterricht betrifft, zeigt die Praxis, dass viele Kinder trotz der neuen Rechtslage an ihren Schulen noch immer keinen Religionsunterricht in ihrer Religion erhalten. Die zugrunde liegenden strukturellen Probleme sind nach wie vor nicht gelöst und Stigmatisierung bleibt weiterhin bestehen.

Unterschiedliche Perspektiven oder fehlender Wille, Schutz zu gewähren?

Die Herausforderung, das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit für Anhänger*innen indigener und lokaler Religionen zu realisieren, ist immer noch genau so groß

wie früher. Die Art des Staates das *forum internum*, die innere religiöse Überzeugungsbildung, zu definieren, verletzt das grundlegende Menschenrecht der Glaubensfreiheit. Denn die vom Staat angewandte Definition ignoriert das Prinzip der Selbstbestimmung, der Einzigartigkeit und Vielfalt religiöser Praktiken indigener und lokaler Religionen. Die Definitionen tragen zudem zur Verfestigung des Stigmas gegenüber indigenen Religionen bei und dienen Anhänger*innen der offiziellen Religionen häufig als Rechtfertigung, im Namen der Religion Gewalt gegenüber Anhänger*innen indigener und lokaler Religionen anzuwenden. In vielen Fällen ist der Staat auch direkter Akteur, der die Freiheit, den eigenen Glauben zum Ausdruck zu bringen, einschränkt, sei es durch gesetzliche Regelungen oder deren Durchsetzung. Regulierungen des *forum externum*, also des Rechts, den Glauben nach außen kundzutun, wie es auch in der Verfassung verankert ist, erfüllen die grundlegende Anforderungen oftmals nicht und werden überdies häufig diskriminierend umgesetzt. Das Beispiel am Anfang dieses Artikels zeigt dies.

Nicht zuletzt lässt der Staat es überdies oft zu, dass Anhänger*innen indigener und lokaler Religionen von nicht-staatlichen Akteuren terrorisiert werden. Dabei handelt der Staat nur sehr halbherzig, wenn es darum geht, deren Rechte zu schützen und den Heilungsprozess für die Opfer solcher Gewalttaten zu ermöglichen.

Ein Dialog, um die divergierenden Perspektiven zwischen Staat und indigenen und lokalen Religionen zu überbrücken, ist weiterhin nötig. Es ist wichtig, dass der Staat bereit ist, wirklich zuzuhören, um die Bedürfnisse der Anhänger*innen dieser Glaubensrichtungen zu verstehen.

Es liegt in der Verantwortung des Staates, die Konflikte zwischen den Anhängern indigener Glaubensrichtungen und anderen religiösen Gruppen sowie deren interne Konflikte zu moderieren. Insbesondere dort, wo sich staatliche Richtlinien aus unterschiedlichen Bereichen widersprechen, sollte als erstes für eine einheitliche Interpretation gesorgt werden – eine die dem Schutz von Minderheiten dient und nicht deren Einschränkung.

Erkenntnisse und Empfehlungen

Bis heute sind die Anhänger*innen indigener und lokaler Glaubensrichtungen von Diskriminierung betroffen, sowohl durch die Verletzung ihrer Rechte durch den Staat direkt als auch in Form von Diskriminierung und Verfolgung durch Mitbürger*innen. Obwohl Anstrengungen, einige Gesetze zu verbessern, unternommen wurden, bleibt die Implementierung ihrer positiven Aspekte immer noch auf der Strecke. Haupthindernisse sind andere ihnen widersprechende Gesetze sowie die unterschiedlichen Perspektiven von Staat und Anhänger*innen indi-



Versiegelung des Ältesten-Grabs der Masyarakat Adat Karuhun Urang (AKUR) Sunda Wiwitan. © Anna Soetomo

gener und lokaler Glaubensrichtungen auf Zugehörigkeits- und Definitionsfragen.

Dem Staat ist erstens zu empfehlen: sich ernsthaft zu engagieren, die Rechte der Anhänger*innen indigener und lokaler Glaubensrichtungen basierend auf dem Prinzip der Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und durchzusetzen. Um deren Rechte zu schützen und zu garantieren, sollte zweitens, die Koordination zwischen Zentralregierung und Regionen wie auch zwischen den Ministerien gewährleistet werden.

Drittens, in Fällen von Diskriminierung und Verfolgung von Anhänger*innen indigener und lokaler Glaubensrichtungen sollte der Staat die Strafverfolgung konsequent umsetzen und Schritte der Versöhnung einleiten, damit sich solche Vorfälle nicht wiederholen.

Anna Soetomo hat ihr Jurastudium an der Universität Padjajaran in Bandung 2005 abgeschlossen. Seit 2015 ist sie Aktivistin für Menschenrechte und engagiert sich für eine Vielfalt von Themen. Aktuell setzt sie ihr Studium am Center for Religious and Cross-cultural Studies der Universität Gadjah Mada in Yogyakarta mit dem Schwerpunkt indigene Religionen fort.



Pressefreiheit unter Druck

von Ratna Ariyanti

© Andreas Harsono

*Nach seiner Berichterstattung über die Proteste einer Dayak-Community in Südsulawesi gegen eine Ölpalmfirma wurde der Journalist Diananta Putra Sumedi verhaftet und verbrachte über drei Monate in Haft. Der Fall offenbart den mangelnden Schutz von Journalist*innen und Medienunternehmen und deren zunehmende Kriminalisierung.*

Am 17. August 2020 jährte sich zum 75. Mal der Tag der Unabhängigkeit Indonesiens. Die Feierlichkeiten fanden in diesem Jahr aufgrund der Pandemie nur sehr eingeschränkt statt. Selbst an der traditionellen Flaggenzeremonie im Hof des Präsidentenpalasts in Jakarta nahmen in diesem Jahr nur wenige geladene Gäste teil.

In der Stadt Kotabaru im Süden Kalimantan, einige Flug- und Autostunden von den offiziellen Feierlichkeiten in der Hauptstadt Jakarta entfernt, beging Diananta Putra Sumedi unterdessen seinen ganz eigenen „Unabhängigkeitstag“. Für den ehemaligen Chefredakteur des Onlinemagazins BanjarHits.id war es der erste Tag in Freiheit, nachdem er wegen des Vorwurfs der Verleumdung dreieinhalb Monate im Gefängnis saß. Anlass für seine Verhaftung war eine von ihm am 19. November 2019 auf der Plattform BanjarHits.id veröffentlichte Reportage mit dem Titel „Johnlin raubt Land, Dayaks beschwerten sich bei der Polizei Südkalimantans“. Bei Johnlin handelt es sich um das Palmölunternehmen Johnlin Agro Raya (JAR), das einem der Ethnie der Bugis zugehörigen Geschäftsmann aus Südsulawesi gehört.

Der Beitrag wurde ebenfalls auf dem Nachrichtenportal *Kumparan* veröffentlicht, ein landesweites Onlinemedium mit Sitz in Jakarta, das mit zahlreichen lokalen Medienunternehmen, darunter auch BanjarHits.id, Partnerschaften unterhält. Im Rahmen dieser Kooperation steht BanjarHits eine eigene Sektion auf der Webseite zu, auf der eigene Beiträge veröffentlicht werden können.

In der Reportage zitierte der Journalist Sukirman, ein Mitglied des Dayak-Gemeinderates. Dieser warnte davor, dass die Landnahme Konflikte zwischen Angehörigen der Dayak und der Bugis verursachen könnte. Darüber

hinaus berichtete Sukirman über eine ungerechte Behandlung der Dayak durch den Besitzer des Palmölunternehmens.

Nachdem der Beitrag jedoch bereits veröffentlicht war, erstattete Sukirman Anzeige bei der Polizei und bestritt, jemals solche Aussagen getroffen zu haben. Er sagte, dass er keinen Konflikt zwischen den zwei ethnischen Gruppen verursachen möchte und der Landkonflikt durch eine Mediationsverfahren vor Gericht beigelegt werden solle. Daneben reichte Sukirman auch eine Beschwerde beim Presserat ein. Dieser entschied am 9. Januar, dass der Artikel gegen den Ethikkodex des Journalismus verstoßen habe. Am 5. Februar empfahl der Presserat, dass Kumparan die Möglichkeit zur Gegendarstellung einräumen, den umstrittenen Artikel löschen und eine Erklärung die Leser veröffentlichen müsse.

Auch das Unternehmen Johnlin Agro Raya (JAR) wehrte sich und reichte beim Presserat eine Beschwerde wegen dreier Artikel im Zusammenhang mit dem Landkonflikt ein. Auch in diesen Fällen forderte der Presserat Kumparan auf, eine Gegendarstellung auf der Seite zu veröffentlichen und die Artikel zu löschen.

Im Idealfall wäre der Streit damit beigelegt gewesen, nachdem der Presserat eine Bewertung vorgenommen und Empfehlungen ausgesprochen hat und die Nachrichtenredaktion den Empfehlungen nachgekommen ist. Es gäbe keine Notwendigkeit für weitere rechtliche Auseinandersetzungen.

Entsprechend einer 2012 zwischen Presserat und Polizei getroffenen Absichtserklärung, hätte die Polizei den Presserat mit der Klärung von Pressestreitigkeiten beauftragen müssen.

Der Artikel 15 des Pressegesetzes besagt eindeutig, dass der Presserat die Befugnis hat, in einem solchen Fall zu vermitteln. Aber wir leben nicht in einer idealen Welt. Diananta hat Monate im Gefängnis verbracht, nur weil er seiner Arbeit als Journalist nachging.

Die bedrohte Pressefreiheit

Der Fall des Journalisten Diananta ist nur ein Beispiel dafür, wie sehr die Freiheit der Presse in Indonesien unter Druck steht. Sein Fall hat Diskussionen über die Form der Zusammenarbeit zwischen lokalen und nationalen Medienunternehmen entfacht. Dabei geht es zum Beispiel um die Frage, wer die presserechtliche Verantwortung für umstrittene Artikel übernehmen soll. Ist es den nationalen Medien erlaubt, sich ihrer Verantwortung zu entziehen, wenn sie nur die Plattform, nicht aber den Inhalt liefern?

Der Fall offenbart einmal mehr den mangelnden Schutz von Journalist*innen und Medienunternehmen, die über keine rechtliche Körperschaft verfügen. Und der Fall ist ein Beispiel dafür, dass der Presserat nicht ernst genommen wird. Die erwähnte Absichtserklärung zwischen Presserat und Polizei zur Beilegung von Streitigkeiten ist offenbar nicht ausreichend, um Journalist*innen vor einer Kriminalisierung zu schützen.

Juristische Verfahren stellen nur eine Form der Bedrohung dar, mit denen sich Journalist*innen in Indonesien konfrontiert sehen. Nach Angaben der *Aliansi Jurnalis Independen (AJI)* (Allianz der unabhängigen Journalisten), einem progressiven Journalistenverband, ist die Zahl gewalttätiger Übergriffe auf Journalist*innen in den vergangenen Jahren konstant hoch. Allein im Jahr 2019 gab es mindestens 53 Fälle, in denen Journalist*innen Opfer gewaltsamer Übergriffe wurden. Physische Gewalt stellte dabei die größte Bedrohung dar, aber auch die Zerstörung ihrer Arbeitswerkzeuge oder gezielte Bedrohungen oder Einschüchterungen sind an der Tagesordnung.

Die meisten Fälle gewaltsamer Übergriffe auf Journalist*innen in 2019 ereigneten sich im September, als es in mehreren Städten Indonesiens, darunter in Jakarta und Makassar, zu Massenprotesten von Student*innen und Zivilgesellschaft gegen umstrittene Gesetzesreformen kam. Eines der Opfer war Vany Fitria von *Narasi TV*, die am 25. September über einen Protest in der Nähe des Repräsentantenhauses in Jakarta berichtete. Ein Mitglied einer mobilen Brigadeeinheit soll sie mit einem Schild geschlagen haben, sodass sie beinahe hinfiel. Anschließend nahm die Person Vany's Handy und schmetterte es auf den Bürgersteig.

Der Bedrohung der Pressefreiheit in Indonesien widmete sich ein eigenes Kapitel in dem Bericht *Holding the Line. A Report into Impunity, Journalist Safety and Working Conditions*, der Ende 2019 durch die Internationale Journalistenföderation (IJF) und die Südostasiatischen Journalistengewerkschaften (SEAJU) veröffentlicht wurde. Es ist der zweite Bericht über Medienfreiheit in Südostasien. Für den Bericht wurden mehr als 500 Journalist*innen aus 32 Provinzen befragt. Der Bericht stuft die Freiheit der Presse in Indonesien als moderat ein und konstatiert keine signifikante Verbesserung oder Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr. Die Hauptbedrohungen für Journalist*innen betrafen ihre unmittelbare journalisti-

sche Tätigkeit. Zahlreiche Journalist*innen erhielten direkt oder über elektronische Medien Drohungen, die sich gegen sie selber oder auch ihre Familien richten. Auch über körperliche Angriffe wird berichtet. Die Sicherheits-situation für Medien stuft der Bericht für das Jahr 2019 als schlecht ein, bzw. sie verschlechterte sich gegenüber 2018. In Bezug auf die ungehinderte Ausübung der journalistischen Tätigkeit stellten Kriminalisierungsversuche staatlicherseits das häufigste Problem für Journalist*innen dar. Der wichtigste Einflussfaktor für den rechtlichen Schutz der Medien spielt dabei die Regierung. Der Schutz der Medien vor Strafverfolgung wurde auf einer Skala von 1 bis 10 mit 7,6 bewertet – wobei 1 für die beste und 10 für die schlechteste Bewertung steht.

Immer mehr Journalist*innen wandern unter Anwendung drakonischer Gesetze, einschließlich des ITE-Gesetzes,¹ ins Gefängnis. Die geplante Revision des Strafgesetzbuches kann sich ebenfalls negativ auf die Pressefreiheit auswirken – der Gesetzentwurf beinhaltet mindestens zehn Artikel, mit denen diejenigen, die den Präsidenten oder Vizepräsidenten beleidigen, bestraft werden können. Der Gesetzeskatalog wird, falls er verabschiedet wird, auch Strafen für die Herabwürdigung der Gerichte sowie die Verbreitung von Falschinformationen vorsehen und die Weitergabe von vertraulichen Informationen durch Regierungsbeamte strafrechtlich regeln. Diese undemokratischen Gesetze werden zu einer weiteren Einschränkung der Pressefreiheit führen.



© Bina Karos/AJI Indonesia

Digitale Angriffe als neue Herausforderungen

Zusätzlich zu den physischen Angriffen und juristischen Verfolgungen waren Journalist*innen und Medienorganisationen in Indonesien auch Ziele digitaler Angriffe. Mindestens vier Medienunternehmen wurden in jüngster Zeit zur Zielscheibe von Cyberangriffen.

Am 21. August wurde die Website des kritischen Nachrichtenmagazins *Tempo* gehackt. Statt der üblichen Website bekamen die Besucher*innen einen schwarzen Bildschirm zu sehen mit den Zeilen „Stoppt die Falschinformationen.“

¹ Das ITE-Gesetz (Gesetz über elektronische Informationen und Transaktionen) soll den Austausch von Informationen und elektronischen Transaktionen regulieren. In dem Gesetz ist festgelegt, was im Internet verboten ist. Allerdings wird sein Verleumdungsartikel dafür missbraucht, Journalist*innen zu kriminalisieren. Auf Online-Verleumdung stehen bis zu vier Jahre Haft.

Belügt nicht das indonesische Volk. Kehrt zu den ethischen Standards des Journalismus zurück und gehorcht dem Presserat. Verbeugte euch nicht vor euren Geldgebern.“

Angriffe richteten sich auch gegen andere Medienorganisationen, darunter *Tirto.id*. Dort drangen Angreifer in das Content-Management-System der Nachrichtenseite ein und löschten sieben Artikel, die sich kritisch mit der Entwicklung eines Coronavirus-Medikaments auseinandersetzten, die im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen der Airlangga-Universität, dem Geheimdienst (BIN) und der indonesischen Armee durchgeführt wurde.

Nach Angaben von *Safenet*, einem Netzwerk von Verteidiger*innen digitaler Rechte in Südostasien, macht sich in Indonesien in den vergangenen drei Jahren der Trend hin zu digitalen Angriffen bemerkbar. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die Organisation Amnesty International, die zwischen dem 22. April und dem 11. Juni 2020 mindestens 29 derartige digitale Angriffe dokumentiert hat. Die Angriffe richteten sich gegen 35 Student*innen, Akademiker*innen, Aktivist*innen und Journalist*innen, die die Regierung kritisiert oder politisch heikle Themen wie Menschenrechtsverletzungen in Papua diskutiert hatten oder sich als alternative Medien an vorderster Front für die Rechte von Frauen und Minderheiten einsetzten.

Kürzlich ereigneten sich digitale Angriffe auf die Seiten *Konde.co* und *Magdalene.co*, zwei feministischen Nachrichtenorganisationen. *Magdalene.co* gab am 10. Juni bekannt, dass ihre Server durch sog. Distributed-Denial-of-Service-Attacks angegriffen wurden. Durch eine Flut von Anfragen brechen die Server unter der Last zusammen und sind für die normalen Besucher*innen nicht mehr erreichbar. Bei *Konde.co* kaperte der Angreifer den Twitter-Account, einige Stunden bevor die Nachrichtenredaktion eine Online-Diskussion zum Thema sexuelle Belästigung durchführen wollte.

Die Arten der digitalen Angriffe sind vielfältig. Neben dem Identitätsdiebstahl bei Social-Media- oder Instant-Messaging-Plattformen kommt es zu Spam-Anrufen, der Störung von Webinaren oder der Einschüchterung durch Textnachrichten. In einem Fall, der gegen Tantowi Anwari von der *Alliance of Journalists for Diversity* (SEJUK) gerichtet war, kontrollierten die Angreifer seinen Grab-Food-Account, einen lokalen Online-Lieferdienst, und bestellten kontinuierlich Essen in verschiedenen Geschäften.

Angesichts der zunehmenden digitalen Angriffe müssen Journalist*innen und Redaktionen sich erst noch mit den notwendigen digitalen Sicherheitskenntnissen vertraut machen, um diese Form von Angriffen abwehren zu können. Aus einer Studie des Zentrums für Medien- und Kommunikationswissenschaften *Remotivi* aus dem Jahr 2020 geht hervor, dass von 110 befragten Personen bereits 21,8 Prozent digitale Angriffe erlebt haben. Fast drei Viertel der Befragten gaben jedoch an, dass sie noch nie eine Schulung zur digitalen Sicherheit erhalten haben. Es fehlt der Schutz der Journalist*innen durch Medienorganisationen, wobei 77,3 Prozent angaben, dass ihre Unternehmen keinerlei Mechanismen zur Verfügung stellen, um ihre Sicherheit vor digitalen Angriffen zu gewährleisten.

Die Pandemie und das Überleben der Medien

Die Pandemie hat die ohnehin bereits lange bestehenden Probleme der Medien in Indonesien weiter verschärft. Bereits vor der Pandemie waren niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen kennzeichnend. Indonesien ist dabei kein Einzelfall, sondern dies ist ein allgemeiner Trend in der gesamten Region Südostasien. Medienunternehmen haben angesichts der Digitalisierung große Schwierigkeiten, tragfähige Geschäftsmodelle zu entwickeln. Der Einbruch der Wirtschaft geht an den Medienunternehmen ebenfalls nicht spurlos vorbei. Viele große Medienunternehmen, auch die für seriösen Journalismus bekannt sind, mussten festangestellte Journalist*innen entlassen. Noch härter trifft es lokale Medien.

Auch freiberufliche Journalist*innen sind von den Einschnitten infolge der Pandemie betroffen. Da viele Redaktionen ihre Budgets für Freiberufler kürzen müssen, wird der Wettbewerb unter diesen immer härter. Freiberufler ignorieren häufig Sicherheitsprotokolle, um an exklusive Berichte zu kommen, die sie an die Nachrichtenredaktionen verkaufen können.

Doch gerade in Zeiten der Pandemie wird deutlich, wie wichtig eine sachliche und kritische Berichterstattung ist. Die Öffentlichkeit muss sich auf glaubwürdige Medien verlassen können. Medien sind in der Lage, Fehl- und Desinformationen über das Coronavirus entgegenzuwirken und über den Umgang der Behörden mit der Pandemie kritisch zu berichten.

Es ist unsere Pflicht, für das Überleben der Medien und der Pressefreiheit einzutreten.

Zur Unterstützung der Medien sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Einrichtung eines Fonds zur Förderung des Journalismus;
- Diversifizierung der Eigentümerschaft der Medienunternehmen;
- Kampf gegen Straflosigkeit und Verbesserung der Strafverfolgung;
- Konsequente Verfolgung von Straftaten gegenüber Journalist*innen;
- Unterstützung der Gewerkschaften der Medienschaffenden, damit diese sich organisieren und mit den Arbeitgebern verhandeln können, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern;
- Ausbau der Medienkompetenz auf nationaler Ebene, damit die Öffentlichkeit guten Journalismus identifizieren und sich bei der Informationsbeschaffung auf seriöse Quellen verlassen kann.

Der Weg zu Erfüllung dieser Forderungen ist mit Sicherheit ein langer. Wir müssen aber damit beginnen, daran zu arbeiten, und wir müssen jetzt damit beginnen.

Ratna Aryanti ist Dozentin an der Multimedia Nusantara University (UMN) in Serpong, Banten. Seit 2019 ist sie außerdem Koordinatorin für Südostasien bei der International Federation of Journalists (IFJ) im asiatisch-pazifischen Raum. Die IFJ ist eine Organisation, in der 600.000 Medienschaffende aus 187 Gewerkschaften und Journalist*innenverbänden in mehr als 140 Ländern organisiert sind. Sie ist auch Mitglied der Indonesian Independent Journalists Alliance (AJI), einer Organisation, die sich für Pressefreiheit, Professionalität und das Wohl von Journalist*innen einsetzt.



Der wachsende Einfluss des Militärs

von TAPOL

© Chaideer Mahyuddin

In den vergangenen Jahren hat das indonesische Militär innerhalb der Regierung stetig an Einfluss gewonnen. Noch nie seit Beginn der Reformasi vor rund zwei Jahrzehnten, genoss das Militär so viel Einfluss wie unter der Präsidentschaft Joko Widodos. Die jüngsten Vorschläge, amtierende Offiziere in den öffentlichen Dienst zu integrieren, sowie die anhaltende Präsenz des Militärs auf der lokalen Ebene ermöglichen dem Militär, ihre Einflusssphären auszubauen. Diese Expansion militärischer Macht birgt außerdem die Gefahr, dass begangene Menschenrechtsverletzungen, die seit 1998 nicht aufgearbeitet wurden, auch weiterhin ungesühnt bleiben.

Gängige Erklärungen für den Machtzuwachs des Militärs verorten die Hauptursache u.a. bei der jeweiligen politischen Führung. Präsident Widodo zum Beispiel suche in einer Aufwertung des Militärs ein Gegengewicht zur Polizei, die seine Autorität teilweise infrage stelle. Im Falle des vorherigen Präsidenten Yudhoyono (2004-2014) liege sein Unwille für grundlegende Reformen des Militärapparats u.a. darin begründet, dass er selber einen großen Teil seiner Laufbahn beim Militär verbrachte.

Entgegen solcher Erklärungsansätze fokussieren wir uns in diesem Artikel auf die strukturellen Ursachen für den anhaltenden Einfluss des Militärs. Dabei wollen wir uns auf zwei Entwicklungen konzentrieren: einerseits auf die jüngsten Vorschläge, amtierende Offiziere in den öffentlichen Dienst zu integrieren; andererseits die langandauernde Präsenz des Militärs auf der lokalen Ebene, eine direkte Folge des Fortbestehens der „territorialen Struktur“. Diese hat es dem Militär ermöglicht, lokale Unternehmenstätigkeiten aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen. Die Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivitäten des Militärs sowie seines Einflusses auf den Verwaltungsapparat hat auch gravierende Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation. Eine Expansion militärischer Macht birgt die Gefahr, dass begangene Menschenrechtsverletzungen, die seit 1998 nicht aufgearbeitet wurden, auch weiterhin ungesühnt bleiben.

Wir möchten in unserem Artikel den Blick auch darauf werfen, wie die Kontrolle der natürlichen Ressourcen durch das Militär zu Menschenrechtsverletzungen ge-

führt hat. Im Anschluss geben wir Empfehlungen zur Lösung der geschilderten Probleme.

Im Januar 2020 wurde eine Gesetzesreform zur Eingliederung amtierender Militäroffiziere in den öffentlichen Dienst auf die Tagesordnung des Parlaments (Dewan Perwakilan Rakyat) gesetzt. Da die Reform auch eine Änderung des Gesetzes über die Stellung und Aufgaben des Militärs bedeutete, wäre hierfür die Zustimmung des Parlaments erforderlich gewesen. Als die Vorschläge im Januar 2019 erstmals auf den Tisch kamen, schlug Hadi Tjahjanto, der Kommandant der Streitkräfte, vor, 500 Militäroffiziere in den öffentlichen Dienst aufzunehmen. Mitte 2019 ebnete Widodo bereits den Weg für die Änderung des Militärgesetzes von 2004, indem er per Dekret die Aufnahmen von Offizieren (perwira) im öffentlichen Dienst ermöglichte. Laut Dekret liegt die Entscheidung über die Benennung von Offizieren beim Kommandanten des Militärs bzw. der Teilstreitkräfte, eine parlamentarische Kontrolle wurde dabei ausgeschlossen.¹

Dieses Vorgehen stellt kein Präzedenzfall dar, sondern steht beispielhaft für die Verflechtung von Militär und Regierung seit den 1950er Jahren. Damals kam Präsident Sukarno per Notverordnung an die Macht und versicherte sich dabei teilweise auch der Unterstützung des Militärs, um die von den USA geförderten regionalen Aufstände abzuwehren. Bereits damals sprach sich der

¹ TAPOL (März 2020). Officers in Office. The proposed reinsertion of serving military officers into civilian government posts

ranghöchste Offizier dieser Zeit, General Nasution, dafür aus, Offiziere des Militärs in der öffentlichen Verwaltung einzusetzen. Jedoch erst 1966 in der Neuen Ordnung wurde diese Idee ernsthaft vorangetrieben. Die Regierung der *Orde Baru* unter Suharto wies den Militärs Sitze in den nationalen und regionalen Parlamenten zu und machte sie zu Bürokraten (oder „Angestellten“). Zunächst ersetzten diese die zahllosen Amtsinhaber, die 1965 aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Nähe zur kommunistischen Bewegung ermordet wurden.

Im Laufe der Jahre besetzten schließlich Tausende von Offizieren Funktionen in den Ministerien und Institutionen des Staates. Im Zuge der *Reformasi* wurden die Offiziere dann vor die Wahl gestellt: Entweder sie geben ihre Zugehörigkeit zum Militär auf und behalten ihre Positionen in den öffentlichen Institutionen oder sie lassen ihre Ämter vollständig ruhen und dienen fortan wieder ausschließlich dem Militär. Die meisten wählten die erste Option.

Im Jahr nach dem Sturz Suhartos kündigte Juwono Sudarsono, der erste Zivilist im Amt des Verteidigungsministers, eine Abkehr von der territorialen Kommandostruktur (Koter, Komando Teritorial) des Militärs an. Aber auch aufgrund des Drucks vonseiten des Militärs fehlten im 2004 verabschiedeten Gesetz wesentliche Reformvorschläge. So sah der ursprüngliche Gesetzesentwurf beispielsweise vor, dass sich das Militär bis 2009 aus allen unternehmerischen Tätigkeiten zurückziehen müsse. Auch der Vorschlag, dass sich Militärangehörige zukünftig vor zivilen Gerichten verantworten müssen, war nicht weiter Gegenstand der legislativen Debatte.

Das Militär auf lokaler Ebene: Ausweitung von Unternehmenstätigkeiten und verstärkter Einfluss auf zivile Strukturen

Maßgeblich für die Beziehung des Militärs zur öffentlichen Verwaltung auf lokaler Ebene und zu den zivilen Behörden im Allgemeinen ist die territoriale Kommandostruktur des Militärs. Die Organisationsstruktur des Militärs spiegelt dabei in gewisser Weise die zivilen Machtstrukturen auf lokaler Ebene wider. Seit dem Sturz Suhartos hat sich die zivile Bürokratie Indonesiens aufgrund eines Prozesses der Aufteilung von bestehenden zivilen Verwaltungsgrenzen in kleinere Einheiten – *Pemekaran* genannt – erheblich ausgeweitet. Ein Ziel war u.a. der lokalen Ebene mehr Entscheidungsbefugnisse und Kompetenzen bei Haushaltsfragen zu übertragen. Dies brachte jedoch auch Herausforderungen in Bezug auf die Personalausstattung und die Bereitstellung von Ressourcen für die neu geschaffenen Verwaltungsposten mit sich. Die Schaffung neuer lokaler Regierungsapparate ging regelmäßig mit der Etablierung neuer militärischer Einheiten einher, die dieselbe zivile Verwaltungsgliederung widerspiegeln.² Mit der Einrichtung einer neuen Provinz beispielsweise setzte das Militär ebenfalls ein neues regionales Militärkommando (KODAM, Komando Daerah Militer) ein. Die Schaffung eines neuen Distrikts (kabupaten) zieht die Einrichtung eines neuen Resortkomandos (KOREM, Komando Resor Militer) nach sich.

Kleinere zivile Distrikte (kecamatan) führen zur Schaffung von Distriktkommandos (KODIM, Komando Distrik Militer).

In entlegenen Gebieten ist die öffentliche Verwaltung häufig personell unterbesetzt und unterfinanziert, wohingegen die Militäreinheiten hinsichtlich ihrer personellen und finanziellen Ausstattung deutlich bessergestellt sind. Dies ist möglich, weil die erforderliche Verwaltungsstrukturreform bis dato ausgeblieben ist. Damit behält das Militär die bestehende Präsenz auf Provinz- oder Distriktebene und sogar auf Dorfebene (Babinsa) bei. Dieser Umstand erleichtert die weitere Expansion des militärischen Einflusses (und das Sammeln von Informationen). Die zunehmende Präsenz des Militärs auf lokaler Ebene hat weitreichende Folgen: Erstens kann sich das Militär ihren „geschäftlichen Aktivitäten“ widmen, beispielsweise indem es natürliche Ressourcen kontrolliert oder als „Sicherheitsdienst“ für Unternehmen agiert, die an der Ausbeutung dieser Ressourcen beteiligt sind. Ein prominentes Beispiel dafür ist die Freeport Mine in der Provinz Papua, bei der Sicherheitskräfte, darunter das Militär, die Spezialeinheiten und die paramilitärischen Polizei (BRIMOB),³ im Mitwissen der nationalen Regierung an Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren.

Eine weitere Folge der neuen lokalen Machtstrukturen ist, dass das Militär in der Lage ist lokale Ressourcen wie zum Beispiel Land zu kontrollieren. In der Provinz Westpapua hat das Militär gegen den Willen der lokalen Bevölkerung in Tambrau und Kwoor Land für sein neues KODIM in Beschlag genommen. Land ist in diesen Regionen jedoch häufig in gemeinschaftlichem Besitz und wird gemeinsam von der Bevölkerung verwaltet. Die vom Militär verfolgte Strategie, diese Ressource zu monetarisieren, indem den einzelnen Mitgliedern der Gemeinschaft eine individuelle Entschädigung angeboten wurde, stellt jedoch nur sehr bedingt eine Kompensation für den Verlust der Lebensgrundlagen der Bevölkerung dar.

Ein weiterer Aspekt der territorialen Kommandostruktur ist die enge Beziehung des Militärs zur öffentlichen Verwaltung und den lokal gewählten politischen Führern, was auch entscheidend für die Einnahmen des Militärs ist. Denn neben dem nationalen Staatshaushalt (APBN) verfügen die lokalen Regierungen (pemerintah daerah oder pemda) über eigene Haushaltsmittel. Gewählte Regenten (Bupati) haben z.B. Mittel aus „Stabilitätsfonds“ und spezielle Autonomiefonds für Militäroperationen gegen angebliche Bedrohungen durch Aufständische in Westpapua bereitgestellt. Trotz ihrer hohen Kosten wurden diese Operationen jedoch Berichten zufolge häufig ineffizient und wenig effektiv umgesetzt. Dies wirft die Frage auf, ob Aufstandsbekämpfung bei den mit diesen Mitteln finanzierten Militäroperationen tatsächlich das vorrangige Ziel ist oder diese lediglich eine weitere Einnahmequelle für das Militär darstellen.

Auch wenn dieses Phänomen in abgelegenen und ressourcenreichen Regionen mit größerer Militärpräsenz stärker ausgeprägt sein mag, so ist es doch charakteristisch für den Einfluss des Militärs in Indonesien. Auch die

2 Agus Sumule (2018). Evaluasi Otsus Papua 2001-2018: Bab per Bab

3 Die paramilitärischen Einheiten der Polizei, die mobile Brigade BRIMOB, werden ähnlich wie die Streitkräfte zur internen Aufstandsbekämpfung eingesetzt (Anm. d. Redaktion).

lokalen Regierungsparlamente stellen dem Militär Mittel zur Verfügung, bspw. um den Transport von Gütern abzusichern, aber auch für nachrichtendienstliche Aufgaben oder die Niederschlagung von Streiks.⁴ Mit anderen Worten: Gewählte Kommunalpolitiker, die eigentlich die Aufsicht und Kontrolle über das Militär ausüben sollten, arbeiten eng mit dem Militär zusammen und unterstützen dessen fortdauernden Einfluss auf der lokalen Ebene. Zusammengefasst vollzieht sich der anhaltende und immer größere Einfluss des Militärs auf zwei Ebenen. Zum einen stärkt die geplante Eingliederung von Militäroffizieren in die zivile Bürokratie den Einfluss des Militärs auf Ebene der Zentralregierung. Zum anderen ermöglicht die territoriale Struktur es dem Militär auf lokaler Ebene, sich faktisch als verlängerter Arm des Staates zu etablieren und ihre eigenen Geschäftsinteressen zu verfolgen.

Empfehlungen

An die Regierung Indonesiens:

Sie soll Militäroffizieren verbieten, Ämter in der Zivilbürokratie zu übernehmen, und eine Aufsichtsbehörde einrichten, die alle Ernennungen in den mittleren und höheren Rängen der Zivilbürokratie beaufsichtigt und erforderlichenfalls ein Veto einlegt.

Die Regierung muss auch Maßnahmen ergreifen, um die territoriale Struktur des Militärs zu demontieren. Ohne solche Schritte bleibt die Militärreform unrealisiert. Die

territoriale Struktur hat es dem Militär ermöglicht, weiterhin außerbudgetäre Mittel zu erhalten; dies verstößt gegen die Bestimmungen des indonesischen Militärgesetzes aus dem Jahr 2004.

Wir ermutigen die Regierung auch, ein Moratorium für die Schaffung neuer ziviler lokaler Regierungsstrukturen zu fördern sowie die Schaffung neuer militärischer Strukturen, die die bestehenden zivilen Strukturen auf Provinz- und Distriktebene widerspiegeln, zu verbieten. Das Militär schafft parallele Strukturen, was seine Fähigkeit steigert, sich an illegalen Geschäftsaktivitäten zu beteiligen und Menschenrechtsverletzungen ohne Konsequenzen zu begehen. In einigen entlegenen Gebieten von Kalimantan, Sumatra und Papua ist das Militär der dominierende Arm des Staates, viel mehr noch als die zivilen Behörden. An die internationale Gemeinschaft:

Die internationale Gemeinschaft sollte sich für Reformen des Militärs einsetzen, die bereits in der Vergangenheit Bedingung für die Demokratisierung Indonesiens waren. Die momentan angestrebten Reformen gehen in die falsche Richtung, da sie einen Machtzuwachs des Militärs befördern und die Gefahr der anhaltenden Straflosigkeit für begangene Verbrechen bergen.

TAPOL setzt sich für Menschenrechte, Frieden und Demokratie in Indonesien ein. Die in England beheimatete Organisation setzt sich dafür ein, das Bewusstsein für Menschenrechtsfragen in Indonesien, auch im umkämpften Gebiet Westpapua, zu schärfen. Auf der Grundlage von Kampagnen an der Basis arbeitet TAPOL eng mit lokalen Organisationen in Indonesien zusammen, um für Wahrheit und Gerechtigkeit einzutreten und die internationale Gemeinschaft zum Handeln zu ermutigen.

⁴ Jun Honna, 2017, in P. Chambers and N. Waitoolkiat Khaki Capital. The political economy of the military in Southeast Asia Nias, S. 322



Die Weigerung, irgendwen zurückzulassen LGBT-Gemeinschaften in Indonesien unter COVID-19

von Ferdiansyah Thajib

© Watch Indonesia!

Während der COVID-19-Pandemie werden die bestehenden strukturellen Ungleichheiten, mit denen Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und unterschiedlichen Gender-Identitäten in Indonesien konfrontiert sind, noch verstärkt. Diesem weiteren Rückgang des grundlegenden Schutzes der Menschenrechte geht eine wachsende Welle der Verfolgung von sexuellen und Gender-Minderheiten in der indonesischen Öffentlichkeit in den letzten fünf Jahren voraus.

Mit Beginn dieses Jahres haben staatliche Akteur*innen den sozio-biomedizinischen Diskurs über „Krankheit“ aktiv eingeführt, um Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Gender-Identitäten weiter zu marginalisieren. Beispielhaft hierfür ist der Gesetzesentwurf des Family Resilience Law¹ geschieht. Dieses Gesetz würde sowohl Einzelpersonen als auch Familienmitglieder, die Informationen über Menschen mit homosexuellen Tendenzen in ihrer unmittelbaren Umgebung haben, oder diejenigen, die selbst „abweichenden Sexualpraktiken“ nachgehen, zwingen, sich bei staatlichen Institutionen zu melden, damit diese „rehabilitiert“ werden. Dieser Gesetzesentwurf definiert Homosexualität zudem als „Familienkrise“ und „soziales Identitätsproblem“, das geheilt werden müsse. Der Entwurf zur Family Resilience Law ist das zweite Gesetz, das geschaffen wurde, um die Rechte von sexuellen und geschlechtsspezifischen Minderheiten formell einzuschränken. Es kam gleich nach dem Vorschlag, das Strafgesetzbuch zu überarbeiten. In dem Revisionsentwurf wird einvernehmlicher Geschlechtsverkehr unter unverheirateten Personen – einschließlich gleichgeschlechtlicher Praktiken – als Straftatbestand definiert. Trotz der überwältigenden Kritik von nationalen und internationalen Menschenrechtsaktivist*innen sind die Beratungen über die beiden drakonischen Gesetze noch in vollem Gange. Sollten beide Gesetze verabschiedet werden, würden Menschen mit nicht-heteronormativen sexuellen Orientierungen und geschlechtsspezifischen Äußerungen/Identitäten in Indonesien einer doppelten Unterdrückung durch Kriminalisierung und Pathologisierung ausgesetzt sein.

1 Familienstärkungsgesetz (Anm. d. Redaktion)

Abgesehen von heterosexueller staatlicher Politikgestaltung herrschen auch Fälle von Diskriminierung und Gewalt in verschiedenen sozialen Umfeldern vor. Allein zu Beginn dieses Jahres, kurz bevor die ersten Fälle von COVID-19 es im Inselstaat in die offizielle Berichterstattung schafften, erlebten sexuelle Gender-Minderheiten Entlassungen, Zwangsexorzismus und Razzien, die sowohl vom Regierungsapparat als auch von lokalen Gruppen in Selbstjustiz verübt wurden.² Nachdem die Regierung Anfang April groß angelegte soziale Beschränkungen (PSBB) angekündigt hatte, kam es immer wieder zu geschlechtsspezifischer Gewalt. Die Ergebnisse einer von einer Online-Community organisierten Schnellumfrage mit dem Titel *SalingSapaSalingJaga*³ (Lasst uns einander grüßen und aufeinander aufpassen) zeigen beispielsweise, dass während der Selbstquarantäne viele lesbische, bisexuelle und queere Frauen und Transmänner aufgrund des zunehmenden Drucks, der psychologischen Einschüchterung und der verbalen Gewalt zu Hause unter psychischen Problemen leiden. Gleichzeitig sind Transgender-Frauen – in Indonesien als Waria bekannt – unverhältnismäßig häufig Formen der Brutalität in privaten und öffentlichen Räumen ausgesetzt. Während viele Menschen mit den plötzlichen Veränderungen durch COVID-19 und seinen Einschränkungen zu kämpfen hatten,

2 Kade Newell. 'LGBTQ+ community leaders in Indonesia: overcoming pandemic hardship'. In New Mandala, 23. Juli 2020, <https://www.newmandala.org/lgbtq-community-leaders-in-indonesia-overcoming-pandemic-hardship/>

3 Yulia Dwi Andriyanti / Raiz Rizqy. Grassroot solidarity to fight the pandemic: From farmers to queer communities. In Gender IT, 1. Juli 2020, <https://www.genderit.org/articles/grassroot-solidarity-fight-pandemic-farmers-queer-communities>

wurden immer mehr Waria Opfer tödlicher Gewalt – die Zahl der Fälle ist seit 2016 im Land sprunghaft angestiegen: Mira, eine Waria in Jakarta, wurde von einem Mob zu Tode verbrannt. In Aceh wurde eine Waria -Frisörin namens Alin von ihrer Klientin an ihrem Arbeitsplatz erstochen. In Bandung, West-Java, fielen zwei Waria einem transphoben Streich eines YouTubers zum Opfer, als er ihnen „Corona-Pakete“ gab, die eigentlich mit Ziegelsteinen und Müll gefüllt waren. Der Täter nutzte dabei die besonders verletzte Situation der Waria während der Pandemie aus, um mehr Online-Zuschauer*innen und Anhänger*innen zu gewinnen. Diese schrecklichen Vorfälle ereigneten sich, als sich im Zuge der Pandemie die wirtschaftliche Lage der Waria drastisch verschlechterte. Die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung von COVID-19 haben die negativen Auswirkungen der Diskriminierung gender-diverser Personen am Arbeitsplatz offengelegt. Wenn sich vor der Pandemie Waria, insbesondere solche, die aus armen Verhältnissen stammen, überwiegend auf prekäre, einkommensschwache Arbeitsplätze in informellen Sektoren beschränken mussten, wie z.B. Sexarbeit, Straßenkunst und Frisieren, so hat die „stay-at-home“-Anordnung dazu geführt, dass der Zugang zu den ohnehin schon sehr begrenzten Einkommensquellen immer schwieriger wurde. Viele Menschen in verschiedenen Transgender-Gemeinschaften sind derzeit nicht in der Lage, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, darunter fällt die Versorgung mit Lebensmitteln und Trinkwasser sowie der Zugang zu sanitären Einrichtungen und die Zahlung der Wohnungsmiete. Die Bereitstellung von Grundnahrungsmitteln und direkten Geldhilfen durch die nationale und regionale Regierungen, die die gefährdeten Bevölkerungsgruppen während der Abriegelung vor wirtschaftlichen Härten schützen sollen, hat insbesondere Transsexuelle nicht erreicht. Das liegt vor allem daran, dass viele von ihnen weder einen Personalausweis (KTP) noch eine Familienkarte (KK) besitzen. Beide Identitätsdokumente sind für Transsexuelle sehr schwer zu bekommen, da viele von ihnen sich von ihren biologischen Familien entfremdet haben, so dass sie keinen Zugang zu Nachweisen über ihre tatsächliche familiäre Situation wie Geburtsurkunde und Familienkarte haben. Ohne diese Dokumente sahen sie sich in der Regel großen Schwierigkeiten ausgesetzt, wie z.B. dem Zugang zur staatlichen Krankenversicherung und zu Gesundheitseinrichtungen.

Innerhalb dieser strukturellen Ungleichheit sollte jedoch die einzigartige Fähigkeit derjenigen, deren soziales und wirtschaftliches Leben am stärksten von der Pandemie betroffen war, einschließlich der Transsexuellen, nicht unterschätzt werden, nämlich zusammenzukommen und gegenseitige Hilfe und Betreuung zu organisieren. Sie haben sich daran gewöhnt, dass der Staat nicht in der Lage sein wird, die Krise für sie zu lösen, und sind sich bewusst, dass die Regierungspolitik ähnlich wie unter „normalen“ Umständen dazu neigt, ihre Interessen bewusst zu vernachlässigen. Daher haben Initiativen aus verschiedenen unter Druck stehenden Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, die Unterstützung für Gruppen verstärkt, die von den Hilfsmaßnahmen der Regierung während der Pandemie „zurückgelassen“ wurden.

Um die Bedürfnisse der Transfrauen in den Mittelpunkt zu stellen, haben zum Beispiel in Jakarta die Waria-Theatergruppe Sanggar Seroja und der Queer Language Club die Verteilung von Nahrungsmitteln schon organisiert, bevor soziale Distanzierungsmaßnahmen auferlegt wurden. Danach verlagerte sich diese Initiative auf eine Online-Fundraising-Kampagne #Bantuanuntukwaria (Hilfe für Waria), um dabei zu helfen, Dutzende von Waria, die in den ärmsten Gegenden der Stadt leben, mit Grundnahrungsmitteln und Bargeld zu versorgen. Andere LGBTIQ-Organisationen in Jakarta, wie Sanggar Swara, Arus Pelangi, GWL-INA, bildeten zusammen mit dem Legal Aid Institute (LBH Masyarakat) und UNAIDS⁴ die Crisis Responses Mechanism (CRM)-Koalition, um Spenden für die Kompensation von Einkommensverlusten von Hunderten von Waria im Großraum Jakarta und darüber hinaus zu sammeln. Ähnliche Initiativen sind auch an anderen Orten wie in Aceh, Medan (Nordsumatra), Bandung, Yogyakarta, Bali und Mauemere (Ost-Nusa Tenggara) wie Pilze aus dem Boden geschossen.⁵ An jedem Ort organisieren Trans-Einzelpersonen und -Gruppen sowie ihre Verbündeten die Bündelung und Verteilung von Ressourcen, um denjenigen zu helfen, die um lebensnotwendige Bedürfnisse wie Nahrung, Wasser und medizinische Versorgung sowie um Mietzuschüsse kämpfen.

Abgesehen von Online-Spendenaufrufen, Crowd-Funding und anderen Spendenkampagnen haben sich in verschiedenen lokalen Gemeinschaften, die unter Quarantäne stehen, spontan kreative Gesten der Solidarität und gegenseitigen Unterstützung herausgebildet, wie beispielsweise von Freiwilligen betriebene Gemeinschaftsküchen oder die Herstellung selbstgemachter persönlicher Schutzausrüstungen (PSA). Diese Art der Solidaritätsarbeit richtet sich nicht nur ausschließlich an Mitglieder von Transgemeinschaften, sondern unterstützt auch verschiedene gefährdete Gruppen wie Arbeiter*innen in informellen Sektoren, arme städtische Gemeinschaften, Obdachlose, Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete und Sexarbeiterinnen.

Die Bemühungen an der Basis, die Last der Transsexuellen und ihrer Gemeinschaften bei der Bewältigung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu mindern, haben gezeigt, wie Akteur*innen aus dem gesamten Spektrum der indonesischen Zivilgesellschaft kollektiv eine gemeinsame Grundlage für Empathie und mitfühlender Fürsorge geschaffen haben. Dies beweist, dass Solidarität über die Unterschiede hinweg immer noch gefördert werden kann, obwohl – wie in einer kürzlich vom Pew Research Center durchgeführten Umfrage⁶ festgestellt wurde – die öffentliche Toleranz gegenüber Menschen nicht-heteronormativer Sexualität und Gendervielfalt im Land sehr gering ist. Diese Krise hat auch gezeigt, wie transsexuelle Menschen in ihrer

4 Das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids

5 Diego G. Rodriguez / Khanis Suvianita. How Indonesia's LGBT community is making a difference amid COVID-19. In The Conversation, 26. Juni 2020, <https://theconversation.com/how-indonesias-lgbt-community-is-making-a-difference-amid-covid-19-140063>

6 Apriza Pinandita. More Indonesians tolerant of homosexuality, though vast majority still say no: Pew survey. In The Jakarta Post, 26. Juni 2020, <https://www.thejakartapost.com/news/2020/06/26/more-indonesians-tolerant-of-homosexuality-though-vast-majority-still-say-no-pew-survey.html>

Verwundbarkeit gegenüber systemischer Unterdrückung auf kreative Weise kollektive Aktionen für ihr individuelles Überleben wie auch für das Überleben ihrer Gemeindeglieder initiieren und sich mutig daran beteiligen. Es steht außer Zweifel, dass diese Reaktionen an der Basis wirksamer sind, wenn sie durch umfassende Maßnahmen der indonesischen Regierung zum Schutz und zur Förderung der Rechte sexueller und Gender-Minderheiten unterstützt werden. Der Staat sollte mehr tun, um sicherzustellen, dass seine Nothilfe Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit marginalisierte Gemeinschaften nicht weiter den Belastungen von Ungleichheit aussetzen. Er sollte auch dafür sorgen, dass die Gewalt gegen Menschen mit unterschiedlichen sexuellen

Orientierungen und Gendern nicht noch weiter eskaliert. Stattdessen muss er nichtdiskriminierende Gesetze verabschieden, eine trans-inklusive Gesundheitspolitik umsetzen und den Zugang zu den Gerechtigkeitsmechanismen verbessern. Dieses Bündel von Maßnahmen bleibt jedoch das Gegenstück zu allem, was die indonesische Regierung bisher getan hat.

Ferdiansyah Thajib ist Mitglied des Studienforums und Kollektivs KUNCI, Yogyakarta, Indonesien. Er schloss kürzlich sein Promotionsstudium am Institut für Sozial- und Kulturanthropologie der Freien Universität Berlin ab. Seine Arbeit ist an der Schnittstelle von Theorie und Praxis angesiedelt, mit speziellen Forschungsinteressen zu queeren Formen der Resilienz und affektiven Verstrickung im Alltag.



Sexualisierte Gewalt Ein schwieriges Thema für die indonesische Gesellschaft

von Mariana Amiruddin



© Komnas Perempuan

*Seit Langem kämpfen Frauenrechtsaktivist*innen für die Ratifizierung des Gesetzesentwurfs zur Beseitigung sexualisierter Gewalt. Während dieses Prozesses sind Missverständnisse entstanden und das Thema wurde von konservativen und an der Gesetzgebung beteiligten Gruppen politisiert. Der Artikel verleiht der Notwendigkeit Nachdruck, dass der Staat sein Bekenntnis zur Menschenrechtskonvention ernst nimmt und das Recht, das den Frauen von der Verfassung garantiert wird, tatsächlich umsetzt.*

Von 2016 bis 2019 hat Komnas Perempuan (Nationale Kommission gegen Gewalt gegen Frauen) 55.273 Fälle von Gewalt gegen Frauen dokumentiert. Diese wurden gesellschaftlichen oder staatlichen Stellen oder auch direkt Komnas Perempuan gemeldet. Dabei handelte es sich in 21.841 Fällen (ca. 40 Prozent) um sexualisierte Gewalt und in 8.964 Fällen um Vergewaltigung. In den Vergewaltigungsfällen wurde in weniger als 30 Prozent der Fälle ein

Gerichtsverfahren angestrengt. Laut Komnas Perempuan sind die seltenen Rechtsverfahren bei sexueller Gewalt unter anderem darauf zurückzuführen, dass bestehende Gesetze eine Reihe von sexuellen Gewalttaten nicht als Tatbestand anerkennen und nur eine ungenügende Definition enthalten. Viele Frauen scheuen sich darüber hinaus, den Rechtsweg zu beschreiten, denn die Anforderungen der Beweisführung stellen oft eine zusätzliche

Belastung für die Opfer dar. Häufig wird die Schuld beim Opfer gesucht, was die Verarbeitung und Heilung nach der Erfahrung von Gewalt erschwert.

Das indonesische Strafbuch kennt nur Unzucht und Vergewaltigung durch Geschlechtsverkehr als Formen sexualisierter Gewalt. Beides wird als „Verbrechen gegen die Sittlichkeit“ kategorisiert. „Sittlichkeit“ impliziert im Indonesischen Anstand, Zivilisation, ethische Normen und Höflichkeit. Geschlechtsverkehr hingegen wird immer über das Erfolgen von Penetration durch einen Penis definiert. Deshalb wird in Vergewaltigungsfällen von den Opfern dafür ein rechtsgültiger und ärztlich bestätigter Beweis gefordert. In der Realität ist Penetration nicht die einzige Form der Vergewaltigung. Viele Frauen erleben dabei wesentlich komplexere, entsetzlichere Vorgänge wie die Einführung von Gegenständen in ihre Vagina, die das Zerreißen ihrer Reproduktionsorgane sowie anderer Organe zur Folge haben kann, oder auch andere Formen sexueller Angriffe.

2016 wurde eine 19-jährige Angestellte in Tangerang in Westjava Opfer einer Gruppenvergewaltigung. Ihr wurde der Stil einer Hacke in die Vagina gestoßen, der bis zu ihrer Lunge durchstach, was den Tod der jungen Frau zur Folge hatte. Diese Vergewaltigung hatten Rachegefühle des Täters als Ursache, nachdem das Opfer sich geweigert hatte, mit ihm Sex zu haben. In diesem Fall hat keine Penetration in engerem Sinn stattgefunden, aber es war dennoch ein Akt brachialer sexueller Gewalt.

Ein anderer Fall desselben Jahres rief sehr viel Wut bei der Bevölkerung hervor. Ein 14-jähriges Mädchen wurde viele Male von 14 Männern vergewaltigt und dabei gewürgt, geschlagen und gefesselt, bis sie starb. Ihr nackter Körper wurde 5 Meter in ein Tal gerollt und mit Blättern bedeckt. Wieder wurde das Opfer mutmaßlich deshalb misshandelt, gewürgt und geschlagen, weil es sich wehrte.

Diese beiden Fälle stehen für eine Kultur, in der Vergewaltigung als eine Strafe aufgefasst wird, die Frauen als Ausdruck von Rache erhalten. Diese Kultur zeigt, dass sexuelle Gewalt nicht ausschließlich durch sexuelles Verlangen ausgelöst wird, sondern vor allem durch Wut. Dies ist mit der Gruppenvergewaltigung in New-Delhi in Nirbhaya im Dezember 2012 vergleichbar, nach welcher einer der Vergewaltiger, bevor er gehängt wurde, in einem BBC-Interview sagte: „Gute Frauen verlassen nach 21 Uhr nicht mehr das Haus. Deswegen tragen die Frauen mehr Verantwortung als die Männer, wenn eine Vergewaltigung passiert. Die Frau sollte sich nicht wehren, sondern es still ertragen, vergewaltigt zu werden. Wir werden nur ihren Geliebten verletzen.“

Anfängliche Unterstützung verwandelt sich in Ablehnung

Im Jahr 2016 bekannt gewordene Fälle sexueller Gewalt lösten in weiten Teilen der indonesischen Gesellschaft große Wut aus und Forderungen an die Regierung und Legislative bessere Gesetze für die Beseitigung sexueller Gewalt gegen Frauen einzuführen – insbesondere als bekannt wurde, dass die Täter dieser Misshandlungen und Vergewaltigungen nur leichte Strafen erhalten haben. Nach diesen Ereignissen ist der Bevölkerung klar geworden, dass geltende Gesetze die Täter nicht abschreckt und den Opfern keine Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Auch gesellschaftliche Stimmen, die die Todesstrafe forderten (wie 2012 in Neu-Delhi geschehen) wurden laut. Dies drang bis zum indonesischen Präsidenten vor. Zu dieser Zeit war Präsident Joko Widodo mit harten Strafen gegen die Täter einverstanden. Er veröffentlichte die Regierungsverordnung Perppu 1/2016, die die chemische Kastration als Strafe vorsah. Diese Form der Strafe löste jedoch bei Menschenrechtsverteidiger*innen Proteste aus. Sie meinten, dies löse die Probleme nicht, und forderten eine spezifischere gesetzgeberische Maßnahme zur Beseitigung sexualisierter Gewalt.

Daraufhin wurde 2017 seitens der Legislative die Initiative ins Leben gerufen, einen Entwurf für ein Gesetz zur Beseitigung sexualisierter Gewalt (RUU P-KS) zu erarbeiten. Teile der Zivilgesellschaft, Expert*innen, Akademiker*innen, Aktivist*innen und Regierungsstellen wurden an der Erstellung dieses Gesetzesentwurfs beteiligt. Als dieser Gesetzesentwurf 2018 beinahe abgeschlossen und vom Parlament (DPR) inklusive einer Inventarliste der noch zu klärenden Probleme (DIMP) auf die Agenda gesetzt wurde, verkehrte sich die Unterstützung für diesen Gesetzesentwurf in Ablehnung. Einige Intellektuelle bemängelten, der Gesetzesentwurf entspreche nicht den kulturellen Normen und stünde im Widerspruch zur Religion. Unter anderem deswegen, weil dehnbare Begriffe verwendet wurden, die auch LGBT-Praktiken miteinschließen könnten. Ebenso wurde kritisiert, der enthaltene Begriff der feministischen Rechtstheorie (*feminist legal theory*) sei zu westlich und fördere außerehelichen Sex. Der Begriff der Zustimmung im Zusammenhang mit der Definition von sexualisierter Gewalt wurde so interpretiert, dass außerehelicher Sex erlaubt sei, wenn beide Seiten damit einverstanden seien. Diese Fehlinterpretationen wurden über die sozialen Medien breit ausgewalzt, sodass religiöse Gruppen und junge Studierende gegen die Annahme dieses Gesetzesentwurfs protestierten.

Ende 2018 führten einige Frauenorganisationen aus verschiedenen Regionen im Rahmen der Kampagne „16 Tage Anti-Gewalt gegen Frauen“ Aktionen durch, um sich für die schnelle Ratifizierung des Gesetzesentwurfs über die Beseitigung sexualisierter Gewalt (RUU P-KS) einzusetzen. Eine der Aktionen verwendete 1.000 schwarze Regenschirme mit der Aufschrift „RUU P-KS ratifizieren“. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen veröffentlichten Videos mit unterstützenden Statements und Influencer*innen erreichten die Massen über die sozialen Medien. Der Höhepunkt dieser Aktivitäten waren Talkshows bei einigen privaten Fernsehsendern, in denen ein direkter Dialog mit Parlamentsabgeordneten, insbesondere aus der für den Gesetzentwurf zuständigen Kommission, geführt wurde. Die vielen Veranstaltungen während der Kampagne bewirkten eine positive Reaktion der Kommission und es wurde versprochen, über den Gesetzesentwurf im Parlament zu debattieren und ihn zu ratifizieren.

Doch als die Präsidentschaftswahlen 2019 näher rückten, verkehrte sich die Stimmung ins Gegenteil. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung trägt die vielfältige Propaganda über die angebliche Gefährlichkeit des Entwurfs, welche der Parlamentsdebatte voranging. So wurde der Feminismus beschuldigt, Konflikte zwischen

Männern und Frauen sowie Hass auf die Institution der Ehe zu schüren. Auch der feministische Slogan „My body is my right“ wurde von den Gegner*innen mit der Begründung abgelehnt, er suggeriere, Frauen können über ihren Körper jederzeit frei verfügen und ermuntere sie zu Abtreibungen, außerehelichem Sex oder lesbischen Beziehungen. Nachdem eine Petition von change.org zur Ablehnung des Gesetzesentwurfs aufrief und von Tausenden unterzeichnet wurde, verschob das Parlament schließlich die Debatte darüber.

Daraufhin hat *Komnas Perempuan* eine Pressekonferenz abgehalten, um klarzustellen, dass der Gesetzesentwurf gerade dem Schutz der Frauen diene. Aber zu diesem Zeitpunkt war der Raum für Dialog bereits geschlossen. Vorschläge, sich zusammzusetzen und auszutauschen, wurden von der Gegenseite abgelehnt. Als Begründung führten sie an, *Komnas Perempuan* sei ihnen gegenüber nicht neutral, unterstütze den Feminismus, außerehelichen Sex und die lesbische Orientierung. Eine erneute öffentliche Erklärung über die Substanz und Absicht des Gesetzesentwurfs durch *Komnas Perempuan* sorgte schließlich dafür, dass einige Universitäten und gesellschaftliche Gruppierungen Interesse an einer konstruktiven Auseinandersetzung über die Substanz des Gesetzesentwurfs zeigten.

Eine ähnliche Situation ist in anderen Ländern wie den USA und England zu beobachten. Naomi Wolf beschreibt in ihrem Buch *Fire to Fire* eine ideologische Hardliner-Gruppe, die sich aufgrund der verzerrten Darstellung der Themen Frauenrechte und Feminismus in den Massenmedien von tausenden Frauen – und auch Männern – entfremdet hat. In England beschreibt der Psychiater William Lee Howard, Autor des Romans *The Perverts*, wie sogenannte *perverts* sich auf die Begriffe Feminismus und Lesbianismus stürzen. Ihrer Ansicht nach verderbe die implizierte Selbständigkeit der Konzepte die Moral. Naomi Wolfs Darstellung trifft genau auf die Konstellation in Indonesien zu, die zur Ablehnung des Gesetzesentwurfs über die Beseitigung sexualisierter Gewalt führte. Um den Begriff Feminismus entstand ein ideologisches Tauziehen, das genutzt wurde, um in der öffentlichen Meinung zu punkten. Der Begriff wurde negativ besetzt und Feminismus zum Feindbild aufgebaut. Darüber hinaus wurde der Gesetzesentwurf als politisches Instrument, das Frauenrechte in den Schmutz ziehe, für „perverts“ erklärt.

Dieser Diskurs führt zur Entfremdung der Mehrheit der Gesellschaft gegenüber der Frage der Frauenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter, macht Menschen leichtgläubig und einfach gegen den Feminismus aufzubringen. Der Gesetzesentwurf wurde während der Präsidentschaftswahlen benutzt, um Aufmerksamkeit zu erregen. Er wurde von Politiker*innen, die über Themen der Moral an Stimmen kommen wollten, zum Sündenbock gemacht. Das Konzept der feministischen Rechtstheorie, welches in den Gesetzesentwurf eingeflossen war, wurde ebenfalls negativ aufgefasst. Tatsächlich integriert dieses Konzept gerade die Rechte der weiblichen Opfer in das Rechtsverfahren. Noch ist es nämlich so, dass wegen einer Kultur, die den Frauen die Schuld an ihrem Leid gibt, viele Opfer sexualisierter Gewalt schweigen und nicht wagen sich zu äußern.

In dem Dokument „Sexuelle Gewalt - Erkennen und Handeln“¹ beschreibt *Komnas Perempuan* einige der Ursachen für das Schweigen der Opfer. Viele Frauen sind traumatisiert, was zum Verlust der Erinnerung an das traumatische Ereignis führt, zum Verlust der Fähigkeit zu sprechen, zu psychischen Störungen, zu übergroßer Angst und dem Wunsch, alles zu vergessen und nicht mehr über das verletzende Ereignis zu reden. Aus diesen persönlichen Gründen können oder wollen die Opfer keine Anzeige erstatten. Das Tabu, über sexuelle Probleme zu sprechen, und die damit verbundene Scham sind in der Gesellschaft immer noch tief verwurzelt. Außerdem wird den Opfern oft die Schuld gegeben und ihre Aussage angezweifelt. Ein Teil der Gesellschaft hält Vergewaltigungen für Karma, das akzeptiert werden müsse. Zudem ist die Beschreitung des Rechtswegs häufig mit Retraumatisierung, Angst und Verachtung für das Opfer verbunden. Ein strukturelles Problem besteht darin, dass die Strafverfolgungsbehörden noch keinen adäquaten Umgang mit Fällen sexualisierter Gewalt haben. Dies mündet dann oft in Fragen, die die betroffenen Frauen in die Enge treiben. So wird danach gefragt, welche Kleidung die Frauen beim Vorfall getragen haben, wo genau sie mit wem und zu welcher Zeit gewesen seien. Solche Fragen nach den Details der Vergewaltigung suggerieren, dass das Opfer selbst schuld sei.

Der Kampf gegen sexualisierte Gewalt im aktuellen politischen Klima

Ende 2019, dem sogenannten politischen Jahr (Präsidentenschaftswahl), erreichte die Protestwelle der Pro- und Kontra-Fraktionen zu diesem Gesetzesentwurf vor dem Parlamentsgebäude ihren Höhepunkt. Es war zu spüren, dass ein direkter Konflikt zwischen den beiden Lagern kurz bevorstand, jedoch vermieden werden sollte. Das Kontra-Lager beschimpfte die Unterstützer*innen der Gesetzesvorlage über Lautsprecher als Prostituierte und Schwule. Die Befürworter*innen fühlten sich provoziert, ergriffen jedoch die Initiative und bildeten einen „menschlichen Zaun“.

Als die Protestierenden nach Hause zurückgekehrt waren, wurden mehrere Vertreter*innen beider Seiten eingeladen, in das DPR-Gebäude zu kommen, um dort mit Mitgliedern der Legislative zu verhandeln. Einige Zeit später war das Gesetz jedoch immer noch nicht verabschiedet. Stattdessen ging sie wegen einer anderen Protestbewegung in der öffentlichen Wahrnehmung unter. Als im Parlament der sprichwörtliche Hammer fiel, die Ratifizierung des Gesetzes zur Beseitigung sexueller Gewalt zu verschieben, obwohl die Verabschiedung im Jahr 2019 das Ziel gewesen war, entschuldigte sich *Komnas Perempuan* öffentlich, dass sich ihre großen Bemühungen als erfolglos erwiesen haben. Diese Erklärung erhielt viel Unterstützung von politisch engagierten Internetnutzer*innen in den sozialen Medien.

Das Parlament (DPR) reagierte darauf und verkündete, dass der Gesetzesentwurf im folgenden Jahr (2020) als Übertrag aus dem Vorjahr erörtert würde. Doch tatsächlich passierte das Gegenteil und der Gesetzesentwurf wur-

1 <https://www.komnasperempuan.go.id/read-news-kekerasan-seksual-kenali-dan-tangani-15-bentuk-kekerasan-seksual>

de als zu kompliziert und schwer verständlich 2020 von der Liste der vorrangigen Programme für die nationale Gesetzgebung (Prolegnas) gestrichen. Daraufhin wurde vom Parlament zugesagt, die Gesetzesvorlage 2021 erneut zu diskutieren.

Um sich diesem „Gegenwind“ zu stellen, führte *Komnas Perempuan* von Anfang 2018 bis 2019 Fokusgruppendifkussionen durch, um die Situation der Frauenbewegung 20 Jahre nach der *Reformasi* zu reflektieren und soziale Bewegungen, insbesondere solche von Frauen, zu untersuchen. Das Forum kam zu dem Schluss, dass sich 20 Jahre nach der *Reformasi* viele Organisationen unbewusst von ihren Wurzeln entfernt haben und inzwischen von konservativen, religiös fundamentalistischen Gruppen übernommen worden sind. Nach 20 Jahren *Reformasi* fehlt der Raum für kulturelle und soziale Interaktion. Es geht vorrangig um religiöse Themen, wobei eine vorgegebene Richtung für politische Zwecke genutzt wird.

Der Schutz vor sexualisierter Gewalt – Menschenrecht und von der Verfassung garantiertes Recht der Frauen

Die Menschenrechte von Frauen sind in der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (*The Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women/CEDAW*) definiert worden. Diese wurde 1979 auf Antrag der UN-Kommission für den Status der Frau auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Indonesien hat die Frauenrechtskonvention 1984 ratifiziert und in das Gesetz über die Beendigung jeglicher Form von Diskriminierung gegenüber Frauen (Nr. 7/1984) übertragen.

Darüber hinaus sind die Menschenrechte von Frauen im indonesischen Menschenrechtsgesetz (Nr. 39/1999) in den Artikeln 45-51 und 71 verankert. Der Staat hat im Rahmen der Umsetzung des Dekrets der Beratenden Volksversammlung der Republik Indonesien von 1998 (Nr. XVII/MPR/1998) die Verpflichtung und Verantwortung, die Grundrechte von Frauen als Teil der allgemeinen Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und durchzusetzen. Beispielsweise besagt der Artikel 45 des indonesischen Menschenrechtsgesetzes eindeutig: „Die Grundrechte der Frauen in diesem Gesetz sind Menschenrechte“. Somit ist die Forderung nach den Menschenrechten für Frauen keine exklusive Forderung nach Gerechtigkeit, sondern eine Notwendigkeit für den Fortbestand der Menschheit.

Wie oben beschrieben, wird die Reform der Rechtsgrundlagen durch die Gesetzesvorlage zur Beseitigung sexualisierter Gewalt bedauerlicherweise verzögert. Nach der erfolgreichen Aufnahme in das nationale Gesetzgebungsprogramm 2020-2024 und in das vorrangige nationale Gesetzgebungsprogramm (Prolegnas) 2020 wurde die Debatte über die Gesetzesvorlage ohne jegliche Garantie seitens des Gesetzgebers auf 2021 verschoben. Bei einer so hohen Anzahl von Fällen sexualisierter

Gewalt und der Zustimmung der Regierung wie auch der bereits erfolgten Aufnahme in das vorrangige nationale Gesetzgebungsprogramm sollte man meinen, es sei nicht schwierig, den Gesetzesentwurf zur Beseitigung sexualisierter Gewalt tatsächlich zu verabschieden.

Es kann in aller Deutlichkeit gesagt werden, dass der Staat die Menschenrechte sowie die verfassungsmäßig und gesetzlich garantierten Rechte der Frauen als Staatsbürgerinnen vernachlässigt und verletzt. Die Verfassung ist das grundlegende Gesetz, das als Leitfaden für die Staatsführung dient. Zudem hat die Verfassung eine exponierte Rolle inne, da sie die Quelle der Legitimation und Rechtsgrundlage für alle anderen gesetzliche Vorschriften ist. Wenn der Staat also in seinem Umgang mit Frauenrechten fahrlässig handelt, diese vernachlässigt oder gar verletzt, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, handelt der Staat verfassungswidrig.

Reflexion und Empfehlung

2020, in Zeiten der Pandemie, kam *Komnas Perempuan* im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zu dem Schluss, dass eine neue Strategie erforderlich sei, um den Gesetzesentwurf zur Beseitigung sexualisierter Gewalt relevanten Interessengruppen eingehender vorzustellen, insbesondere der Legislative. Darin sollen verschiedene Kommissionen und Fraktionen sowie die dominierenden Parteien, die Einfluss auf die politischen Leitlinien haben, denen das Parlament folgt, einbezogen werden. Diese Reflexionsprozesse beinhalteten auch eine Analyse der diesbezüglichen Akteurslandschaft, die schließlich zur Übereinkunft geführt hat, den Gesetzesentwurf in Bezug auf Begriffe und Sprache zu überarbeiten, ohne den Inhalt zu kompromittieren. Diese Verbesserungen sollen Missverständnisse und Politisierungen, die zur erneuten Ablehnung im nächsten Anlauf führen könnten, minimieren.

Darüber hinaus sind sowohl die Legislative (Parlament) als auch die Exekutive (Regierung) Indonesiens verpflichtet, sicherzustellen, dass die Menschenrechte von Frauen gemäß der CEDAW gewahrt werden. Um die Grundsätze und Normen der CEDAW zu integrieren, muss das Gesetz zur Beseitigung sexualisierter Gewalt ein rechtlicher Schirm werden, der den Opfern Zugang zu substantieller Gerechtigkeit ermöglicht.

Mariana Amiruddin, M.Hum. ist Journalistin, Autorin und Frauenrechtsaktivistin. Sie war von 2008 bis 2012 Chefredakteurin des Frauenjournals *Jurnal Perempuan* und Direktorin der gleichnamigen Stiftung. Sie absolvierte ein Masterstudium in Gender Studies an der Universitas Indonesia (UI). Von 2015-2024 fungierte sie als Beauftragte der Nationalen Kommission Gewalt gegen Frauen (*Komnas Perempuan*) und ist von 2020-2024 deren Vorsitzende. Mariana Amiruddin ist auch als Autorin von Belletristik, Essays und Artikeln bekannt. Ihre Texte wurden in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht.



Religiöser Fundamentalismus gefährdet Frauenrechte

von Lies Marcoes

© Chaideer Mahyuddin

In Indonesien sind in den letzten Jahren eine Reihe von Studien durchgeführt worden, die sich mit den Auswirkungen des religiösen Konservatismus, Fundamentalismus und Radikalismus als Bedrohung für den Staat und die nationale Sicherheit beschäftigen. Doch nur wenige Studien legen auch einen Fokus auf die Bedrohung für die Sicherheit der Menschen. Dabei ist die Bedrohung für die Menschen, insbesondere für durch die soziale Struktur oder das Geschlechterverhältnis benachteiligte Menschen wie Frauen, Kinder und marginalisierte Bevölkerungsgruppen weitaus größer und wirkt sich direkt auf deren tägliches Leben aus. Das ungleiche Geschlechterverhältnis hat einen großen Einfluss auf den eingeschränkten Raum für Frauen, ihre Lebensentscheidungen selbst zu treffen, auch in Bezug darauf, wie sie ihre Religion leben wollen. Daher hat Rumah KitaB, eine Forschungseinrichtung, die sich für die Rechte von benachteiligten Gesellschaftsgruppen einsetzt, von Ende 2019 bis Mitte 2020, eine qualitative Studie¹ über den Einfluss von Fundamentalismus auf Frauen und die Bedrohung ihrer Lebenssituation durchgeführt.

Die Studie wurde in fünf städtischen Gegenden umgesetzt. Durch die Fallstudien wurde das Phänomen des erstarkenden Fundamentalismus und dessen Auswirkungen auf Frauen näher beleuchtet. Die örtlichen Medien berichten oft von der Entstehung radikaler Bewegungen und dem Phänomen, dass junge Leute ein Bekehrungserlebnis haben, das als die „Reise nach Medina“ bezeichnet wird. Sie identifizieren sich, es verändert ihre religiöse Praxis und ihr Verhalten. Es schafft die Überzeugung, die bessere religiöse Haltung zu haben.¹

In dieser Studie haben wir uns für den Begriff Fundamentalismus anstelle von Konservatismus entschieden, um den Unterschied zu religiösen Organisationen und Gruppen deutlich zu machen, die sich für die Erhaltung von bewährten Traditionen einsetzen.

Diese Studie versteht den Begriff Fundamentalismus als eine Ideologie, die von einer bestimmten Gruppe schriftlich fixiert wurde und als absolute Wahrheit betrachtet

wird. Die Vergangenheit wird als Ideal betrachtet, das auf die Gegenwart angewendet werden muss. Auf dieser Grundlage betrachten sie ihre religiösen Ansichten als die authentischsten, maßgeblichsten und daher einzig richtigen.

Fundamentalistische Ideologien zeichnen sich durch Ablehnung von Vielfalt und den Anspruch auf absolute Wahrheit aus – in Bezug auf die religiöse Überzeugung, Ethnie/Rasse, Ideologie und sogar Kultur. Sie stellen physisch oder symbolisch für Menschen oder Gruppen, die anders sind als sie, eine Bedrohung dar. Diese Bedrohung hat sowohl Implikationen für die betroffenen Menschen als auch für den Staat. Es liegt im Charakter des Fundamentalismus begründet, der sich durch den Glauben an das Konzept *al waraa' wal bara'* auszeichnet, das gesamte Verhalten auf die Loyalität zur Gruppe auszurichten und sich von jeglichen Bindungen außerhalb der Gruppe loszusagen.² Dieses Konzept fördert exklusives und intolerantes Verhalten und ab einer bestimmten Ebene rechtfertigt es Gewalt als Weg, die eigene Haltung auszu-

¹ Das Thema der Studie ist die Identifikation von genderbasierter Gewalt gegen Frauen als Folge von Intoleranz und Fundamentalismus und die Kartierung der Resilienz der Frauen durch feministische Forschung. Diese Studie wurde von Lies Marcoes und Nurhady Sirimorok geleitet, unter der Mitarbeit von vier weiteren Rumah KitaB-Forscherinnen: Fadilla Dwianti Putri, Ahmad Hilmi, Nurasih Jamil, Nurhayati Aida. An der Feldforschung waren 14 weitere Forscherinnen beteiligt: Anis, Gesia, Dwinda, Antia, Gita, Tia, Faurul, Dinda, Ary, Qisti, Sitiy, Duha, Fauzi und Ria.

² Dieses Konzept wurde von Abu Muhammad Isham al Maqdisi, dem Gründer der „Tauhid Wal Jihad“-Bewegung, entwickelt. In Indonesien wurde es dann von Aman Abdurrahman, dem einflussreichsten Prediger des indonesischen Jihadismus, aufgenommen. Siehe: Roland Gunawan (Hrsg.) (2017). *Inspirasi Jihad Kaum Jihadis*, Jakarta: Rumah KitaB, S. 320-325.

drücken und durchzusetzen. Unter Berücksichtigung der Genderperspektive wurden Faktoren für die spezifische Wirkung auf Frauen identifiziert. Dies ist eine Folge ihrer untergeordneten und marginalisierten Position in der Gesellschaft. Angefangen von der Familie, der Community bis hin zu den informellen und formellen Institutionen basieren Entscheidungen auf religiösen Haltungen und Lehren. Diese Studie hat reale Zusammenhänge zwischen fundamentalistischen Ansichten und der Bedrohung der Menschenrechte von Frauen gezeigt.

Angriff auf die Existenz der Frauen

Während der Studie in den fünf Forschungsgebieten haben sich in den besuchten Moscheen und Koranrezitationstreffen zwei dominante Strömungen herauskristallisiert, die die Rolle der Frau ahistorisch umdefinieren und sehr untergeordnet werden lassen: zum einen wahabistische Gruppen und zum anderen die Hizbuth Thahrir Indonesia (HTI), die aus einer Abspaltung der Muslimbruderschaft entstanden ist und ein Kalifat anstrebt. Doch gibt es viele hybride Gruppen, bei denen sich Aspekte aus dem weiten radikalen Spektrum, die die Anwendung der Scharia fordern, mit moderateren Aspekten mischen.

In fast allen Forschungsregionen gab es religiöse Redner, sowohl Männer als auch Frauen, die das Narrativ vom Körper der Frau als Grund für Probleme im Leben weitertragen. Der Körper der Frau sei die Ursache für soziales Durcheinander, wenn sie keine angemessene Kleidung trage. Daher beten sie dafür, dass diese Frauen bald die richtige göttliche Weisung bekämen, um sogleich ihre *Aurat* (mit Scham behafteter Teil des Körpers) zu bedecken. Im Zusammenhang mit der *Aurat* wird immer dasselbe Argument vorgetragen, dass der Körper der Frau eine Quelle der Sünde für den Mann sei. Aber wo die Grenze der *Aurat* verläuft, ist bei diesen Rednern durchaus unterschiedlich. Es gibt in ihren Augen mindestens drei Modelle der weiblichen Kopfbedeckung: ein Kopftuch, das auf die Schultern reicht, ein Kopftuch, das auch den Busen bedeckt, und ein Kopftuch, das fast den ganzen Körper bedeckt.

Der Einfluss der schariakonformen Bekleidungsindustrie trägt oft zu der Entscheidung von Frauen bei, nicht mehr Arbeiten zu gehen, entweder weil der Ehemann dies wünscht oder aufgrund einer eigenen Entscheidung oder weil am Arbeitsplatz das Tragen eines Hijab nicht erlaubt ist. In Bandung war bei allen Rezitationstreffen, die von den drei Forscherinnen in den fünf beliebtesten Moscheen besucht wurden, schariakonforme Kleidung ein Thema. Für junge Frauen, die ein Bekehrungserlebnis hatten, ist das *Jilbab* (weites muslimisches Gewand) wichtiges Zeichen und Teil ihrer Identität.

In allen Forschungsgebieten wird in den öffentlichen Schulen, von Grund- bis Oberschule, von den Schülerinnen das Tragen eines *Jilbabs* zur Bedeckung der *Aurat* verlangt. In Bekasi verlangt eine staatliche Oberschule schon seit 5 Jahren von den Schülerinnen, ihre *Aurat* zu bedecken – nicht nur wegen der Richtlinie der Lokalregierung in Form eines Rundschreibens des Bürgermeisters, sondern auf die Forderung eines Lehrers hin, der meinte, er könne es nicht aushalten, Schülerinnen in kurzen Röcken und ohne *Jilbab* zu sehen: „Sein Glauben sei zwar

stark, nicht aber sein Penis.“ So wurde es von einer Beratungslehrerin in einem Interview berichtet. Aus dieser Beschwerde wurde dann die Verpflichtung für die Schülerinnen, *Jilbab* zu tragen, mit Ausnahme der nicht-muslimischen Schülerinnen.

Abgesehen von der Verpflichtung für Frauen, ihre sog. Scham zu bedecken, wurde in der Studie eine weitere körperliche Begrenzung identifiziert, die Kontrolle der weiblichen Sexualität. Es gibt Regeln, was Frauen machen dürfen und was nicht.

Zum Thema Familienplanung/Verhütung haben Frauen in salafistischen Kreisen unterschiedliche Sichtweisen. Eine salafistische Frau aus Bekasi meinte, Verhütung sei in jedem Falle eine Sünde. Doch in Depok erklärte uns eine salafistische Frau, Verhütung, um einen größeren Abstand zwischen den Geburten der Kinder zu erreichen, sei erlaubt, wenn man dabei das Glück Allahs nicht infrage stellt.

Eine andere Problemstellung ist die Kinderheirat. So lässt eine salafistische Familie aus Jakarta beispielsweise ihre Töchter schon mit 15 und 16 Jahren heiraten. Sie schicken ihre Töchter auch nicht auf staatliche Schulen, weil dort ein sogenannter gemischter Umgang stattfindet (zwischen Jungen und Mädchen, zwischen Salafist*innen und Nicht-Salafist*innen). Die frühe Heirat der Mädchen soll die moralische Last und Sünde der Eltern mindern.

In einem Rezitationstreffen in Jakarta wurde der Körper der Frau als eine Begrenzung der Möglichkeit der Frau, ihre Funktion der Reproduktion zu erfüllen, dargestellt. Daher wurde empfohlen, dass Frauen der Polygamie zustimmen sollten. Laut einer weiblichen Predigerin in Sukoharjo, Solo Raya, wurde die Polygamie im Koran beschrieben und vom Propheten praktiziert.

Die Lehre über den Körper begrenzt in großem Maße die Entscheidungsfreiheit der Frauen, wie sie sich verhalten und wen sie treffen. Eine Frau in Cikarang hat es zum Beispiel abgelehnt, ein Motorradtaxi zu besteigen mit der Begründung, der Fahrer sei weder ihr Mann noch ein enger Familienangehöriger und es wäre daher eine Sünde, wenn sie bei ihm mitführe. Sie geht dann lieber zu Fuß oder lässt sich von ihrem Mann oder ihrer Schwester abholen.

Der Körper der Frau wird auch noch auf andere Weise mit Sünde in Verbindung gebracht. Eine salafistische Frau aus Depok hatte sich von ihrem Mann, der ihr gegenüber gewalttätig war, scheiden lassen. Jetzt suchte sie dringend einen neuen Ehemann, da sie der Ansicht war, dass ihr Körper und ihr sexuelles Bedürfnis eine Quelle der Sünde sei.

Reduzierung der Frau auf den häuslichen Bereich

In allen Feldforschungsgebieten behandelten die Geistlichen in ihren Predigten häufig die Rolle der Frau im täglichen Leben. Dabei lag die Betonung immer auf drei Punkten: Erstens, als Kind kann die Frau durch ihr Verhalten die Tür zum Himmel für ihre Eltern öffnen oder schließen. Zweitens, als Mutter ist es ihre Verantwortung, die Kinder zu erziehen und damit zu bewirken, dass ihre Kinder ihr entweder den Zugang zum Himmel oder zur Hölle ermöglichen. Drittens, hängt es als Ehefrau von der Zufriedenheit ihres Mannes ab, ob sie in den Himmel oder in die Hölle kommt.

Zwei sehr beliebte religiöse Rednerinnen in Bandung kritisieren immer wieder Karrierefrauen, da sie deren Lebensführung für sehr nah an der Sünde halten. Aus ihrer Perspektive ist es die erste Pflicht der Frau, sich um die Familie zu kümmern. Geld zu verdienen hingegen sei „mubah“, nicht verpflichtend und besser zu lassen. Viele Frauen verständigten sich, weil ihnen ihr Beruf wichtiger sei als ihre Familie.

Selbst in einem von der Industrie geprägtem Gebiet wie Bekasi, wo alle Befragten arbeitende Frauen und Männer waren, wurde in den täglich oder wöchentlich stattfindenden Koranrezitationstreffen die Reduzierung der Frau auf die Familie gepredigt. Eine im Rahmen der Studie interviewte Frau gab an, nach ihrer Heirat ihre Arbeit aufgeben zu wollen, weil sie dann schariakonforme Kleidung tragen und sich auf ihre Rolle als Hausfrau, die die Religion sehr ernst nimmt und das Haus nicht verlässt, konzentrieren wolle.

Bei Mitgliedern einer salafistischen Rezitationsgruppe in Sukoharjo dürfen die Frauen das Haus nicht verlassen, es sei denn in Begleitung eines nahen Angehörigen. Ein weiterer Körperteil der Frau, der kontrolliert wird, ist ihre Stimme, die als zur „Scham“ gehörig betrachtet wird. Bei einem Gruppentreffen von Männern und Frauen durften die Frauen ihre Fragen nicht direkt stellen, sondern mussten sie aufschreiben. Dies wird auch in der mit der HTI assoziierten Gruppe von jungen Leuten mit dem Namen „Yuk Ngaji Solo“ praktiziert.

Schlussfolgerungen

Der fundamentalistischen Sicht auf Frauen geht von zwei Grundannahmen aus:

Erstens, Frauen besitzen einen mit Scham behafteten Körper, der leicht die Quelle übler Nachrede wird. Daher müssen ihre Schritte begrenzt und der mit Scham behaftete Teil des Körpers bedeckt werden, außer für die nahen Angehörigen, für die die Frauen eine Zierde sind.

Zweitens, weil Frauen so anfällig für üble Nachrede sind, muss die Frau ihr Leben lang auf natürliche Art oder aus religiöser Überzeugung von Männern im Rahmen der Institution Familie geleitet werden (als Tochter oder Ehefrau), denn alle Sünden stehen in der Verantwortung des Mannes, sei es des Vaters oder später des Ehemanns.

Die üble Nachrede und die religiöse Überzeugung sorgen für ein beständig ungleiches Verhältnis der Geschlechter. Der Mann steht immer an erste Stelle und seine Stellung ist hervorgehoben, weil er als religiöser Führer die Verantwortung für die Stellung der Familie im Jenseits trägt, während die Frau der Führung bedarf. Die Rollenverteilung wird als unumstößlich betrachtet, weil sie im Koran beschrieben wurde: „Der Mann hat die Führungsrolle“. Diese Sichtweise bringt die Frau in eine untergeordnete Rolle, die als ideale fromme muslimische Frau verherrlicht wird.

Die Sozialisierung dieser Sichtweise geschieht über traditionelle Medien wie religiöse Verkündigungen und Rezitationstreffen, aber auch auf den unterschiedlichsten Plattformen der sozialen Medien. Diese Entwicklung verstärkt die Intensität und die öffentliche Reichweite der fundamentalistischen Lehre. Diese omnipräsente Sozialisierung hat eine Normalisierung zur Folge, da man die Lehre nun zu Hause und in der Öffentlichkeit hört.

Die zunehmende Verbreitung der fundamentalistischen Sichtweise hat massive Auswirkungen auf Frauen. Die Befolgung der Überzeugung, dass der beste Platz der Frau zu Hause sei, hat sowohl den sozialen als auch den ökonomischen Bewegungsraum der von uns interviewten Frauen eingeschränkt. Viele von ihnen haben die Erfahrung gemacht, durch die neue Lehre, der sie nun folgen, ein Abgeschnittensein von ihrer traditionellen Verwurzelung zu erleben, nachdem sie sich dafür entschieden haben, alle Bindungen zur Nachbarschaft zu lösen (religiöse Traditionen, kulturelle Traditionen, die Art sich zu kleiden, die Art des Familienlebens und des sich gegenseitigen Besuchs). Dies hat die Abhängigkeit von den neuen Gruppen mit neuen Überzeugungen beispielsweise salafistischer Prägung verstärkt.

Ein Großteil der Befragten hatte aufgehört zu arbeiten, was die Abhängigkeit noch verstärkt hat. Einige Frauen waren auch von Vernachlässigung betroffen bis zu dem Punkt, nicht genügend zu Essen zu bekommen. Aber auch aus eigener Überzeugung begrenzten die Frauen ihre Aktivitäten außerhalb des Hauses auf die unbedingt notwendigen Dinge und den Besuch von religiösen Treffen. Und fast alle veränderten ihr äußeres Erscheinungsbild durch das Tragen von den Körper noch weitgehender bedeckenden Kleidung (weite Gewänder und häufig auch einen Gesichtsschleier).

Durch diese Überzeugung geben die Frauen die Macht über ihren eigenen Körper ab. Im Vordergrund steht die Steuerung der Sexualität und der „gesunden“ Reproduktion, angefangen beim Zeitpunkt des Geschlechtsverkehrs, der Anzahl der Kinder (Ablehnung von Verhütung), der Beschneidung von Mädchen, Zustimmung zu Polygamie bis hin zur Verheiratung von Kindern. Befragte, die nicht alle der oben genannten Lebensweisen praktizieren wollten, haben Diskriminierung erlebt, beispielsweise am Arbeitsplatz aus der Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden, stigmatisiert zu werden, als nicht von Gott geleitet betrachtet zu werden oder fortwährend belehrt zu werden, sich doch endlich zum wahren Glauben zu bekehren. Die Übermacht der fundamentalistischen Weltansicht machte es den Befragten sehr schwer, eine Gegenposition zu entwickeln. Sie fühlten sich unter dem Einfluss einer unsichtbaren Macht. Durch den begrenzten Zugang und die Delegitimierung der bisherigen Lehre oder der sehr intensiven neuen Lehre haben die meisten Befragten ihr kritisches Denkvermögen gegenüber der von ihnen erlebten Diskriminierung und Gewalt verloren. Sie waren von der religiösen Sicht der Geschlechterrollen überzeugt: Sie betrachteten die natürliche Stellung der Frau mit all ihren Konsequenzen als dem Mann untergeordnet, in dem Glauben belohnt zu werden, wenn sich ein islamischer Staat realisiert habe oder spätestens im Jenseits. Trotzdem gab es einige wenige Frauen, die sich in kleinen Dingen, heimlich, individuell gegen diese Regelungen aufgelehnt haben. Beispielsweise war dies bei Frauen aus der unteren Gesellschaftsschicht zu beobachten. Zumal sie nicht das Privileg besitzen, zu Hause bleiben und nicht arbeiten gehen zu können, um die Anforderungen an die Idealfrau zu erfüllen.

Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass die fundamentalistische Weltansicht eine große Auswirkung auf Frauen hat, ihren Lebensraum einschränkt und sie mehr Gewalt erlei-

den lässt. Das trifft sowohl auf Frauen zu, die sich einer exklusiven Community auf der Grundlage einer bestimmten fundamentalistischen Ideologie angeschlossen haben, als auch auf Frauen außerhalb dieser Communities – auf diejenigen, die nur an Rezitationsgruppen teilnehmen, oder beteiligte Studierende. Daher ist es für alle Beteiligten sehr wichtig, der Tatsache Aufmerksamkeit zu schenken, dass Frauen in Indonesien aufgrund der zunehmenden Verbrei-

tung fundamentalistischer Sichtweisen von körperlicher, nicht-körperlicher (psychologischer), ökonomischer und symbolischer Gewalt betroffen sind.

Das Wohlergehen der Frauen ist mit einer neuen Quelle der Diskriminierung konfrontiert und zwar jeden Tag.

Lies Marcoes, Direktorin der NGO Rumah Kita Bersama und Leiterin der vorgestellten Studie (lies.marcoes@yahoo.com).



Beseitigung von Menschenrechtsverletzungen an Arbeitsmigrantinnen

Die Notwendigkeit, über Rechtsinstrumente hinauszugehen

von Dinda Nuur Annisaa Yura

© Solidaritas Perempuan

*Menschenrechte und Demokratie sind untrennbar miteinander verbunden. Das Prinzip der Demokratie fußt auf der Gleichheit und Gleichberechtigung ihrer Bürger*innen. Die demokratischen Prinzipien garantieren eine Beteiligung der Bürger*innen an politischen Entscheidungsprozessen und tragen dazu bei, dass Gesetze und Verordnungen den Willen der Bürger*innen widerspiegeln.¹ Sind Menschenrechte und Gerechtigkeit jedoch nicht gewährleistet, so schmälert das den Wert einer Demokratie erheblich. Inwieweit im Falle Indonesiens die Menschenrechte verwirklicht sind, sollte sich dabei insbesondere an der Situation von besonders schutzbedürftigen Gruppen bemessen. In diesem Artikel wird anhand der Arbeitsmigrantinnen als eine der besonders vulnerablen Gruppen untersucht, inwieweit der Schutz und die Anerkennung ihrer Rechte garantiert sind.*

Entsprechend des Gesetzes zum Schutz indonesischer Arbeitsmigranten (18/2017; UU PPMI) gelten als indonesische Arbeitsmigrant*innen all diejenigen Staatsbürger*innen, die außerhalb des Hoheitsgebiets der Republik Indonesien arbeiten oder gearbeitet haben. Jährlich verlassen mehr als 200.000 Migrant*innen das Land.¹ Nach Angaben der indonesischen Agentur für den Schutz von Wanderarbeiter*innen (BP2MI), gab es 2019 insge-

samt 276.553 Vermittlungen von Arbeitsmigrant*innen ins Ausland, die Mehrheit (191.237 Personen) davon sind Frauen. Laut *Komnas Perempuan* beläuft sich die Gesamtzahl der indonesischen Arbeitsmigrant*innen, die aktuell im Ausland arbeiten, auf ca. neun Millionen, davon 60-70 Prozent Frauen, die mehrheitlich als Hausangestellte beschäftigt sind.²

1 Badan Perlindungan Pekerja Migran (2019). Data Penempatan dan Perlindungan TKI Tahun 2019, einzusehen unter: <https://bp2mi.go.id/statistik-detail/data-penempatan-dan-perlindungan-tki-periode-tahun-2019>

2 Komnas Perempuan (2020). Siaran Pers Peringatan Hari Pekerja Rumah Tangga Internasional, nachzulesen unter <https://www.komnasperempuan.go.id/read-news-siaran-pers-komnas-perempuan-peringatan-hari-pekerja-rumah-tangga-prt-internasional-16-juni-2020>

Jedes Jahr werden Fälle von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gegenüber Arbeitsmigrant*innen bekannt, davon besonders betroffen sind weibliche Hausangestellte. Zwischen 2015 und 2018 betreute *Solidaritas Perempuan*³ 255 Fälle, in denen Arbeitsmigrantinnen Opfer von Gewalt und Rechtsverletzungen wurden. Häufig werden Migrant*innen dabei Opfer mehrfacher Rechtsverletzungen und Gewalt. Für 2018 registriert die BP2MI 4.779 Beschwerden dieser Art. Im Folgejahr belief sich die Zahl auf 9.377 Fälle.⁴ Eine nach Geschlechtern getrennte Erhebung findet bislang nicht statt.



© Solidaritas Perempuan

In der Arbeit von *Solidaritas Perempuan* mit Hausangestellten zeigt sich, dass bei Fällen von Gewalt und Rechtsverletzungen gegenüber Arbeitsmigrantinnen unterschiedliche Identitäten und damit verbunden unterschiedliche Rechtsbereiche zum Tragen kommen: 1. Rechte als Frauen, 2. Rechte als Bürgerinnen, 3. Rechte als Migrantinnen und 4. Rechte als Hausangestellte. Diese unterschiedlichen Rechte sind eng miteinander verknüpft und beeinflussen sich gegenseitig. Für jeden dieser Aspekte existieren auf internationaler Ebene zugleich unterschiedliche Rechtsinstrumente. Darunter ist zum einen die von den Vereinten Nationen (VN) 1990 beschlossene Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (kurz: Wanderarbeitnehmerkonvention), die durch das Gesetz Nr. 6 von 2012 sowie das 1984 von Indonesien ratifizierte Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, CEDAW (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women) umgesetzt wird. 2011 beschloss die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die bislang noch nicht durch Indonesien ratifizierte Konvention 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte. Auf nationaler Ebene enthält die indonesische Verfassung von 1945 eine Reihe von Menschenrechtsgarantien, die für jede Person ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit gelten. 2017 gab es eine Gesetzesreform, die eine Reihe von Rechten nicht nur für Wanderarbeiter*innen, sondern auch für deren Familienangehörige in Anschluss an die Wanderarbeitnehmerkonvention fest schrieb.

3 *Solidaritas Perempuan* ist eine feministische Organisation in Form einer Gewerkschaft, 1990 gegründet, um die feministische Bewegung an der Basis zu fördern und zu stärken. Weitere Informationen finden sich unter www.solidaritasperempuan.org.

4 Badan Perlindungan Pekerja Migran, op.cit

Auch das Gesetz Nr. 21/2007 über die Beseitigung des Menschenhandels ist relevant für Arbeitsmigrantinnen. Inzwischen beziehen sich die Rechte der Frauen im Wesentlichen auf die CEDAW. Darüber hinaus enthalten einige weitere Gesetze auf Frauen bezogene Schutzaspekte, unter anderem das Staatsbürgerschaftsgesetz sowie das Gesetz Nr. 23/2004 zur Beseitigung von häuslicher Gewalt (UU PKDRT). Letzteres kann jedoch nicht auf Straftaten angewendet werden, die gegenüber indonesischen Migrantinnen im Ausland begangen werden.

Bis heute existiert auf nationaler Ebene jedoch kein Gesetz, das ausdrücklich die spezifischen Rechte von Hausangestellten garantiert. Dies erschwert die Strafverfolgung erheblich. Das Nationale Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen für die Rechte von Hausangestellten (JALA PRT) gibt an, dass es bei 80 Prozent der Anzeigen von Gewalt gegen Hausangestellte bei der Polizei zu keiner weiteren Strafverfolgung kommt.⁵ Das Fehlen rechtlicher Garantien für Hausangestellte in Indonesien wirkt sich auch auf die Verhandlungsposition Indonesiens gegenüber anderen Ländern aus, wenn es darum geht, Rechtsinstrumente zum Schutz indonesischer Hausangestellter einzufordern.

Das Fehlen einer nationalen Politik zum Schutz von Hausangestellten ist paradigmatisch für das Bild, das von Hausangestellten in Indonesien existiert. Dies zeigt sich auch im oben genannten Gesetz zum Schutz von Arbeitsmigrant*innen. Abgesehen von einzelnen positiven Veränderungen zeigt dieses 2017 verabschiedete Gesetz etliche Schwachstellen, insbesondere für diejenigen Migrantinnen, die als Hausangestellte arbeiten. Eine davon ist die Vorschrift, dass Hausangestellte nur über private Rekrutierungsunternehmen vermittelt werden dürfen, eine Regelung, die Migrantinnen in eine Abhängigkeit bringt und ihnen die Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, nimmt. Aber auch andere Verordnungen wirken diskriminierend, so z.B. das angesichts zahlreicher Fälle von Gewalt gegenüber indonesischen Hausangestellten im Mittleren Osten erlassene Dekret des Arbeitsministers in 2015, eine Vermittlung dorthin einzustellen.⁶ Benötigt werden keine Verbote oder Einschränkungen, sondern der Staat muss seiner Verantwortung nachkommen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Hausangestellte sicherzustellen. Darüber hinaus widerspricht die Verordnung des Arbeitsministers auch den Grundsätzen der Freizügigkeit und des Rechts auf Arbeit, wie sie in der Verfassung von 1945 verankert sind.⁷ Zudem steht sie nicht im Einklang mit den Bestimmungen der Wanderarbeitnehmerkonvention sowie den Empfehlungen der CEDAW.⁸

5 <https://nasional.kompas.com/read/2016/09/15/17370611/80.persen.kasus.kekerasan.prt.berhenti.di.kepolisian?page=all>

6 Kepmenaker Nr. 260/2015 über die Beendigung und das Verbot der Vermittlung indonesischer Arbeitsmigrantinnen an Privatpersonen in Ländern des Nahen Ostens

7 UUD 1945 Artikel 28 D Absatz (1) besagt: „Jeder hat das Recht auf Anerkennung, Garantie, Schutz und Rechtssicherheit und soll vor dem Gesetz gerecht und gleich behandelt werden.“ In Absatz (2) heißt es: „Jeder hat das Recht, in einem Arbeitsverhältnis zu arbeiten und eine faire und angemessene Entlohnung und Behandlung zu erhalten.“

8 Empfehlungen CEDAW Nr 26.24: Aufhebung diskriminierender Beschränkungen oder Einschränkungen der Migration, einschließlich der Aufhebung von Beschränkungen, nach denen Frauen ihre Ehemänner oder männlichen Verantwortlichen um Erlaubnis bitten müssen, Pässe zu erhalten oder zu reisen, <https://www.ohchr.org/Documents/ProfessionalInterest/cedaw.pdf>

In der Praxis zeigt sich, dass die Ursachen für Unterdrückung vielschichtig sind. Ungleichheiten in Machtbeziehungen, die auf Geschlecht, sozialer und wirtschaftlicher Klasse, Rasse und Religion beruhen sowie verschiedene staatliche Maßnahmen haben zu einer mehrschichtigen Unterdrückung von Wanderarbeiterinnen geführt. Eine patriarchalische Kultur nimmt den Frauen die Kontrolle über ihren eigenen Körper und Verstand, schränkt sie in ihrer Bewegung ein und beschneidet ihren Lebensunterhalt. Frauen sind es nicht mehr gewohnt, Entscheidungen auf Grundlage ihrer eigenen Bedürfnisse und Interessen zu treffen.

LS, eine ehemalige Arbeitsmigrantin aus Zentralsulawesi, sagte, dass die Entscheidung zur Migration von ihrem Mann getroffen wurde und sie selber diesen Schritt nie beabsichtigt habe. Dies ist ausschließlich auf die Tradition der Familie des Mannes zurückzuführen, Ehefrauen als Arbeitsmigrantinnen ins Ausland zu schicken.

Quelle: Fallstudie Solidaritas Perempuan

Die Mehrheit der weiblichen Wanderarbeiterinnen gab wirtschaftliche Faktoren als zentralen Grund für die Migration an, beispielsweise um die Schulbildung der Kinder zu finanzieren oder den täglichen Bedarf von Familie und Verwandten zu decken. Aber auch andere Faktoren spielen eine Rolle, wie z.B. häusliche Gewalt und Polygamie. Solidaritas Perempuan sind auch Fälle bekannt, in denen physische und psychische Gewalt im Haushalt oder die Untreue des Mannes Frauen dazu veranlassten, im Ausland zu arbeiten.

Aufgrund binär konstruierter Geschlechterrollen wird die Rolle der Frauen im häuslichen und die der Männer im öffentlichen Bereich gesehen. Die Arbeit im Haushalt wird allgemein als niedrigere Tätigkeit betrachtet, häufig nicht einmal als richtige Arbeit aufgefasst. Die Schutzstandards und Löhne für Hausangestellte sind niedrig, grundlegende Rechte wie Urlaub und Ruhezeiten sind häufig – wenn überhaupt – nur unzureichend geregelt. Gleichzeitig befördert die globale wirtschaftliche Entwicklung in vielen Ländern eine stetig wachsende Nachfrage nach – i.d.R. weiblichen – Angestellten in haushaltsnahen Dienstleistungen. Der Arbeitsbereich ist besonders anfällig für verschiedene Formen von Gewalt, sei es in physischer, psychischer oder sexueller Form.

Wirtschaftliche Faktoren, die sehr oft als Push-Faktoren für die Migration bezeichnet werden, hängen insbesondere auf dem Land eng mit struktureller Armut zusammen. Wirtschafts- und entwicklungspolitische Maßnahmen haben oftmals erzwungene Vertreibung und Enteignung zur Folge. Zugunsten von Investitionen wurden gemeinschaftlich betriebene landwirtschaftliche Flächen umgewandelt, um Platz für Ölpalmlantagen, Fabriken, Minen und dergleichen zu schaffen. Gemeinschaften, die zuvor von der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen leben konnten, verloren die Kontrolle und den Zugang zu ihren Ressourcen und damit zur Sicherstellung ihres Lebensunterhalts. Die Nutzung natürlicher Ressourcen wie Land, Wasser, Wälder, Küsten und sogar Luft wird immer stärker nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgerichtet. Hiervon sind Frauen besonders betroffen, wobei die Ungleichheit der Geschlechter auch zu ungleichem Besitz und ungleichem Zugang zu Vermögenswerten

ten und Lebensunterhaltsquellen zwischen Männern und Frauen führt.⁹ Die oben genannte Situation läuft Gefahr, sich durch die Einführung von Maßnahmen wie das Omnibus-Gesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen noch zusätzlich zu verschärfen.

„Früher haben wir Landwirtschaft betrieben. Dann haben wir uns einer Wasserfirma angeschlossen, die Wasser aus einer Quelle in unserem Dorf entnommen hat. Anfangs haben wir uns abgewechselt, die Reisfelder konnten noch bewässert werden. Nach einiger Zeit floss kein Wasser mehr in unsere Reisfelder, so dass die Reisfelder ausgetrocknet sind. Seitdem sind viele Frauen Wanderarbeiterinnen geworden.“ (Oom Ratna, ehemalige Wanderarbeiterin aus Karawang)

Quelle: Fallstudie von Solidaritas Perempuan

Zusammenfassung

Arbeitsmigrantinnen erleben bis heute immer noch Gewalt (häufig in mehrfacher Weise) und mannigfache Verletzungen ihrer Rechte. In vielen Fällen haben Frauen bereits vor ihrer Migration Unrecht erlebt. Dies ist auf verschiedene Ebenen der Verletzlichkeit zurückzuführen, die eng mit ihrer Identität verbunden sind, sowohl als Frauen als auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Diese verschiedenen Identitäten erzeugen hierarchische Machtstrukturen, die die Frauen schwächen und Ungerechtigkeit schaffen. Die Wurzel dieser Ungerechtigkeit ist die Aufrechterhaltung von Machtstrukturen in verschiedenen Kontexten, die durch eine patriarchalische Kultur verursacht wird. Eine weitere Ursache ist das Wirtschafts- und Entwicklungsparadigma, das von Anfang an darauf ausgerichtet war, den Mächtigen auf Kosten der Mehrheit der Gesellschaft Vorteile zu verschaffen. Daher muss die Durchsetzung der Menschenrechte für Arbeitsmigrantinnen über die bestehenden Menschenrechts- und Rechtsinstrumente hinausgehen. Gewalt und Rechtsverletzungen an Wanderarbeiterinnen werden nicht aufhören, solange die Diskriminierung und die Objektivierung von Frauen nicht beendet ist. Die Ungerechtigkeit gegenüber Arbeitsmigrantinnen wird auch so lange anhalten, wie die Gesellschaft weiterhin durch staatliche Politiken und Programme verarmt.

Empfehlungen

Um den Schutz und die Achtung der Rechte von Hausangestellten im Ausland zu verbessern, sind drei Dinge notwendig. *Erstens* ist aus politischer Sicht ein menschenrechtsorientiertes Rechtsinstrument erforderlich. Dieses beinhaltet die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens Nr. 189 in Bezug auf menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte, eine nationale Gesetzgebung zum Schutz von Hausangestellten sowie die Umsetzung der Wanderarbeiterkonvention, einschließlich vorgeschriebener Ausführungsvorschriften gemäß den oben genannten internationalen Instrumenten. Die im internationalen Menschenrecht festgelegten Standards stellen dabei jedoch allenfalls Mindeststandards dar. Für eine volle Integration von Menschenrechtsstandards ist eine Umsetzung

⁹ Eine Studie von Solidaritas Perempuan 2019 zeigt, dass bei Grundstücken lediglich in 24,2% der Fälle der Name der Frau auf der Besitzurkunde eingetragen war, in den übrigen Fällen war nur der Name des Ehemanns eingetragen.

des Gesetzes zum Schutz indonesischer Arbeitsmigranten allein, welches die Wanderarbeitnehmerkonvention der VN punktuell aufgreift, jedoch nicht ausreichend. Notwendig ist ein grundlegender Perspektivwechsel in Staat und Verwaltung. Arbeitsmigrantinnen dürfen nicht länger als Ware betrachtet werden, sondern sind als Bürgerinnen zu sehen, deren Rechte geschützt, respektiert und gewahrt werden müssen. Auf Menschenrechten basierende Rechtsinstrumente müssen sicherstellen, dass sich diese geschlechtsspezifischen Ungleichheits- und Machtverhältnisse nicht verschärfen.

Zweitens wird das Problem der Menschenrechtsverletzungen von Arbeitsmigrantinnen nicht gelöst werden, solange der Staat keine wirksamen Maßnahmen ergreift, den Lebensunterhalt der Bevölkerung zu sichern und Formen struktureller Armut zu beseitigen. Erforderlich hierfür ist die Revision verschiedener bestehender Richtlinien zum Management natürlicher Ressourcen und zu Entwicklungsfragen, damit diese auf die Bedürfnisse und Interessen der Gemeinschaft ausgerichtet sind. Die Bestimmungen in Artikel 33 der Verfassung von 1945 über die Verwaltung durch den Staat sollten nicht bedeuten, dass der Staat Wohlstand und natürliche Ressourcen kontrolliert, sondern deren Organisation so gestaltet, dass sie den Interessen der Gesellschaft dienen. Entwicklungsvorhaben sollten sich an den Bedürfnissen der Gemeinschaft orientieren und diese beim Management und der Umsetzung einbeziehen, wobei die Einbeziehung von Frauen sicherzustellen ist.

Drittens sollten umfassende und systematische Bemühungen zum Abbau von Machtstrukturen, die zu Ungerechtigkeiten gegen Frauen und Minderheiten führen, und das öffentliche Bewusstsein für Gleichstellung und Frauenrechte schärft, unternommen werden. Dazu gehört es, die Anerkennung der wichtigen Stellung und Rolle von Frauen in der Gesellschaft zu stärken. Dies muss unter anderem durch formale Bildung, kulturelle Ansätze sowie Regierungspolitiken und -programme geschehen, die auch Initiativen von Frauen der lokalen Ebene anerkennen, schützen und unterstützen. Dabei ist die Einbeziehung von Frauengruppen und Frauenorganisationen bei der Formulierung und Gestaltung staatlicher Politiken und Programme essentiell. Und zwar nicht nur in Kontexten, die als Frauenprobleme betrachtet werden (sexuelle und häusliche Gewalt sowie wirtschaftliche Stärkung von Frauen), sondern auch in anderen Kontexten wie Verwaltung, Landwirtschaft, Umwelt, Wahrung der Menschenrechte, Frieden und wirtschaftliche Entwicklung.

Dinda Nuur Annisaa Yura ist Feministin und Aktivistin, die sich seit 2008 mit Menschen- und Frauenrechten befasst. Durch ihre Mitarbeit bei Solidaritas Perempuan hat sie viel Erfahrung in der Arbeit mit Frauen auf der Graswurzelebene und in der Stärkung von Frauenrechten in so unterschiedlichen Kontexten wie Landwirtschaft und Ernährung, Klimagerechtigkeit, Rechte von Arbeitsmigrantinnen und Demokratie. Für 2019 bis 2023 wurde Dinda zur Vorsitzenden des Nationalen Exekutivausschusses von Solidaritas Perempuan gewählt.



Jakarta – Stadtplanung ohne die Bevölkerung

von Dandhy Dwi Laksono

© Dandhy Dwi Laksono

Die Pandemie stellt für die Bevölkerung Jakartas nicht die einzige Katastrophe in diesem Jahr dar. Anfang des Jahres wurde die Metropolregion erneut von heftigen Überschwemmungen heimgesucht. Wiederkehrende Überschwemmungen verschärfen sich durch einen Anstieg des Meeresspiegels und ein stetiges Absinken des Bodenniveaus. Daneben stellt die zunehmende Luftverschmutzung eine Bedrohung für die Gesundheit der Bevölkerung dar. Im politischen Umgang mit all diesen Herausforderungen finden die Rechte und Bedürfnisse insbesondere der ärmeren und häufig zugleich am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen oft nur wenig Beachtung.

Während ich im Juli 2020 diesen Artikel¹ überarbeite, nimmt die Zahl der an COVID-19-Erkrankten stetig zu. Mittlerweile weist das Land weltweit die achthöchste Mortalitätsrate für COVID-19 auf. Die Hauptstadt Jakarta ist gemessen an der Anzahl der dokumentierten Fälle zum Epizentrum der Pandemie in Indonesien geworden. Die Pandemie stellt für die Bevölkerung Jakartas jedoch nicht die einzige Katastrophe in diesem Jahr dar. Erst im Januar und Februar war die Metropolregion, zu der neben Jakarta die Satellitenstädte Bogor, Depok, Tangerang und Bekasi gezählt werden, von heftigen Überschwemmungen betroffen. Insgesamt 70 Menschen verloren dabei ihr Leben. 187.000 Menschen wurden obdachlos. Die indonesische Zentralbank bezifferte die Schäden auf rund 1 Billion Rupiah (ca. 60 Mio. Euro).

Die wiederkehrenden Überschwemmungen sind für die bald 500 Jahre alte Stadt eine große Herausforderung, die sich zusätzlich durch einen Anstieg des Meeresspiegels und ein stetiges Absinken des Bodenniveaus verschärfen. Daneben stellt die zunehmende Luftverschmutzung eine Bedrohung für die Gesundheit der Bevölkerung dar. Im politischen Umgang mit all diesen Herausforderungen finden die Rechte und Bedürfnisse insbesondere der

ärmeren und häufig zugleich am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen oft nur wenig Beachtung.

Überschwemmungen in Jakarta – Ergebnis einer verfehlten Stadtplanung

Die Überschwemmungen in 2020 waren gemessen an der Zahl der Todesopfer die schlimmsten seit den verheerenden Überschwemmungen in 2007. Damals standen rund 70 Prozent der Hauptstadt unter Wasser.

Die Behörden machten für die heftigen Überschwemmungen in diesem Jahr vor allem die enormen Niederschläge verantwortlich. In den ersten beiden Tagen des Januars betrug die tägliche Niederschlagsmenge 337 mm, der höchste je gemessene Wert seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1866. Das Wasservolumen, das allein am 1. Januar 2020 auf Jakarta niederging, betrug 180 Millionen Kubikmeter. Damit könnte man theoretisch 72.000 olympische Schwimmbecken füllen.

Dass die Überschwemmungen so katastrophale Ausmaße angenommen haben, lag jedoch nicht allein an den starken Niederschlägen. Ein zentraler Grund für die Überschwemmungen ist die zunehmende Bodenversiegelung. Rund 80 Prozent der Fläche Jakartas sind zubetoniert. Nur noch zehn Prozent sind offene Grünflächen, die Regenwasser absorbieren können. Idealerweise sollten Städte wie Jakarta mit mehr als zehn Millionen Einwohnern über mindestens 30 Prozent unbebaute Fläche verfügen, damit Wasser versickern kann und keine Überschwemmungen auftreten. Heute tragen die Flüsse

¹ Dieser und der nachfolgende Artikel über den geplanten Hauptstadttumzug sind aktualisierte und redaktionell bearbeitete Artikel, die ursprünglich in einer Langversion mit dem Titel „Auf Sumpf gebaut“ am 1. Mai 2020 in der Zeitschrift Südostasien, Ausgabe 1, 2020 mit dem Titel „What do we want? Climate justice!“ veröffentlicht wurde.

und Kanäle die Hauptlast, um die Wassermassen aufzunehmen. Sie machen jedoch insgesamt nur drei Prozent der Stadtfläche aus.

Die Probleme, mit denen Jakarta heute konfrontiert ist, liegen zum Teil noch in der Stadtplanung während der niederländischen Kolonialherrschaft begründet. Batavia, wie das heutige Jakarta bis zum Ende der niederländischen Kolonialherrschaft genannt wurde, war ursprünglich ein von dreizehn Flüssen durchzogenes Sumpfgebiet. Mit dem Ausbau der Stadt zum strategischen Handelsstützpunkt der Vereinigten Ostindischen Kompanie (VOC) wurde auf die geographischen Bedingungen jedoch nur wenig Rücksicht genommen. Die Stadt wurde geplant und bebaut, als liege sie in einem Trockengebiet. Im Zuge der zunehmenden Urbanisierung Batavias wurden Flüsse begradigt und Kanäle angelegt. Natürliche Ausweichflächen für das Wasser gingen verloren. Einher ging damit auch eine rasch fortschreitende Sedimentation. Trotz großer Infrastrukturprojekte im Wassermanagement gab es schwere Überschwemmungen in den Jahren 1895 und 1899. Auch zehn Jahre später berichtete die Zeitung *De Locomotief* in ihrer Ausgabe vom 19. Februar 1909 unter dem Titel „Batavia onder Water“ (Batavia unter Wasser) von Überflutungen der Stadt. Kurz gesagt: Es ist den Niederlanden nicht gelungen, den Überschwemmungen in Jakarta Herr zu werden.



© Dandhy Dwi Laksono

Viele Stadtviertel in Jakarta tragen noch heute das Wort „Sumpf“ (indones. „rawa“) im Namen, wie zum Beispiel Rawa Belong (Sumpfiger Teich), Rawa Buaya (Krokodilsumpf), Rawa Mangun (Bebauter Sumpf), Rawa Sari (Blütensumpf), Rawa Bebek (Entensumpf). Dies zeigt, wie sehr sich die geographischen Bedingungen in das kollektive Gedächtnis der Stadt eingeschrieben haben.

Mit der Unabhängigkeit Indonesiens und der Umbenennung Batavias in Jakarta traf ein rasantes Bevölkerungswachstum auf eine Stadtplanung, die in gewisser Weise die Fehler der Niederländer wiederholte. Dem spezifischen geographischen Besonderheiten einer auf Sumpf gebauten und an Flussufern gelegenen Stadt wurde bei der Stadtplanung wenig Bedeutung beigemessen. Verschärft wurde diese Fehlplanung durch eine fortschreitende Kommerzialisierung von Grund und Boden, finanzstarken Bauherren und eine auf Bereicherung bedachte Verwaltung, die auch regelwidrige Bauvorhaben genehmigte, wenn für sie etwas dabei herausprang. Dies

machte jegliche Ansätze einer Stadtplanung, die versucht den geografischen und sozialen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, zunichte.

Nutzten die Menschen früher den Fluss als Transportweg und richteten ihre Häuser zu ihm aus, so ist der Fluss im Laufe der Zeit zunehmend zum dreckigen Hinterhof verkommen, in dem Müll und Abwässer entsorgt werden. Das Wasser wurde immer mehr als Bedrohung wahrgenommen, nicht als eine Lebensrealität, mit der man einen Umgang finden muss.

Die sozialen Kosten der Schutzmaßnahmen

Um Überschwemmungen zu verhindern, treibt die Regierung derweil die Befestigung der Flüsse und den Bau von Dämmen voran und lässt so die noch verbliebenen natürlichen Versickerungsflächen verschwinden. Da die Befestigung der Flüsse an den Ufern sehr viel Platz in Anspruch nimmt, werden vor allem ärmere Bevölkerungsgruppen zwangsumgesiedelt und als ob das nicht genug ist, werden sie als die eigentlichen Verursacher der Überschwemmungen stigmatisiert. Während die ärmsten Bewohner*innen ihre Häuser an den Ufern der Flüsse räumen müssen, geht die „Entwicklung“ des städtischen Raums im Einklang mit den Interessen finanzstarker Investoren ungehindert voran und wird gesetzlich geschützt. Ein partizipativer Austausch darüber, wie die Stadt der Zukunft aussehen soll und welche Anforderungen die Bewohner*innen an sie stellen, findet kaum statt. 2015 wurden 113 Fälle von Zwangsvertreibungen dokumentiert, im Folgejahr waren es bereits 139 Fälle. Einige dieser Fälle porträtierten wir in dem Film „Jakarta unfair“. In einem Fall wurde die Vertreibung der Bevölkerung damit begründet, dass ein Deich zum Schutz vor Überschwemmungen gebaut werden müsse. Dieser von uns dokumentierte Fall steht exemplarisch für zahlreiche weitere Fälle, die wir nicht alle im Film zeigen konnten. Obwohl die angelegten Dämme entlang der Flüsse in Jakarta bislang zu keiner Abnahme von Überschwemmungen beigetragen haben, werden derartige Infrastrukturprojekte immer weiter vorangetrieben. Nach der Logik der Stadtplaner und ihrem Ideal gerader und symmetrischer Formen tragen sie zum Erscheinungsbild der Stadt bei.

Zum Zeitpunkt der Überschwemmungen im Januar 2020 produzierten wir eine Videoreihe zum Thema „Wasserstadt Jakarta“. Die Videos sollten ein Weckruf sein und einen Diskurs darüber anstoßen, dass neben der berechtigten Frage über das richtige Katastrophenmanagement bei Überflutungen auch über geografische Faktoren bei der Stadtplanung gesprochen werden muss. Bei unseren Dreharbeiten begleiteten wir Menschen, die sich an die spezifischen Bedingungen des Lebens am Fluss angepasst haben. Darunter waren auch zahlreiche Bewohner*innen, die der Mittelschicht zugerechnet werden können. Diese hatten begonnen, ihre Häuser auf Pfählen zu errichten, um so den wiederkehrenden Überschwemmungen gewappnet zu sein. Wir filmten auch in Nachbarschaften, in denen sich die Menschen gegen eine zwangsweise Vertreibung durch die Stadtregierung gewehrt und ihre Häuser ein Stück weit vom Fluss entfernt errichtet haben, um so vom natürlichen Schutz eines von Bäumen bewachsenen Flussufers zu profitieren. Diese

Beispiele könnten ein Gegenentwurf sein, wie ein Leben und Wohnen mit dem Wasser sozial gerecht und vor allem ohne Vertreibung der ärmeren Bevölkerung gestaltet werden könnte.

Die Videoreihe möchte folgende Botschaft senden: „Man kann aus Venedig nicht einfach eine trockene Stadt auf dem Festland machen, ohne dafür sehr weitreichende Konsequenzen und sehr hohe Kosten für dieses Mega-projekt in Kauf zu nehmen.“ Dasselbe gilt für Jakarta. Die bislang wenig erfolgreichen Maßnahmen zur Verhinderung von Überschwemmungen gehen mit hohen sozialen und ökologischen Kosten einher. Wer nun auf Amsterdam als Beispiel verweisen möchte, bei dem der Schutz der Stadt vor dem Wasser geglückt ist, der sollte sich bewusst machen, dass die immensen Kosten für die Eindeichung und Entwässerung damals zu einem großen Teil direkt über die Gewinne aus der ausbeuterischen Kolonialwirtschaft in Niederländisch-Ostindien finanziert wurden.

Der zweifelhafte Nutzen von Deichen und Flussbefestigungen

Vier Jahre, nachdem die Bevölkerung des Viertels Bukit Duri in Ost-Jakarta aus ihren Häusern vertrieben wurde, um für die Befestigung des Flusses Platz zu schaffen, ist das Viertel noch immer regelmäßig von Überschwemmungen betroffen.

Die Kosten für den Bau und den Unterhalt der Deiche stellen eine erhebliche Belastung des öffentlichen Haushalts dar. Denn allein mit dem Bau der Infrastruktur ist es nicht getan. Das Wasser, das bei Überschwemmungen über die Befestigungen tritt, muss in die Flüsse zurückgepumpt werden. Statt dem Wasser Ausweichflächen zu geben oder beispielsweise beim Bau von Häusern in der Nähe von Flüssen auf Pfahlbauten zu setzen, betreibt die Stadt nun permanent 478 Wasserpumpen. Hinzu kommen 122 portable Pumpen, die bei Bedarf eingesetzt werden. Der Betrieb der Pumpen kostet Unmengen an Elektrizität, die wiederum zu erheblichen Teilen aus fossilen Energieträgern gewonnen wird, was einen hohen Ausstoß von CO₂ verursacht, der den Klimawandel weiter antreibt. Es ist ein Teufelskreis. Bislang stammen in Indonesien 60 Prozent der Elektrizität aus Steinkohlekraftwerken, weitere 25 Prozent werden aus Erdöl und Erdgas gewonnen. Die Nutzung regenerativer Energien wird trotz des vorhandenen Potenzials bislang nicht wirklich vorangetrieben.

Klimawandel als Katalysator

Der Klimawandel stellt eine immer größere Bedrohung dar und wirkt wie ein Katalysator, der die bestehenden Probleme in der Stadt weiter beschleunigt. In den vergangenen dreißig Jahren hat die Zahl der Regentage um 1,1 Tage pro Jahrzehnt zugenommen und die durchschnittliche Temperatur ist gestiegen. Laut der Behörde für Meteorologie, Klimatologie und Geophysik (BMKG) lag 2016 ohne den El-Ninjo-Effekt der Vorjahre die Jahresdurchschnittstemperatur 1,2 Grad Celsius über dem Wert der vergangenen 25 Jahre. Bis 2035 wird ein Anstieg auf durchschnittlich 2 Grad erwartet. Die stetige Erwärmung wirkt sich auch auf die Verdunstung und damit die Niederschlagsmenge aus, die in den drei Bergregionen um Bogor im Süden Jakartas niedergeht und die das Risiko

für Überschwemmungen zusätzlich erhöht. Jakarta wird in Zukunft zu einer der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Städte in Südostasien gehören.

Meeresspiegelanstieg und Bodenabsenkung – eine fatale Kombination

Unabhängig von dem durch den Klimawandel verursachten Anstieg des Meeresspiegels dringt allein aufgrund absinkender Böden immer mehr Meerwasser in die Bucht von Jakarta ein. In manchen Gebieten der Stadt sinkt das Bodenniveau jährlich um 22-25 cm. Innerhalb von 10 Jahren ist der Boden in einigen Gebieten Nord-Jakartas um 2,5 m gesunken. Damit ist Jakarta laut dem World Economic Forum eine der am schnellsten sinkenden Städte weltweit. Dazu beigetragen haben die Entnahme von Grundwasser, die immer stärkere Verdichtung des Bodens, tektonische Faktoren, aber auch das Gewicht, das der Boden aufgrund der massiven und immer höheren Bebauung zu tragen hat. Die Entnahme von Grundwasser, beispielsweise für die Trinkwasserversorgung, den Betrieb von Sanitäranlagen oder für Bewässerung, stellt dabei einen ganz erheblichen Faktor dar. Von den rund zehn Millionen Einwohner*innen Jakartas sind nur 40 Prozent an die Trinkwasserversorgung angeschlossen. Die Mehrheit der Privathaushalte, aber auch Büros und Industrie entnehmen mithilfe von Pumpen legal oder illegal Grundwasser. Der sinkende Grundwasserspiegel in der wasserleitenden Gesteinsschicht führt allmählich zu einem Absinken des Bodens. Hinzu kommt die Last, die von Gebäuden und Infrastruktur auf den Boden wirkt.



© Dandhy Dwi Laksono

Gepaart mit dem Anstieg des Meeresspiegels, der durchschnittlich 6 mm pro Jahr beträgt, kommt es vor allem in den an der Küste gelegenen Stadtvierteln wie Kapuk, Muara Baru und Muara Angke zu regelmäßigen Überschwemmungen. In Muara Baru, das bereits rund einen Meter unterhalb des Meeresspiegels liegt, wurde daher an der Küste ein sechs Kilometer langer Damm errichtet, um das Gebiet vor eintretendem Wasser zu schützen. In den betroffenen Gebieten leben überwiegend Menschen mit niedrigem bis mittlerem Einkommen. Die ohnehin bereits von struktureller Armut Betroffenen sehen sich durch die Überschwemmungen nun zusätzlichen Belastungen ausgesetzt. Diejenigen, die am wenigsten zu den Ursachen für die Überschwemmungen beitragen, zahlen den höchsten Preis.

Das falsche Versprechen der Megaprojekte

Nun spitzt sich die Problematik des sinkenden Bodens noch durch den Anstieg des Meeresspiegels zu. Dies lässt sich eindrücklich an der Inselgruppe Pulau Seribu (Tausend Inseln) in der nördlichen Bucht von Jakarta beobachten. Das aus 180 Inseln bestehende Gebiet hat mit erheblichem Landverlust zu kämpfen. Von der Insel Onrust beispielsweise, die einst 40 Hektar maß, ragt heute nur noch die Hälfte aus dem Wasser. Heute ist die Insel von einem Betonwall und Wellenbrechern umgeben, um so den Landverlust zu verlangsamen. Um die Stadt vor dem Eindringen des Wassers zu schützen, plant die Regierung den Bau eines 35 Kilometer langen Damms entlang der Küste. An den Flussläufen sollen weitere Dämme mit 30 Kilometer Länge entstehen. Aber damit nicht genug, die Regierung hat noch ambitioniertere Pläne: Mit einem höchst kontrovers diskutierten Megaprojekt sollen an der Küste 5.100 Hektar Land gewonnen werden und ein Riesen-Damm („Giant Sea Wall“) errichtet werden. Bereits drei künstliche Inseln sind bislang entstanden, die vor allem den kommerziellen Interessen von Grundstücks- und Immobilienunternehmen dienen. Mittlerweile wurde ein Teil der Bautätigkeit gestoppt, nachdem sich die politischen Kräfteverhältnisse in Jakarta nach den Gouverneurs-Wahlen von 2017 geändert hatten.

2016 produzierten wir über diese Megaprojekt die Dokumentation „Rayuan Pulau Palsu“ („Die Verlockung der künstlichen Inseln“). Die Regierung versuchte, die Landgewinnungsmaßnahmen damit zu rechtfertigen, dass diese Teil der Giant Sea Wall seien und die künstlich angelegten Inseln durch Straßen und den 35 Kilometer langen Deich mit Jakarta verbunden werden würden. Die Regierung verkaufte das Projekt damit, dass es die einzige Chance sei, Jakarta so vor dem Versinken zu bewahren.

Das Megaprojekt ist ein Affront gegen jeden gesunden Menschenverstand. Denn die Landgewinnung und die Bebauung dieser Inseln verschärfen die Probleme genau dort, wo die Flächen schon jetzt am sensibelsten sind. Der Bau der Giant Sea Wall würde so wie die Deiche entlang der Flüsse eine enorme Energieverschwendung bedeuten und Jakarta noch abhängiger vom dauerhaften Betrieb riesiger Pumpen machen. Darüber hinaus würde den Flüssen ihr natürlicher Ablauf ins Meer genommen werden.

Um doch noch Unterstützung für das Megaprojekt zu bekommen, versprach die Regierung, dass die Giant Sea Wall auch als Trinkwasserspeicher fungiere – auch dies eine Beleidigung für jeglichen Menschenverstand. Bis heute hat es die Regierung nicht geschafft, Trinkwasserleitungen aus dem Oberlauf der Flüsse, wo das Wasser relativ sauber ist, zur Verfügung zu stellen. Warum sollte nun ausgerechnet an den Flussmündungen Trinkwasser gefördert werden, wo doch dort die Schadstoffbelastung noch viel größer ist?

Verkehr und Energiegewinnung als Gesundheitsgefahr

In Südostasien weist Jakarta nach Hanoi die höchste Luftverschmutzung auf. Die durchschnittliche jährliche Feinstaubkonzentration der Partikelgröße PM 2,5 ist

in Jakarta viermal so hoch wie der von der WHO festgesetzte Grenzwert. Greenpeace Indonesia macht dafür vor allem den motorisierten Verkehr und die Steinkohlekraftwerke verantwortlich.

Die Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr sind in Jakarta völlig unzureichend. Im Gegenteil: Jakarta ist die liberalste Stadt, was die Privatisierung des Transportsektors angeht. In der Metropolregion Jabodetabek (Jakarta, Bogor, Depok, Tangerang und Bekasi) gibt es 4,4 Millionen Autos und 30 Millionen Motorräder. Täglich pendeln 3,5 Millionen Menschen morgens nach Jakarta und abends zurück in die umliegenden Städte. Weniger als die Hälfte der Pendler*innen nutzt dabei öffentliche Verkehrsmittel. Wie sehr sich der motorisierte Individualverkehr auf die Luftverschmutzung auswirkt, wurde zu Beginn der COVID-19-Pandemie deutlich, als wir Filmaufnahmen machten. Mit einem Mal konnte unsere Kamera blauen Himmel und grüne Bäume einfangen und die Gebäude erschienen in leuchtenderen Farben.

Ein weiterer Grund für die massive Luftverschmutzung sind die zahlreichen Kohlekraftwerke zu Energiegewinnung. Im Radius von 100 km ist Jakarta umgeben von acht Kohlekraftwerken mit insgesamt 22 Blöcken. Weltweit weist keine andere Stadt eine dermaßen hohe Dichte an Kohlekraftwerken in ihrem Umland auf. Man schätzt, dass die Kohlenkraftwerke für 33-38 Prozent der Luftschadstoffe in Jakarta verantwortlich sind. Gemessen an den Grenzwerten für Luftverschmutzung gelten 22 Tage pro Monat in Jakarta als ungesund. Im August 2019 erlangte Jakarta sogar den Titel als Stadt mit der schmutzigsten Luft weltweit. In unserem Film „Sexy Killers“ klären wir über die Folgen der durch die Kohlekraftwerke verursachten Luftverschmutzung auf. Bislang wurde der Film über 30 Millionen Mal auf YouTube angesehen. Geändert hat sich allerdings wenig. Die schmutzigen Kraftwerke werden weiterbetrieben. Die oligarchische Politik Indonesiens hat kein Interesse, daran etwas zu verändern. Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung wird den Profitinteressen untergeordnet.

Bereits vor der COVID-19-Pandemie hatte das Umweltministerium erklärt, dass 57 Prozent der Bewohner*innen Jakartas durch die andauernde Luftverschmutzung Gesundheitsschäden erleiden. Die Kosten für das Gesundheitssystem, die infolge der Luftverschmutzung entstehen, sind gigantisch.

Die beschriebenen Probleme, angefangen bei den Gefahren durch die Überschwemmungen, die sich durch den Meeresspiegelanstieg und die gleichzeitig absinkenden Böden sowie den Klimawandel immer weiter zu verschärfen drohen, bis zur Luftverschmutzung, lassen für die Zukunft Jakartas und ihre Bewohner*innen insgesamt nichts Gutes erahnen.

Dandhy Dwi Laksono ist Journalist und Dokumentarfilmer. Er lebt in Jakarta (Indonesien) und ist Mitbegründer von Watchdoc, einem Produktionshaus mit Hunderten Serien und Artikeln, sowohl für kommerzielle als auch soziale Plattformen. Er beschäftigt sich hauptsächlich mit Menschenrechts-, Umwelt-, Sozial- und Kulturfragen. Filme wie „Sexy Killers“, „Asymmetric“, „Alkinemokiyé“, „The Mahuzes“ oder „Samin vs. Semen“ werden in internationalen Foren öffentlich vorgeführt.



Neue Hauptstadt, alte Fehler

von Dandhy Dwi Laksono



© Dandhy Dwi Laksono

Die Hauptstadt Jakarta soll nach Kalimantan, den indonesischen Teil der Insel Borneo verlegt werden. Gemessen daran, wie Mega-projekte in der Vergangenheit durchgeführt wurden stehen Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen der ansässigen Bevölkerung und gravierende Umweltschäden zu befürchten.

Wegen wiederkehrender Überschwemmungen, der Gefahr von Erdbeben und Tsunamis, aber auch aufgrund militärstrategischer Überlegungen wurde in der Vergangenheit immer mal wieder über eine Verlegung des Regierungssitzes nachgedacht. Nach verschiedenen Anläufen in den vergangenen Jahrzehnten brachte Joko Widodo dieses Vorhaben nun erneut auf die Tagesordnung. Zwölf Tage nach der letzten Präsidentschaftswahl verkündete Jokowi seinen Plan, die Hauptstadt von Jakarta auf der Insel Java nach Ost-Kalimantan auf der Insel Borneo zu verlegen. Der ganze Prozess soll 2030 abgeschlossen sein. Die Ankündigung kam überraschend, denn während des Wahlkampfs war die Verlegung des Regierungssitzes nie Thema. Nicht einmal die Bevölkerung Borneos, die direkt oder indirekt in erheblicher Weise von dem Megaprojekt betroffen wäre, wurde zuvor in die Pläne eingeweiht oder dazu befragt. Bei der auserkorenen Region handelt es sich nämlich nicht etwa um unbewohntes Land oder um Waldgebiete. Verwaltungstechnisch besteht das Gebiet aus 72 Dörfern in 2 Landkreisen. Insgesamt 182.000 Menschen leben dort.

Blickt man zurück auf große Infrastrukturprojekte in der Vergangenheit, so wurden regelmäßig gängige Standards bei der Projektplanung nicht eingehalten, wie z.B. eine frühzeitige Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung sowie eine transparente und allgemeinverständliche Aufklärung über Umfang und mögliche Folgen eines Projekts.

Es wäre überraschend, würde bei diesem Megaprojekt plötzlich mehr Sorgfalt walten, zumal der Zeitplan für ein Projekt dieser Größenordnung durchaus ambitioniert ist.

Bevölkerung als Hindernis

Es ist zu befürchten, dass es im Zuge des Projekts zu zahlreichen Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen der ansässigen Bevölkerung kommen wird. In der Region leben heute noch 150 indigene Familien der Balik (Dayak), die bereits in der Vergangenheit Menschenrechtsverletzungen erleiden mussten. Nachdem in den 1960er Jahren die Waldwirtschaft in der Region Einzug gehalten hat und es in den folgenden Jahrzehnten im Rahmen der staatlich geförderten Transmigration zum Zuzug vieler Javaner*innen kam, wurden ihnen ihre angestammten Lebensräume zunehmend strittig gemacht.

Die Gefahr von Zwangsvertreibungen und die Möglichkeit, dagegen Rechtsmittel einzulegen, wird zudem verschärft durch eine mangelhafte Datenlage, was offizielle Besitzansprüche an Grund und Boden angeht. Die letzte Datenerfassung fand 1984 statt und die Grundstücke vieler relativ neu zugezogener Menschen sind noch nicht registriert. Bereits in der Initialphase des Megaprojekts scheiterten viele Bewohner*innen daran, ihre rechtmäßigen Ansprüche auf die von ihnen bewirtschafteten und bewohnten Grundstücke geltend zu machen.

Die Neufassung des Bodengesetzes regelt zudem in einer Klausel, dass wenn ein Grundstücksbesitzer keinen rechtsgültigen Nachweis über seinen Besitz darlegen kann, das Land automatisch dem Staat gehört.

Ganz anders ist die Situation für Bergbau- und Palmölunternehmen, die in der Region investiert haben. In dem Gebiet verfügen Megakonzerne über 162 Bergbaukonzessionen und Plantagen, deren Legalität weit eindeutiger ist, als die Besitzansprüche der Transmigrant*innen und der indigenen Bevölkerung.

Recherchen förderten zu Tage, wer sich hinter den Konzessionen verbirgt. Darunter ist unter anderem Hashim Djojohadikusumo, der jüngere Bruder von Prabowo Subianto (Verteidigungsminister und Rivale Joko Widodos in der letzten Präsidentschaftswahl, bevor er sich der Regierungskoalition angeschlossen hat) zu finden. Weiterhin Binsar Panjaitan, ein Geschäftspartner der Familie Joko Widodos für die Firma PT Rakabu Sejahtera. Und Sukanoto Tanoto, Besitzer von Palmölplantagen unter der Fahne von Radja Garuda Mas. Außerdem Yusril Ihza Mahendra, ehemaliger Minister für Justiz und Menschenrechte sowie Rechtsberater des Wahlkampfteams von Präsident Joko Widodo und Ma'ruf Amin.

Man kann davon ausgehen, dass diese Konzerne im Gegensatz zur „normalen“ Bevölkerung nicht leer ausgehen werden, sondern üppige Entschädigungszahlungen oder Ersatzkonzessionen aushandeln werden. Für den Erwerb der für die neue Hauptstadt veranschlagten Fläche von über 180 Tausend Hektar (der Fläche Jakartas entsprechend) wurden bislang 466 Billionen indonesische Rupien veranschlagt.

Ökologische Risiken

Wie hoch die ökologischen Folgekosten sind, lässt sich hingegen kaum beziffern. Das ganze Projekt birgt erhebliche ökologische Risiken. Das Planungsgebiet liegt zwischen dem Naturschutzgebiet Taman Hutan Rakyat Bukit Suharto und den unter Landschaftsschutz stehenden Wäldern Sungai Wain und Manggar, welche essentiell für die Wasserversorgung für fünf angrenzende Regionen ist.

Man kann sich der Befürchtung nicht erwehren, dass die neue Hauptstadt am neuen Standort genau die Probleme wieder schaffen wird, die sie einst in Jakarta hinterlassen hat. Denn die Faktoren, die die Probleme verursacht haben, werden sich nicht ändern: Vernachlässigung des Fokus auf nachhaltige und umweltfreundliche Bauweise, eine Stadtplanung die durch die Interessen des Kapitals, nicht jedoch der Bedürfnisse der Bewohner*innen geleitet ist.

So wird man, nachdem der Wald abgeholzt, die Flüsse begradigt und mit Deichen versehen und das Grundwasser abgepumpt ist, sich bei der neuen Hauptstadt auf eine weitere Episode verfehlter Stadtplanung gefasst machen können, wie man sie bereits anhand Batavias oder dem heutigen Jakarta studieren kann.

Dies allerdings nur, wenn als Folge der Umweltzerstörung und der Ausrottung von Wildtieren keine gravierendere Pandemie ausbricht. Denn das immer stärkere Vordringen in die letzten Lebensräume von Wildtieren ist ein entscheidender Faktor bei der Entstehung von Zoonosen.



© Dandhy Dwi Laksono



„Save Kendeng“

Der anhaltende Widerstand gegen die Errichtung einer Zementfabrik im Kendeng-Karstgebirge

von Josephine Sahner



© JMPPK

Im Sommer 2016 nahm die indonesische Aktivistin Suciwati zu Watch Indonesia! Kontakt auf und berichtete, was in der Region Pati in Zentraljava, am Fuße des Kendeng-Karstgebirges, vor sich geht. Suciwati, die Witwe des Menschenrechtsverteidigers Munir, wurde von der Gruppe der Samin (auch Sedulur Sikep, „die freundlich Gesinnten“) kontaktiert, da diese eine Verbindung nach Deutschland suchten. Die Vertreter*innen der Samin erzählten ihr, dass das Unternehmen Indocement unter deutscher Beteiligung den Bau einer Zementfabrik im Kendeng-Karstgebirge plane. Zu diesem Zeitpunkt, als diese Informationen durch Suciwati zu uns nach Deutschland getragen wurden, war die Protestbewegung der lokalen Bevölkerung in Pati bereits in vollem Gange. Nach ersten Recherchen und Austausch entschloss sich Watch Indonesia! gemeinsam mit der Südostasien-Informationsstelle dazu, dafür zu sorgen, dass die Anliegen der Samin nach Deutschland getragen werden und der deutsche Mutterkonzern von Indocement, die HeidelbergCement AG, mit den Vorwürfen aus Indonesien konfrontiert wird. Das transnationale Solidaritätsnetzwerk „Save Kendeng“ wurde geboren und besteht seit nunmehr über vier Jahren. Es setzt sich dafür ein, dass die Stimmen aus Indonesien in Deutschland gehört werden, aber auch dafür, dass das Thema Zementindustrie und die Folgen für das globale Klima in den öffentlichen Diskurs gelangen.

Die Protestbewegung in Indonesien

Das Kendeng-Karstgebirge liegt im Norden von Zentraljava. Karstgebirge stehen eigentlich nach indonesischem Recht unter Schutz, da sie vielfältige Ökosystemfunktionen und -leistungen übernehmen. Karstgestein speichert beispielsweise Regenwasser und Kohlenstoffdioxid, und die Gesteinsformationen beherbergen Höhlen, Quellen und unterirdische Flüsse. Die natürlichen Karstlandschaften bieten auch der Flora und Fauna unterschiedlichste Habitate, die sie zu einzigartigen Lebensräumen machen.

Die Region am Kendeng-Karstgebirge wird als „Reisschale Javas“ bezeichnet. Die zum großen Teil kleinbäuerlich betriebene Landwirtschaft ist abhängig von dem Wasser, dessen Zufuhr durch das intakte Ökosystem des Karstgebirges gewährleistet wird. Würde die Wasserzufuhr aus dem Kendeng-Karstgebirge versiegen, würde das die Lebensgrundlage eines großen Teils der lokalen Bevölkerung entziehen und somit weitreichende sozio-ökonomische Folgen haben.

Es verwundert also nicht, dass, seitdem die Pläne für den Bau einer Zementfabrik im Landkreis bekannt geworden sind, der lokale Widerstand begonnen hat sich zu formie-



© JMPPK

ren. Dieser Zusammenschluss besteht seit 2006, als das Unternehmen Semen Gresik erstmals plante, ein Zementwerk im Bezirk Pati zu errichten. Die Bürger*inneninitiative JMPPK (Jaringan Masyarakat Peduli Pegunungan Kendeng, „Netzwerk der Menschen, denen das Kendeng-Gebirge am Herzen liegt“) gründete sich aus den Bauern und Bäuerinnen der umliegenden und vom Bau-

vorhaben betroffenen Dörfer. 2009 klagte JMPPK gegen das Unternehmen und gewann. Dieser Sieg von JMPPK gegen ein von der Regierung unterstütztes Großunternehmen ist als Novum für die sozialen Bewegungen in Indonesien zu betrachten.

Was darauf folgte ist ein klares Signal von Seiten der Provinzregierung. Sie änderte 2010 per Gesetz den Status des Karstgebietes, woraufhin ca. 5.000 Hektar des Schutzgebietes für Bergbau und Industrie freigegeben wurden. Zwar zog sich Semen Gresik (später Semen Indonesia) 2012 aus dem Gebiet zurück, aber direkt im Anschluss erhielt das Unternehmen Indocement die Genehmigung für den Bau einer Zementfabrik in Pati. Nach dem Rückzug aus Pati begann Semen Gresik 2014 im benachbarten Rembang mit dem Bau einer Zementfabrik. In den folgenden Jahren kommt es zu weiteren Gerichtsverfahren, in denen JMPPK den Unternehmen Indocement und Semen Indonesia unter anderem vorwirft, die lokale Bevölkerung nicht ausreichend eingebunden zu haben. 2016 verliert Semen Indonesia vor Gericht, fährt aber mit dem Bau der Zementfabrik in Rembang ohne offizielle Genehmigung fort. Wie schon 2010 setzt die Regierung ein unmissverständliches Zeichen und der Gouverneur von Zentraljava stellt Anfang 2017 eine neue Genehmigung für Semen Indonesia und den Bau der Fabrik in Rembang aus. Der Gouverneur agierte hier in einer gesetzlichen Grauzone. Die Konsequenzen dieser Entscheidung wird die lokale Bevölkerung tragen müssen.

Indocement gewann 2016 in Revision gegen JMPPK vor dem Obersten Gerichtshof und setzte die Planung des Fabrikbaus in Pati fort. Die Proteste verstärkten sich im selben Jahr. Am 12. April 2016 protestierten neun Frauen vor dem Präsidentenpalast in Jakarta. Sie kamen alle aus dem Kendeng-Gebirge und gossen ihre Füße in Zement. Sie wollten so ausdrücken, dass ihre (Handlungs-)Freiheit und ihr Leben massiv eingeschränkt würde, wenn die Zementfabrik gebaut wird. Die Aktivistinnen zogen auch vor die Deutsche Botschaft, um so an HeidelbergCement zu appellieren, die Verantwortung für das indonesische Tochterunternehmen zu übernehmen.



Gunarti auf der Aktionärsversammlung. © Anna Arthur

Die Proteste trugen Früchte und Vertreter*innen der JMPPK wurden vom indonesischen Präsidenten Joko Widodo empfangen. Jokowi sicherte den Aktivist*innen zu, ihre Anliegen zu prüfen und ordnet eine umfassen-

de strategische Umweltstudie (KLHS) an. Ein einjähriges Moratorium wurde angeordnet, währenddessen die Bauarbeiten ruhten und die Umweltstudie durchgeführt wurde. Im März 2017 flammten die Proteste erneut auf, da das Moratorium nicht eingehalten wurde. Die Aktivist*innen rund um die JMPPK zogen erneut nach Jakarta vor den Präsidentenpalast und harrten dort zehn Tage mit einzementierten Füßen aus. Die Proteste erregten große Aufmerksamkeit und vielerorts in Indonesien kam es zu Solidaritätsaktionen. Auch der Widerstand gegen Abbaupläne in anderen Regionen von Indonesien war zu verzeichnen.

Die von der Regierung in Jakarta angeordnete Umweltstudie (KLHS) kam 2018 zu dem Ergebnis, dass kein Bergbau im Kendeng-Karstgebirge betrieben und, im Gegenteil, Maßnahmen zur Erhaltung des Karstökosystems vorangetrieben werden sollten. Bis heute hat sich Indocement jedoch nicht aus dem Gebiet in Pati zurückgezogen. Die Proteste der betroffenen lokalen Bevölkerung und der JMPPK in Indonesien dauern seit nunmehr 14 Jahren an. Dieses Durchhaltevermögen ist bewundernswert und verdient größten Respekt. Ihr Protest ist seitdem immer friedlich, kreativ und energisch und wird überwiegend von Frauen getragen. Neben den direkt vom Bauvorhaben betroffenen Menschen haben sich im Laufe der Jahre auch viele andere, z.B. nichtlokale Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen, solidarisch gezeigt und unterstützen die Menschen am Fuße des Kendeng-Gebirges. Im Dezember 2018 wurde den Samin der renommierteste indonesische Menschenrechtspreis *Yap Thiam Hien Award* verliehen. Das Jurymitglied Yosep Stanley begründete die Preisverleihung so: „Sie haben einen großen Beitrag dafür geleistet, die Umwelt zu schützen. Sie werden geehrt, weil sie mithelfen, Mutter Erde zu erhalten“. Unterdessen geht der Widerstand der JMPPK weiter und seit 2017 werden ihre Stimmen auch in Deutschland gehört.

Die Unterstützung in und aus Deutschland

Im April bis Mai 2017 ist Gunarti, eine Vertreterin der JMPPK und angehörige der indigenen Samin, nach Deutschland gereist und konnte während einer Veranstaltungsreihe in 10 Städten den Widerstand der lokalen Bevölkerung gegen die Zementindustrie in die Öffentlichkeit tragen. Begleitet wurde sie von der Südostasien-Informationsstelle, Watch Indonesia! und teils auch vom indonesischen Filmemacher Dandhy Laksono, dessen Dokumentarfilm *Samin vs. Semen* („Samin vs. Zement“) Gunartis Worte stützten.

Durch das Engagement des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre war es Gunarti möglich, auf der jährlichen Aktionärsversammlung der HeidelbergCement AG am 10. Mai 2017 in der Heidelberger Stadthalle zu sprechen. In ihrer Rede appellierte sie an den Vorstand von HeidelbergCement und die Aktionär*innen, sich aus Pati zurückzuziehen. Watch Indonesia! und die Südostasien-Informationsstelle und wiesen bei der Aktionärsversammlung zudem darauf hin, dass HeidelbergCement die Leitsätze der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) verletzt und Verantwortung für das Handeln des indonesischen Tochterunternehmens übernehmen muss. Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen sind

ein Verhaltenskodex für weltweit verantwortliches Handeln und stellen Empfehlungen von Regierungen an die Wirtschaft dar. Während Gunarti bei der Versammlung sprach, zeigten sich vor der Stadthalle Aktivist*innen solidarisch und zementierten ihre Füße nach indonesischem Vorbild ein.

Seither wird in Deutschland zu den jährlichen Aktionärsversammlungen der HeidelbergCement AG zu Protesten vor Ort aufgerufen. 2018 hat der indonesische Aktivist Mokh Sobirin auf der Aktionärsversammlung gesprochen und auch hier gab es eine Einzementierungsaktion in Heidelberg. Parallel dazu gab es Aktionen in Jakarta und Aktivist*innen in beiden Ländern waren über einen Livestream verbunden.

Das Netzwerk „Save Kendeng“ wächst und zur diesjährigen virtuellen Aktionärsversammlung von HeidelbergCement fanden sich über 200 Menschen vor der neuen Firmenzentrale ein. Die Proteste wurde getragen von Fridays for Future, und NGOs / Bündnisse wie Robin Wood, die Grüne Jugend, Extinction Rebellion und Wurzeln im Beton beteiligten sich. Der Fokus liegt längst nicht mehr nur auf Kendeng, sondern befasst sich vor allem auch mit der Frage der Auswirkung der Zementproduktion auf das globale Klima sowie mit Menschen-, Indigenen- und Völkerrechtsvergehen, die durch HeidelbergCement und seine Tochterunternehmen überall auf der Welt begangen werden.

Der Heinrich-Böll-Stiftung und Inclusive Development International (IDI) ist es zudem gelungen, von anderer Seite auf die HeidelbergCement AG Druck aufzubauen: Am 3. Juni 2020 wurde im Namen der JMPPK eine Beschwerde gegen den privatwirtschaftlichen Zweig der Weltbank eingereicht wegen indirekter Finanzierung einer potenziell verheerenden Kalksteinmine und Zementfabrik von HeidelbergCement in Zentraljava. Diese blieb zwar erfolglos, aber eine weitere Beschwerde wurde am 9. September 2020 bei der Nationalen Kontaktstelle des Bundeswirtschaftsministeriums gegen HeidelbergCement eingereicht, da diese die OECD-Leitsätze in Zentraljava nicht einhielten. Wie erfolgreich diese sein wird, bleibt abzuwarten. Sollte von der Kontaktstelle entschieden werden, sich der Beschwerde anzunehmen, kann das Verfahren in einem Mediationsprozess münden, wirkliche Sanktionen hat HeidelbergCement allerdings nicht zu befürchten.



© Save Kendeng

Fazit

Der Widerstand in Indonesien und Deutschland ist ungebrochen. Die Samin, JMPPK und ihre Unterstützer*innen in Indonesien werden weiter die Provinzregierungen und die Nationalregierung in Jakarta an ihre Pflichten erinnern und die Einhaltung von geltendem Recht fordern. Wir in Deutschland werden weiter unserer Verpflichtung nachkommen und auf den Kendeng-Fall aufmerksam machen und HeidelbergCement mit allen unseren Mitteln unter Druck setzen. Das Netzwerk wächst, Kendeng ist leider nur ein Fall unter vielen, die zeigen, dass die Profitgier der HeidelbergCement AG über der Verantwortung steht, die sie als multinationaler Großkonzern trägt. Als transnationales Solidaritätsnetzwerk „Save Kendeng“ fordern wir von HeidelbergCement und seinem Tochterunternehmen Indocement den Rückzug aus dem Kendeng-Karstgebirge. Wir sind bereit, weiter für die Rechte der Menschen im Bezirk Pati in Zentraljava einzustehen und sie zu unterstützen, bis wir unser Ziel erreicht haben.

Kendeng Lestari!

Josephine Sahner ist Umwelt- und Klimareferentin bei Watch Indonesia!. Sie ist promovierte Biologin und begleitet die Save Kendeng Kampagne in Deutschland seit ihren Anfängen 2017.

Warum sich HeidelbergCement aus dem Kendeng-Gebirge zurückziehen muss

- Die Errichtung der Zementfabrik hat massive Folgen für die Natur und Menschen vor Ort.
- Die UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte werden verletzt.
- Die FPIC (Free Prior and Informed Consent)-Prinzipien werden nicht umgesetzt und somit werden die UN-Leitlinien zum Schutz Indigener missachtet.
- Die OECD-Leitsätze für multinationale Konzerne werden verletzt.
- Die Ergebnisse der Umweltstudie (KLHS) der indonesischen Regierung werden in Entscheidungsprozessen nicht berücksichtigt.
- In Indonesien gibt es bereits jetzt eine Überproduktion an Zement. Bei der geplanten Zementfabrik im Kendeng-Gebirge handelt es sich um bloße Standortsicherung.



Das Narrativ der Sicherheit und seine Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation in Papua

von Elvira Rumkabu

© Andreas Harsono

Das Sicherheitsnarrativ, das die Papuapolitik der indonesischen Regierung nach wie vor dominiert, ist mittlerweile zur größten Herausforderung für die Wahrung der Menschenrechte der papuanischen Bevölkerung geworden. Dieser Artikel erörtert, wie dieses Narrativ, den sicherheitspolitisch geprägten Handlungsansatz der indonesischen Regierung bei der Reaktion auf die Dynamiken des Papua-Konflikts bestimmt. Anhand der Beispiele in Nduga (2018) und der Anti-Rassismus Proteste (2019) analysiert der Artikel die Auswirkungen der Sicherheitspolitik auf die Eskalation der Gewalt und die Menschenrechtssituation der Zivilgesellschaft in Papua.

Das Narrativ der Sicherheit als politisches Framing

Die Wahl Joko Widados zum Präsidenten im Jahr 2014 weckte Hoffnungen auf eine würdevolle Lösung des Papua-Konflikts. Die Häufigkeit von Jokowi's Besuchen in Papua und die Umsetzung verschiedener Infrastrukturprojekte schienen ein neues Paradigma für die Lösung des Papua-Konflikts zu implizieren. Das Aufbau- und Entwicklungsnarrativ ging jedoch nicht Hand in Hand mit der Verbesserung der Menschenrechtssituation der papuanischen Gesellschaft. Es begann mit schweren Menschenrechtsverletzungen in Paniai im Jahr 2014, bei dem vier papuanische Jugendliche getötet wurden. Die Einschränkung und Kriminalisierung der Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, willkürliche Verhaftungen von Studierenden und Aktivist*innen, Internetbeschränkungen, militärische Operationen in Nduga bis hin zu einer Reihe von Vorfällen im Zusammenhang mit Antirassismus-Protesten haben die lange Liste der Gewalt- und Menschenrechtsverletzungen in Papua noch länger gemacht.

Buzan, Waever und de Wilde¹ bieten einen neuen Rahmen für die Analyse von Sicherheitskonzepten an. In ihrem Konzept der „Versicherheitlichung“ legen sie dar, dass politische Eliten Probleme, die ursprünglich nichts mit Sicherheitsfragen zu tun haben, aber als bedrohlich wahrgenommen werden, häufig zu Fragen der nationalen oder inneren Sicherheit umdeuten. Eliten übertragen das Konzept der nationalen Sicherheit auf andere Bereiche,

die nicht direkt mit Sicherheitsfragen zusammenhängen. Diese „Versicherheitlichung“ ist laut Buzan ein Konstrukt, bei dem „the issue is presented as an existential threat, requiring emergency measures and justifying actions outside the normal bounds of political procedure“.² Vor diesem Hintergrund kann man die Fokussierung auf Sicherheit als extreme Form der Politisierung ansehen. Im Fall Nduga und der Antirassismus-Proteste erfolgte die Versicherheitlichung, indem die politischen Eliten mit Narrativen über Bedrohungen der Souveränität des Staates arbeiteten. Darauf aufbauend wurden das Framing des Separatismus eingesetzt, mit dem in beiden Fällen Menschenrechtsverletzungen legitimiert wurden. Mithin wurden beide Ereignisse lediglich als Sicherheitsfragen betrachtet und der Wahrung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit für die Zivilgesellschaft keine Beachtung geschenkt.

Der Fall Nduga

Der Vorfall in Nduga wurde durch die Erschießung von 18 Mitarbeiter*innen der Firma Istaka durch die Nationale Befreiungsarmee Westpapas (TPNPB/OPM) ausgelöst. Unmittelbar danach wies Präsident Jokowi den Oberbefehlshaber des Militärs und den Nationalen Polizeichef sofort an, die TPNPB/OPM „bis zu den Wurzeln“³ zu zerschlagen. Auch Jusuf Kalla, der damalige Vizeprä-

1 Barry Buzan, Ole Waever und Wilde (1998), *Security, A New Framework for Analysis*, S. 24-25

2 Barry Buzan, Ole Waever und Wilde (1998), *Security, A New Framework for Analysis*, S. 24-25

3 <https://www.bbc.com/indonesia/indonesia-46450499>

sident, bat Polizei und Militär, eine „massive Operation“⁴⁴ in Nduga durchzuführen. Bambang Susatyo, der Vorsitzende des Parlaments (DPR) sagte: „Über Menschenrechtsfragen sprechen wir erst, wenn das Problem gelöst ist.“⁴⁵ Diese Fokussierung auf Sicherheit ignorierte die Tatsache, dass es in Ndugaland auch eine Zivilgesellschaft gibt.

Die Versicherheitlichung der Nduga-Frage wurde durch eine vom Distrikt Nemangkawi koordinierte Strafverfolgungsoperation weiterverfolgt. Die Operation, die von einem gemeinsamen Team aus Polizei und Militär ausgeführt wurde, legitimierte erneut die Anwendung von Gewalt im Namen der staatlichen Souveränität und wiederholte die traumatischen Erfahrungen der Bevölkerung von Nduga.⁶

Die Hauptauswirkung der Versicherheitlichung des Konflikts zwischen dem indonesischen Staat und der TPNPB/OPM war, dass den Menschen in Ndugaland letztlich ihr Lebensraum genommen wurde. In seinem Untersuchungsbericht stellte das humanitäre Team des Verwaltungsbezirks Nduga fest, dass von Dezember 2018 bis Juli 2019 37.000 Menschen geflohen sind und in als sicher geltenden Orten wie Wamena, Asmat, Jayapura und Timika Zuflucht gesucht haben. Im Einzelnen setzt sich die Anzahl der Menschen, die aus jedem Bezirk geflohen sind, wie folgt zusammen: Mapendumak (4.276 Menschen), Mui (4.369 Menschen), Jigi (5.056 Menschen), Yal (5.021 Menschen), Mbulmu Yalma (3.775 Menschen). Darüber hinaus gibt es Flüchtlinge in den Bezirken Kagayem (4.238 Personen), Nirkuri (2.982 Personen), Inikgal (4.001 Personen), Mbua (2.021 Personen) und im Bezirk Dal (1.704 Personen).⁷ Aktuell gibt es auch 610 geflüchtete Schüler*innen, denen durch ihren Status als Binnenflüchtlinge ihr Recht auf Bildung vorenthalten wird.

Wegen der komplexen topografischen Bedingungen führten die Fluchtwege durch unwegsame Urwaldgebiete, in denen es sehr kalt war und keine Lebensmittel zur Verfügung standen. Die meisten verließen ihre Dörfer nur mit ihren Kleidern am Körper und viele wurden von ihren Familienmitgliedern getrennt. Viele Flüchtlinge starben an Krankheit und Hunger, weil sie wochenlang im Wald unterwegs waren.⁸ Die Kinder waren unterernährt und hatten Pilzinfektionen im Schritt, die ihnen das Stehen und Gehen erschwerten.⁹ Eine Mutter musste ihr Baby sogar unter einem Baum zur Welt bringen.¹⁰

Bis Juli 2019 gab es 182 Todesopfer: 69 erwachsene Männer, 21 erwachsene Frauen, 20 Jungen und 21 Mädchen. Dieser Konflikt hat auch zum Tod von 26 Kleinkindern geführt: 14 Mädchen und 12 Jungen. Des Weiteren starben 25 Babys: 17 Jungen und 8 Mädchen.¹¹

4 <https://nasional.kontan.co.id/news/jusuf-kalla-polisi-dan-tni-harus-operasi-besar-besaran-di-papua?page=all>

5 <https://www.medcom.id/nasional/peristiwa/3NOBXPXK-dpr-minta-ham-dikesampingkan-di-kasus-nduga>

6 https://www.sinarharapan.co/hukum/read/15975/operasi_nemangkawi_amankan_anggota_kkb_di_papua

7 <https://tirto.id/nestapa-nduga-selama-2019-37000-orang-mengungsi-241-orang-tewas-epPx>

8 <https://www.bbc.com/indonesia/indonesia-49113687>

9 Interview mit Vembri

10 <https://regional.kompas.com/read/2019/08/07/06110071/pengungsi-nduga-papua-melahirkan-di-tengah-konflik-senjata-dan-sang-anak?page=all>

11 <https://tirto.id/nestapa-nduga-selama-2019-37000-orang-mengungsi-241-orang-tewas-epPx>



Geschwüre an den Füßen eines Kindes im Camp. © Albertus Vembrianto

Yuliana Langowuyo, die Direktorin des Franziskanerordens Papua (SKPKC) beschreibt die Situation folgendermaßen:

„Das Militär ist immer noch sehr präsent im Ndugama-Land. Die Opfer haben Angst zurückzukehren, weil es für sie keine Sicherheitsgarantie gibt ... Das Militär ist auch Teil des öffentlichen Lebens geworden. Schulen und Gesundheitseinrichtungen wurden vom Militär übernommen. Die Soldaten geben jetzt Unterricht. Die Leute finden es gut, aber wir denken, es ist nicht gut.“¹²

Auch Kinder haben Angst und Trauma erlebt. Esther Haluk, freiwillige Koordinatorin von Nduga Pengungsi, erklärt:

„Ich habe es in unserer Kirche in Wamena gesehen, als ich nachmittags die Kinder im schulpflichtigen Alter besuchen wollte. Sie spielen in ihr Tun versunken. Aber als Leute kamen, die gestreifte Kleidung oder Polizeiuniform trugen, rannten die Kinder davon und versteckten sich. Sogar kleine Kinder sind schon traumatisiert.“¹³

Die Situation der Nduga-Flüchtlinge ist in der indonesischen Öffentlichkeit bisher weitgehend unbeachtet geblieben. Die unausgewogene Berichterstattung in den Medien konzentriert sich auf die Erschießung der Bauarbeiter, mit denen die Anwesenheit von Sicherheitskräften in Ndugamaland legitimiert wird. Die Zugangsbeschränkungen für Journalist*innen, das Fehlen unabhängiger Institutionen zur Überwachung gemeinsamer Operationen und das Fehlen einer Auswertung der Sicherheitspolitik von 2018 bis heute macht die Wahrung der Menschenrechte in Nduga schwer vorstellbar. Laut Randolph Collins (2001) macht auch die ungenügende Aufsicht über das Militär und dessen mangelnde Rechenschaftspflicht Gewalt unvermeidlich.¹⁴

Antirassismus-Proteste

Indonesiens Fixierung auf Sicherheit zeigte sich auch in der Reaktion auf eine Reihe von Antirassismus-Demonstrationen im Zeitraum vom August bis September 2019. Am 16. August 2019 waren 43 Papuanische Studierende in Surabaya von nationalistischen Gruppen und von Sicherheitskräften rassistisch angegangen worden. Daraufhin

12 Interview mit Yuliana Langowuyo, Jayapura, 1. August 2020.

13 Interview mit Esther Haluk, Jayapura, 5. August 2020

14 In <https://www.amazon.com/Initiating-Peace-Process-Papua-International/dp/1932728481>

kam es in fast allen Regionen Papuas zu Demonstrationen dagegen.¹⁵

Obwohl nur wenige Proteste in Aufruhr endeten, verfolgte die Regierung mittels verschiedener Maßnahmen einen repressiven sicherheitspolitischen Ansatz. Erstens wurden rund 6.000 zusätzliche Soldaten ohne das dafür vorgeschriebene Verfahren in die Provinz Papua entsandt.¹⁶ Durch die Betonung einer Gefährdung der Sicherheitslage legitimierte die politische Elite den eingeschlagenen Kurs. Infolgedessen wurden Truppeneinsätze ohne das gesetzlich vorgeschriebene Konsultationsverfahren mit dem Parlament (DPR) durchgeführt. Zweitens kam es in der Provinz Papua im Zeitraum vom 15. August bis Oktober 2019 zu willkürlichen Verhaftungen von insgesamt etwa 1.000 Aktivist*innen.¹⁷ Die meisten Festnahmen geschahen am 23. September 2019, als 753 Demonstranten verhaftet wurden, die ihrer Sorge Ausdruck verliehen hatten, dass außerhalb Papuas Studierende Opfer von Rassismus geworden waren.¹⁸ Die Festnahmen wurden ohne Einhaltung der im Strafgesetz vorgeschriebenen Verfahrenswege durchgeführt. Laut Emmanuel Gobay, Direktor der Rechtshilfestiftung Papua (LBH Papua), erhielt die Mehrheit der Familien der Aktivist*innen überdies keine Kopie der Haftbefehle.¹⁹ Diese wurden von der Polizei in der Regel erst weitergeleitet, nachdem alle polizeilichen Ermittlungsberichte (BAP) bereits erstellt waren.

Die gegen 69 Teilnehmer*innen der Antirassismus-Proteste erhobene Bezeichnung des Hochverrats nach Art. 106 des Strafgesetzbuchs stellt drittens eine Form der Politisierung der Meinungsfreiheit dar. Der Einsatz gegen Rassismus sollte als Kampf für die Menschlichkeit betrachtet werden, was vom Tatbestand Verrat sehr weit entfernt ist. Als Reaktion auf die Demonstrationen verlangsamte die Regierung viertens den Internetzugang ab dem 16. August und blockierte ihn vom 21. August bis September völlig. Sicherheitsüberlegungen wurden erneut zur Handlungsrationale der Regierung.²⁰ Diese Art der Politik stellt eine direkte Bedrohung für die Demokratie dar. Sie schneidet Papuas vom öffentlichen Raum, in dem über erlebte Diskriminierung und Ungerechtigkeit gesprochen werden kann, ab. Zusätzlich kam es zu Fällen von Einschüchterung gegenüber Aktivist*innen und ihren Familien, die von Gewalt begleitet waren, sowie zu gewalttätigen Handlungen zwischen Zivilist*innen mit Todesopfern und Erschießungen von Zivilist*innen in Deiyai,²¹ Timika, Jayapura, Fakfak und Wamena.²² Bis heute gibt es keine eingehenden Ermittlungen hierzu und der Staat kann nicht zur Rechenschaft gezogen werden.²³

15 <https://humanrightspapua.org/news/31-2019/469-west-papua-wide-anti-racism-protests-accompanied-by-violence-eight-protesters-killed-31-injured-during-crackdown-in-waghete>

16 <https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/397933/more-indonesian-troops-sent-to-attend-to-papua-uprising>

17 Laporan Pendampingan Hukum Tim Kuasa Hukum Koalisi Masyarakat Sipil Papua Untuk Semua (KoMaSi)

18 Ibid.

19 Interview mit Emmanuel Gobay, Jayapura, 13. August 2020.

20 <https://news.detik.com/berita/d-4691928/wiranto-kalau-papua-sudah-kondusif-5-september-internet-kembali-dibuka>

21 <https://tirto.id/rusuh-papua-di-deiyai-7-warga-sipil-tewas-tertembak-ehhB>

22 <https://www.thejakartapost.com/longform/2019/11/26/wamena-investigation-what-the-government-is-not-telling-us.html>

23 <https://tirto.id/usai-demo-papua-koalisi-rilis-data-korban-dugaan-pelanggaran-ham-eifk>

Fünftens gibt es aktuell immer noch keine Gerechtigkeit für die Opfer der zwischen August bis Dezember 2019 verübten Gewalttaten, seien diese von Sicherheitskräften oder von der Zivilist*innen verübt worden.

Folgen der Sicherheitsnarrative

Der Fokus auf innere Sicherheit hat verschiedene Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation in Papua. Erstens führt der sich wiederholende Kreislauf der Gewalt zu Menschenrechtsverletzungen. Die lange Geschichte der Straflosigkeit²⁴ und der institutionalisierten Gewalt im Militär- und Polizeiapparat machte den Kreislauf von Gewalt von August bis Dezember 2019 unvermeidlich. Zweitens verkennt der Sicherheitsfokus die menschliche und moralische Dimension des Papuafrage. Der Konflikt in Papua ist von großer Komplexität geprägt. Er darf nicht – koste es, was es wolle – auf einen simplen Antagonismus zwischen der *Organisation für ein freies Papua* (OPM) und dem indonesischen Staat reduziert werden. Aufgrund der Vielzahl von diskriminierenden Maßnahmen und politischen Richtlinien sind Rassismus und die Situation der Flüchtlinge zur Überlebensfrage geworden. Der Umgang damit muss daher auch mit einem dialogischen Ansatz erfolgen, der den Papua auf einer menschlichen Ebene begegnet. Drittens ersetzt die Fokussierung auf Sicherheit die „Vormachtstellung“ der Zivilgesellschaft mit der des Militärs. In den beiden oben beschriebenen Fällen wurde die Autorität der lokalen Regierungsbehörden durch die von Jakarta streng kontrollierten politisch dringlichen Sicherheitsmaßnahmen untergraben. Viertens zerstört das Sicherheitsnarrativ das Mitgefühl und die Solidarität der indonesischen Öffentlichkeit gegenüber Flüchtlingen und Antirassismus-Aktivist*innen. Das Narrativ, den Kampf der Papua ausschließlich im Bereich des Separatismus anzusiedeln, schürt Antipathie gegenüber den Papua bei der indonesischen Bevölkerung und fördert das Schweigen gegenüber den Ungerechtigkeiten.

Ob es gelingt, die Menschenrechte in Papua zu stärken, hängt stark davon ab, ob es Gerechtigkeit für die Opfer vergangener Menschenrechtsvergehen geben wird und ob weitere Gewalt zukünftig verhindert werden kann. Daher müssen die Bemühungen, die Situation in Papua zu verbessern, darauf gerichtet sein, dass die Regierung ihre Rechenschaftspflicht für frühere und gegenwärtige Menschenrechtsverletzungen wahrnimmt. Um den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen, muss zweitens die Deeskalation der Gewalt und der Abschied vom Sicherheitsnarrativ vorrangig auf der Agenda stehen. Beides sind Voraussetzungen für die Wahrung der Menschenrechte und Gerechtigkeit für die Bevölkerung Papuas. Die indonesische Regierung muss ermutigt werden, einen humanitären Ansatz zu priorisieren und den Sicherheitsansatz zu minimieren. Darüber hinaus muss Papua für Journalist*innen und unabhängige Organisationen geöffnet werden, damit die Informationen über die Komplexität der Papua-Frage transparent und die Menschenrechte gewahrt werden.

Elvira Rumkabu ist Dozentin an der Universitas Cenderawasih in Jayapura und Mitglied des Dewan Adat Papua (Rat für Papuaisches Gewohnheitsrecht).

24 <https://www.amnesty.org/en/documents/asa21/8198/2018/en/>



#PapuanLivesMatter-Bewegung als Chance für den Schutz der Menschenrechte in Westpapua

von Barbara Hillebrand

© Carole Reckinger

Westpapua umfasst die westliche Hälfte der Insel Neuguinea, die in ihrem östlichen Teil den Nachbarstaat Papua-Neuguinea bildet. Die Provinzen Papua Barat und Papua bilden Westpapua. Obwohl Westpapua sich im Zuge der Entkolonialisierung ab Mitte des 20. Jahrhunderts um Unabhängigkeit bemühte, gehört es seit dem 1. Mai 1963 zum indonesischen Staatsgebiet. Papuas sind täglichem Rassismus und Polizeigewalt ausgesetzt und sind mit multidimensionalen Entwicklungsdefiziten konfrontiert, besonders im Gesundheits- und Bildungssektor sowie in der Gleichberechtigung der Geschlechter. Im Zuge der #BlackLivesMatter-Bewegung in den USA bildete sich auch in Westpapua mit #PapuanLivesMatter eine Bewegung, die sich für den umfassenden Schutz der Menschenrechte für Papuas einsetzt. Sie bietet eine Möglichkeit, über die Grenzen Westpapas hinaus auf die seit Jahrzehnten andauernden und in den letzten Jahren weiter gestiegenen Menschenrechtsverletzungen und auf die Gewalt gegen Papuas aufmerksam zu machen. Internationale Aufmerksamkeit und nationaler zivilgesellschaftlicher medialer Druck sind ein entscheidender Weg, um den Schutz der Menschenrechte in Westpapua voranzubringen.

Indonesien im internationalen Menschenrechtssystem und seine Hürden

Auf der internationalen Ebene agieren allen voran die Vereinten Nationen (im Folgenden UN) als Akteur, der sich der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte verschrieben hat: „Die Achtung vor den Menschenrechten (...) für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen“.¹

Indonesien ist seit dem 28. September 1950 Mitglied der Vereinten Nationen. Am 8. Juni 2018 wurde Indonesien als nicht-ständiges Mitglied für die Periode 2019/2020 für zwei Jahre in den UN-Sicherheitsrat gewählt. Von den neun Internationalen Menschenrechtsübereinkommen und ihren insgesamt vier Zusatzprotokollen hat Indonesien zehn ratifiziert: die Anti-Folter-Konvention (1998), den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (2006), den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (2006), die Frauenrechtskonvention (1984), die Anti-Rassismus-Konvention (1999), die Kinderrechtskonvention (1990) und die Zusatzprotokolle über Kinder in bewaffneten Konflikten (2012) und über Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornografie (2012), die Behindertenrechtskonven-

tion (2011) und die Wanderarbeiterkonvention (2012). Die UN-Konvention gegen gewaltsames Verschwindenlassen, das Zusatzprotokoll zur Anti-Folter-Konvention und das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte mit dem Verbot der Todesstrafe sind bisher nicht von Indonesien ratifiziert worden. Zusätzlich gehört Indonesien auf der Bühne des internationalen Menschenrechtsschutzes mit der Wahl im Oktober 2019 seit 2020 dem UN-Menschenrechtsrat bereits zum fünften Mal an.

Die Zugehörigkeit zur UN und die Ratifizierung von internationalen Menschenrechtsabkommen wird in politikwissenschaftlichen Theorien oft als „*belonging to the club*“² und als „*tactical concession*“³ beschrieben. Der Staat nutzt die Ratifizierung als taktischen Schritt, um seine Rolle als Teil der internationalen Gemeinschaft, die Menschenrechte fördert, nicht angreifbar zu machen. Dass diese internationale Zugehörigkeit im Fall von Indone-

1 UN (1945). UN Charta, Art. 1 Nr. 3

2 Flockhart, Trine (2005). Socialization and Democratization: A Tenuous but Intriguing Link. In Flockhart, Trine (Hrsg.): Socializing Democratic Norms. The Role of International Organizations for the Construction of Europe. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 14

3 Risse, Thomas / Ropp, Stephen C. / Sikink, Kathryn (1999). The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change. New York: Cambridge University Press

sien auch Strahlkraft auf bilaterale Kooperationen hat, zeigt sich beispielsweise an den deutschen Rüstungsexporten nach Indonesien. So zählt Indonesien regelmäßig zu den Empfängerstaaten deutscher Rüstungsgüter mit den höchsten Einzelgenehmigungswerten – und das, obwohl Deutschland der Situation der Menschenrechte im Empfängerland besonderes Gewicht verleiht und das indonesische Militär seine Präsenz in Westpapua weiter erhöht. Das in Art. 2 Nr. 7 der UN-Charta geschützte Souveränitätsprinzip sichert dem Staat zusätzlich ein Nicht-einmischungsprinzip anderer Staaten in innerstaatliche Angelegenheiten zu. Das Souveränitätsprinzip stellt dem internationalen Menschenrechtssystem eine Hürde auf, wenn es darum geht, über die Förderung von international vereinbarten Menschenrechten hinaus auch den nationalen Schutz dieser Rechte einzufordern oder noch einen Schritt weiter, die Staaten dazu zu verpflichten. Indonesien hat sich in der Vergangenheit mehrfach auf seine Souveränität berufen und bisher nur 12 von 35 beantragten Besuchen von UN-Sonderberichterstattern zugelassen.⁴ Ebenso wenig zählt Indonesien zu den 126 Staaten, die eine ständige Einladung als eine offene Einladung zu allen thematischen UN-Sonderverfahren ausgesprochen haben⁵ und erschwert dadurch ein internationales Monitoring der Menschenrechte in Indonesien.

Papuas streben nach politischen Veränderungen

Die 1945 in Kraft getretene Verfassung von Indonesien orientiert sich an dem Staatsmotto „Einheit in Vielfalt“ und verankert Menschenrechte auf nationaler Ebene ab Art. 28. Allerdings sind ihnen staatsorganisationsrechtliche Aspekte wie beispielsweise die Rolle des Präsidenten als Exekutive oder Regelungen zu Wahlen und Finanzen vorangestellt.⁶ In dem Gesetz 21/2001 über die Sonderautonomie Westpapas finden die Menschenrechte bereits an zweiter Stelle Erwähnung und der Papua-Bevölkerung werden „Menschenrechte, religiöse Werte, Demokratie, Recht, kulturelle Werte (...) und das Recht (...), die Ergebnisse der Entwicklung gerecht zu genießen“ zugesprochen. Die Umsetzung dieser rechtlich national geförderten Menschenrechte zu national geschützten Menschenrechten in Westpapua scheitert jedoch in Teilen seit vielen Jahren. Anstatt die Hoffnungen der Papuas zu erfüllen, wuchs in den Jahren der Sonderautonomie, Rassismus und Ungleichheit in Westpapua, so der regionale Kirchenrat in Papua in einer öffentlichen Erklärung vom Juli 2020. Trotz der Vielfältigkeit der Bevölkerung Westpapas mit über 250 indigenen Bevölkerungsgruppen mit eigenen Sprachen und Traditionen eint die Papuas ihre Erfahrungen mit Menschenrechtsverletzungen, Marginalisierung und Rassismus. Der Freedom House Index 2020 klassifiziert Indonesien als „partly free“⁷ und dokumentiert Defizite in den Bereichen der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten mit mangelhafter politischer

Pluralität, Formen von Korruption, Einschränkung der Religionsausübung oder in der Ablehnung von Religion, Beschränkungen der Versammlungsfreiheit sowie der Straflosigkeit militärischer Gewalt, Ungleichbehandlung und dem mangelhaften Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen. Etliche dieser Demokratiedefizite zeigen sich in Westpapua. Das stellte auch das indonesische Zentrum für Statistik (BPS) in einer Studie von 2020 fest. Demnach sind Papua und Papua Barat die Provinzen mit dem niedrigsten Demokratieindex. Papua Barat weist laut des BPS mit unter 60 Punkten den niedrigsten Demokratieindex in ganz Indonesien auf. Die Provinz Papua erreichte den vorletzten Platz mit einem Demokratieindex von 65,25, der als „moderate Demokratie“ kategorisiert wurde. Beide Provinzen liegen immer noch weit unter dem nationalen Durchschnitt von 74,92 Punkten (unter 60 Punkte klassifizieren eine Demokratie als „mangelhaft“, 60-80 Punkte bezeichnen eine Demokratie als „moderat“ und über 80 Punkte vergeben einer Demokratie das Merkmal „gut“). Der höchste Index wurde in Indonesiens Hauptstadt Jakarta mit 88,29 Punkten erreicht. Auch der Human Development Index ist in beiden Provinzen Westpapas niedriger als in anderen indonesischen Provinzen. Die Bevölkerung leidet unter einem mangelnden Zugang zu qualitativer Bildung oder zu Gesundheitseinrichtungen und die Frauen erleben in ihrem Alltag geschlechtsspezifische Stigmatisierungen und Gewalt. Der mangelhafte Schutz der Menschenrechte in Westpapua und die Ungleichbehandlung der Papuas zeigt sich auch in der vermehrten Zerstörung des Regenwaldes, die den Papuas ihre ursprüngliche Lebensgrundlage raubt und die Abhängigkeit von industriellen Nahrungsmitteln erhöht. Die Ausübung des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird häufig von physischer Einschüchterung und Brutalität begleitet. Die britische Menschenrechtsorganisation TAPOL zählte im Jahr 2019 1.348 willkürliche Verhaftungen, von denen die meisten während und nach den Anti-Rassismus-Protesten im August und September 2019 stattfanden. Darüber hinaus dokumentierte TAPOL 86 Anklagen wegen Hochverrats und mindestens 26 Fälle von Belästigung und Einschüchterung durch den indonesischen Sicherheitsapparat. Die International Coalition for Papua (ICP) berichtete von 133 Fällen von Folter und Misshandlung in 2019 und von mindestens 33 Fällen von außergerichtlichen Tötungen im selben Jahr, von denen bis auf einen Fall alle ethnische Papuas waren. Auch befinden sich derzeit mehr als 40.000 Papuas im eigenen Land auf der Flucht – ohne politische Hilfsangebote und humanitäre Unterstützung. Die Papuas fordern von Jakarta seit Jahren politische Unabhängigkeit und eine Stärkung ihrer politischen und bürgerlichen Rechte. Die Bestrebungen der Papuas richten sich darauf, dass der reine Entwicklungs- und Infrastrukturansatz Jakartas in Westpapua durch politische Lösungen ergänzt wird. Dazu muss das Narrativ Jakartas von Westpapua als Region mit Entwicklungsdefiziten aufgelöst und die politische Geschichte mit der aus Sicht der Papuas fortdauernden Kolonialisierung ebenso anerkannt werden wie der Rassismus gegen Papuas als eine Ursache für den mangelnden Schutz der Menschenrechte und für die Entwicklungsprobleme in Westpapua. Ein von einer neutralen Partei moderierter Dialog zwischen den Konfliktparteien ist ein dafür von den Papuas

4 OHCHR (2020). View Country visits of Special Procedures of the Human Rights Council since 1998. Indonesia. <https://spinternet.ohchr.org/ViewCountryVisits.aspx?visitType=all&Lang=enk>

5 OHCHR (2020a). Standing invitations. <https://spinternet.ohchr.org/StandingInvitations.aspx?lang=en>

6 Im Gegensatz hierzu das deutsche Grundgesetz, in dem die Menschenrechte an erster Stelle stehen.

7 Freedom House (2020). Indonesia. <https://freedomhouse.org/country/indonesia/freedom-world/2020>

gewünschter Weg für einen Friedensansatz. Dies forderte auch der regionale Kirchenrat in Papua im Juli 2020 öffentlich. Die Gründung politischer Parteien und die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission werden von den Papuas ebenso eingefordert wie das straffreie Hissen der Morgensternflagge (repräsentiert seit dem 1. Dezember 1961 die Unabhängigkeit Westpapas) und die gerichtliche Verfolgung von Gewalt gegen Papuas.

#PapuanLivesMatter und zivilgesellschaftlicher medialer Aktivismus als Chance für den Schutz der Menschenrechte

Politische Veränderungen und der allgemeine Schutz der Menschenrechte für Papuas sind von dem Umgang mit Rassismus gegen Papuas abhängig. In Westpapua existiert seit vielen Jahrzehnten eine Form von Rassismus, die sich wie in den USA gegen Personen richtet, die eine dunklere Hautfarbe haben. Im Alltag erfahren Papuas eine Behandlung als Bürger*innen zweiter Klasse. Sie werden als „Schwein“, „Tier“, „Affe“ und „Hund“ bezeichnet und sind täglicher Gewalt und Ungleichbehandlung ausgesetzt. Auch in Städten außerhalb von Westpapua erfahren die Papuas immer wieder Diskriminierung und Stereotype. Im August 2019 führte ein Polizeieinsatz unter unverhältnismäßig eingesetzter Gewalt gegen 43 papuanische Studierende in der ostjavanischen Stadt Surabaya zu landesweiten Anti-Rassismus-Protesten. Ausbrüche von rassistisch motivierter Gewalt zwischen indigenen Papuas und durch das Transmigrationsprogramm der indonesischen Regierung angesiedelter Binnenmigrant*innen sowie gewalttätiges Einschreiten von Sicherheitskräften bei Demonstrationen forderten in weniger als einem Monat insgesamt 59 Todesopfer. Die Gerichtsprozesse nach den Unruhen vermochten es nicht, Gerechtigkeit für die Opfer und deren Familien herzustellen. Unverhältnismäßig niedrige Strafen für die Täter, die strafrechtliche Verfolgung von Demonstrant*innen sowie die Kriminalisierung von politischen Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen verstärkten bei vielen Papuas bereits bestehende Gefühle von Wut und Ärger. Der fehlende politische Konfliktlösungsprozess hat das Protestbedürfnis der Papuas weiter erhöht.

Neue Beachtung für die Situation der Papuas kam durch die weltweite *#BlackLivesMatter*-Bewegung auf, die nach dem in den USA durch Polizeigewalt verursachten Tod von George Floyd auch die Papuas darin bestärkt, die Forderung nach *#PapuanLivesMatter* über Papua hinauszutragen. *#PapuanLivesMatter* setzt wie *#BlackLivesMatter* einen Fokus auf den allgemeinen Schutz der Menschenrechte und fordert ein Ende der rassistisch motivierten Polizei- und Militärgewalt in Westpapua.

Die koloniale Vergangenheit Indonesiens wie auch die gesellschaftspolitischen Strukturen, aber auch die Medien und die Kosmetikindustrie tragen dazu bei, dass helle Haut als erstrebenswert betrachtet und schwarze Haut stark stigmatisiert wird. Die *#BLM*- und *#PLM*-Bewegungen sprechen diese Stigmatisierung an. Erstmals in der Geschichte erfahren die Papuas jedoch auch Unterstützung aus anderen Teilen Indonesiens. Insbesondere junge Indonesier*innen, die sich in den sozialen Netzwerken austauschen und informieren, sehen eine Verbindung zwischen *#BLM* und *#PLM* und stellen sich hinter die Bewegung. Auch prominente Künstler*innen und

Menschenrechtsaktivisten*innen haben *#PLM* unterstützt und sind zum Teil selbst Opfer von Anfeindungen geworden. So musste die neuseeländische Miss Universe 2019, Diamond Langi, ihre Social Media Accounts stilllegen, nachdem sie zehntausende Nachrichten mit Beschimpfungen und Drohungen erhielt. Langi hatte sich in einem Video für Westpapua eingesetzt, woraufhin eine Flut von digitalen Angriffen gegen sie einsetzte.

Die Menschenrechte in Westpapua und der Rassismus werden durch die Verbindung zwischen *#BlackLivesMatter* und *#PapuanLivesMatter* zum ersten Mal mit einer weltweiten Bewegung verbunden. Die Menschenrechtsverteidigerin Veronica Koman beurteilt diese Entwicklung als „überwältigend“ und als Inspiration gerade für junge Indonesier*innen, Fragen zu stellen und das Bewusstsein für Papua zu erhöhen.⁸ Das geforderte Ende von Rassismus gegen Papuas, das Streben der Papuas nach politischen Veränderungen und die Forderung nach dem allgemeinen Schutz der Menschenrechte in Westpapua bekommen durch die *#PapuanLivesMatter*-Bewegung einen Namen.

Nutzung digitaler Medien während der Corona-Pandemie birgt Chancen

Die durch die Corona-Pandemie zunehmende Relevanz digitaler Medien bietet auch Chancen, die Aufmerksamkeit für die Situation der Menschenrechte in Papua zu erhöhen. Durch die verstärkte Nutzung sozialer Medien sowie der Entstehung neuer Webseiten und Durchführung von Webinaren können mehr an der Menschenrechtssituation in Papua Interessierte erreicht werden. Gleichsam entfällt die unmittelbare physische Kontrolle durch die Sicherheitskräfte – obwohl es auch hier bereits erste Störversuche durch Unbekannte gab, digitale Veranstaltungen zu unterbrechen. Da ausländischen Journalisten*innen die Einreise nach Westpapua weiter erschwert bleibt, erweisen sich digitale Formate, die von Papuas selbst mit Informationen bespielt werden, von besonderer Relevanz, um über die Menschenrechtssituation und über die Marginalisierung von Papuas national und international zu informieren.

Durch *#PapuanLivesMatter* ist der Rassismus gegen Papuas mehr zu einem nationalen und internationalen Thema geworden. Mit der verstärkten Nutzung sozialer Medien erhält die öffentliche Sphäre innerhalb und außerhalb Indonesiens ein neues Gesprächsformat, das der indigenen Bevölkerung Westpapas mehr Möglichkeiten für einen gewaltfreien Widerstand eröffnet. Mit dieser Art des friedlichen Protests kann es gelingen, ein höheres Maß an demokratischer Qualität und Stabilität zu erreichen und damit die Chance auf einen besseren Schutz der Menschenrechte in Westpapua zu erhöhen.

Barbara Hillebrand ist Koordinatorin des Westpapua-Netzwerks. Sie studierte Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen. Das Westpapua-Netzwerk setzt sich seit Mitte der 1990er Jahre für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in Westpapua ein: www.westpapuanetz.de

8 Foreign Policy (16.6.2020). Black Lives Matter in Indonesia, Too. <https://foreignpolicy.com/2020/06/16/black-lives-matter-papua-indonesia/>; US News (5.6.2020). Black Lives Matter Rallies Papuan Activists in Indonesia. <https://www.usnews.com/news/world/articles/2020-06-05/black-lives-matter-rallies-papuan-activists-in-indonesia>

DENGARKAN SUARA KORBAN: MENGUNGKAP MASA LALU, MENATA MASA DEPAN

LHOKEUMAWA, 16 - 17 JULI 2019



Die Vergangenheit in der Gegenwart

Der lange Kampf für Gerechtigkeit in Aceh

von Evi Narti Zain

© AJAR

Fast 30 Jahre befand sich Aceh „im Krieg“, einem Widerstandskampf mit dem Ziel, die Kolonialisierung durch Java/Jakarta zu beenden. „Aceh merdeka, Aceh ist frei“, wurde im Dezember 1976 erklärt. Dies war der Beginn der Widerstandsbewegung Aceh Merdeka (AM), die sich später Bewegung Freies Aceh (GAM) nannte. Die AM/GAM wollte auf unterschiedliche Weise die Befreiung Acehs erreichen. Die juristische Aufarbeitung der während der Dauer der Auseinandersetzungen verübten Menschenrechtsvergehen bleibt bis heute aus.

Politischer Kontext der Menschenrechtsverletzungen

Von 1989 bis 1998 führte das indonesische Militär die Militäroperation Jaring Merah (Rotes Netz) in Aceh durch. Die NGO-Koalition „Menschenrechte Aceh“ berichtet in ihrem Buch „Fakta bicara“ unter Berufung auf Zahlen von Amnesty International, dass von 1989 bis 1992 bis zu 2.000 Menschen ohne Gerichtsverfahren getötet worden seien, darunter Zivilist*innen und Anhänger*innen der Bewegung Aceh Merdeka (AM)/Gerakan Aceh Merdeka (GAM) sowie deren Familien. Ungefähr 1.000 Zivilist*innen wurden wegen des Verdachts, die AM/GAM zu unterstützen, festgenommen, mehr als 50 Personen vor Gericht gestellt und wegen Hochverrat zu Haftstrafen zwischen 13 und 20 Jahren verurteilt. Auch die GAM verübte eine Reihe von Gewalttaten, vornehmlich um „Verräter der Bewegung“ aus ihren Reihen zu entfernen.

Der nach dem Sturz Suhartos 1998 einsetzende Wandel von einem repressiven zu einem demokratischen System führte auch in Aceh zu Turbulenzen. In den darauffolgenden Jahren kam es zu weiteren Operationen zur Bekämpfung der GAM. Tausende wurden Opfer der Gewalt.

Viele zeigten sich mit Beginn der Reformasi jedoch offen solidarisch mit den Opfern des indonesischen Militärs. Zivile Bewegungen und lokale Menschenrechtsinstitutionen, die Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen dokumentierten, entstanden.

Die verheerenden Zerstörungen des Tsunamis im Dezember 2004 mit Hunderttausenden Toten stellten einen Wendepunkt dar und zwangen die Kriegsparteien an den

Verhandlungstisch. In Helsinki einigten sich die Konfliktparteien in einem Memorandum of Understanding (MoU) auf einen Friedensschluss. Von besonderer Bedeutung ist dabei Punkt 2.3 des Memorandums, der die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission in Aceh vorsieht. Der Inhalt des MoU wurde in eine offizielle Regierungsverordnung (LOGA) übertragen, um den Weg für die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission in Aceh (KKRA) zu ebnen.

Der mittlerweile 15 Jahre währende Frieden macht sich sowohl für die Menschen vor Ort als auch auf nationaler und internationaler Ebene bemerkbar. Es wurden in großem Umfang Mittel für die Entwicklung und den Wiederaufbau der Region bereitgestellt, z.B. für den Bau von Infrastruktur, für Schulen und Krankenhäuser sowie öffentliche Einrichtungen.

Wenig wurde hingegen für die Opfer des Konflikts sowie ihre Angehörigen getan, die bis heute nicht nur physisch, sondern auch psychisch leiden.

Sowohl die Zentralregierung als auch die lokalen Regierungen möchten mit dem Thema abschließen und lehren weitere Schritte einer Aufarbeitung ab, eine Sicht, die auch von vielen Intellektuellen, Politiker*innen und Bürokrat*innen geteilt wird. Eine weitere Auseinandersetzung mit den Gräueltaten und dem begangenen Unrecht wird dem Primat Friedenssicherung untergeordnet. Martti Ahtisaari, ehemaliger Präsident Finnlands und Leiter der Verhandlungen von Helsinki zwischen den Konfliktparteien, erklärte: „Die Wiedereingliederung ehe-

maliger Freiheitskämpfer in die Zivilbevölkerung verläuft gut, der demokratische Übergang ist friedlich verlaufen und die Indikatoren für die wirtschaftliche Entwicklung sind positiv. Daher besteht keine Dringlichkeit für die Bildung von Wahrheits- und Versöhnungskommissionen (KKRA), da dies hitzige Reaktionen hervorrufen würde.“¹ Zivilgesellschaftliche Organisationen, Menschenrechtsaktivist*innen und nicht zuletzt die Opfer sind grundsätzlich anderer Auffassung und fordern weiterhin eine Aufarbeitung begangener Verbrechen.

Es gibt unterschiedliche Erklärungsansätze für die Eskalation der Gewalt in Aceh. Historische und wirtschaftliche Faktoren spielen in dem Konflikt eine bedeutende Rolle. In der Geschichte Acehs kam es immer wieder zu Rebellionen, die dann durch militärische Operationen beendet wurden. Es wurde jedoch noch nie jemand für verübte Gewalttaten zur Rechenschaft gezogen. Nach der Ausrufung des Freien Aceh 1976 durch Hasan di Tiro folgte ein 30-jähriger Bürgerkrieg. Das indonesische Militär führte verschiedene Militäroperationen durch, um die Bewegung Freies Aceh zu unterdrücken. Vonseiten der Zentralregierung wurde die Widerstandsbewegung als „Bewegung der Unruhestifter“ (GPK) bezeichnet und ihr Gründer Hasan di Tiro sah sich gezwungen, in Schweden Zuflucht zu suchen.

1989 erklärte die indonesische Regierung unter der damaligen Führung von Präsident Suharto, gleichzeitig Oberbefehlshaber der indonesischen Armee, den militärischen Notstand in Aceh. Die Operation unter dem Codenamen Jaring Merah dauerte insgesamt zehn Jahre (1989-1998) und erstreckte sich auf das gesamte Sonderverwaltungsgebiet von Aceh. Die Region wurde abgeriegelt und Medien konnten nicht frei über die Gewalt in der Region berichten. Bis zum Rücktritt Suhartos und dem Beginn der Reformasi wussten viele Menschen nicht, was tatsächlich in Aceh geschah.

Auswirkungen des Acehkonflikts

In den zehn Jahren der Militäroperation verzeichnete Human Rights Watch (HRW) 871 gewaltsame Todesfälle sowie 387 Vermisste, die später tot aufgefunden wurden. 550 Menschen gelten weiterhin als vermisst, 368 Menschen wurden Opfer von Verfolgungen, darüber hinaus sind 120 Opfer zu beklagen, deren Häuser niedergebrannt wurden, 102 Menschen wurden nach Angaben von HRW Opfer von Vergewaltigungen. Die Militäroperation brachte nicht nur Verstöße gegen geltende Gesetze und Menschenrechte mit sich, wie z. B. Gewalttaten und Misshandlungen gegenüber Zivilist*innen, sondern sie bedeutete auch das Ende der seit Jahrhunderten bestehenden islamisch geprägten Zivilisation in Aceh.²

Am 9. Mai 2003 erklärte Präsidentin Megawati Sukarnoputri das Kriegecht in Aceh. Diese indonesische Militäroperation war offiziell gegen die Bewegung Freies Aceh (GAM) gerichtet. Sie begann am 19. Mai 2003 und dauerte ungefähr ein Jahr an. Sie wurde durchgeführt, nachdem die GAM ein zweiwöchiges Ultimatum abgelehnt hatte, um eine besondere Autonomie für Aceh

unter dem Schirm des Einheitsstaats der Republik Indonesien (NKRI) zu akzeptieren. Mit mehr als 30.000 Soldaten und 12.000 Polizisten war dies nach Osttimor 1976 die größte Militäroperation in Indonesien. Mindestens 348 Menschen wurden getötet, 125 Menschen ließ man verschwinden, in 121 Fällen davon wurden später deren Leichen gefunden. Hinzu kommen zahlreiche Fälle von Vergewaltigung, Morddrohung, Erpressung und Zerstörung von Eigentum. Auch nach offizieller Beendigung des Notstands führte das Militär die Operation weiter. Ab Mai 2003 wurden insgesamt schätzungsweise 2.000 Menschen getötet. Nach Angaben des Militärs handelte es sich bei den meisten Opfern um Kämpfe*innen der GAM. Internationale und lokale Menschenrechtsorganisationen, darunter die Indonesische Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM RI, eine unabhängige staatliche Einrichtung), bezweifeln diese Angaben und gehen stattdessen davon aus, dass es sich bei der Mehrzahl der Opfer um Zivilist*innen handelte. Es gibt Beweise dafür, dass das Militär häufig nicht zwischen GAM-Kombattant*innen und Zivilist*innen unterschied. Untersuchungen zeigen allerdings auch, dass die GAM an der Brutalität in Aceh mitschuldig war.

Am Tag vor der Einführung des militärischen Notstands (*Darurat Militer*) wurde das Dorf Jambo Keupok in Süd-aceh Schauplatz besonders schwerer Menschenrechtsverletzungen. Nachdem das Militär von einem Informanten erfahren hatte, dass das Dorf früher einer der Stützpunkte der GAM war, durchkämmte es am 17. Mai 2003 das Dorf. Das Militär zwang alle Bewohner*innen, ihre Häuser zu verlassen. Männer, Frauen, Alte, Junge und Kinder mussten sich versammeln. Die Dorfbewohner*innen wurden verhört und sollten Auskunft über den Aufenthaltsort der gesuchten GAM-Kämpfer geben. Als die Bewohner*innen erklärten, dass sie deren Aufenthaltsort nicht kennen, schlugen und traten die Täter auf die Menschen ein. Insgesamt 16 Zivilist*innen starben, nachdem sie gefoltert, erschossen oder verbrannt wurden. Drei Häuser wurden niedergebrannt, mehrere Frauen wurden mit Waffen geschlagen. Die Bewohner*innen des Dorfes flüchteten sich für 44 Tage in eine Moschee, aus Angst, die Täter könnten zurückkehren. Man nimmt an, dass es sich bei den Tätern um Mitglieder der Militäreinheit Para Komando (PARAKO) sowie einer Einheit des Geheimdienstes handelte (SGI).

Am 4. Oktober 2013 beauftragte Komnas HAM ein Ad-hoc-Team mit der Untersuchung mehrerer Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen in Aceh, darunter auch die Vorfälle in Jambo Keupok. Die im Zuge der Ermittlungen gesammelten Beweise hielt der Generalstaatsanwalt jedoch nicht für ausreichend. Es müssten mindestens zwei Beweise vorliegen, damit Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen vor Gericht gestellt werden könnten. Bis heute warten die Menschen in Jambo Keupok auf Gerechtigkeit. Viele sind noch immer traumatisiert. Kinder der Opfer können ihre Ausbildung häufig nicht fortsetzen oder brechen ihre Ausbildung nach der Grundschule mangels finanzieller Mittel ab.

Friedensbemühungen

Im Laufe der Jahre gab es verschiedene Dialogversuche, um Frieden in Aceh zu schaffen. Nach dem Rücktritt Su-

1 Edward Aspinall and Fajran, *Transitional Justice delayed in Aceh, Indonesia*.
2 Human Rights Watch *Indonesia: The War in Aceh*, August 2001, Vol. 13, No. 4 (C)

hartos 1998 und der Übernahme des Präsidentenamtes durch seinen damaligen Stellvertreter B.J. Habibie kündigte der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Wiranto, das Ende der militärischen Intervention in Aceh an. General Wiranto entschuldigte sich sogar für Gräueltaten, die „einzelne Soldaten“ im vergangenen Jahrzehnt begangen hatten.³

1999 richtete die Regierung ein unabhängiges Komitee zur Untersuchung der Gewalt in Aceh (KIPTKA) ein. Das Parlament beauftragte einen Aceh-Sonderausschuss, der Untersuchungen zu verschiedenen mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen in Aceh durchführen sollte. Mit der Untersuchung von Gewaltverbrechen sollte KIPTKA die Wut der Bevölkerung lindern. In ihrem Abschlussbericht formulierte die Kommission sieben Empfehlungen an die Regierung, u.a.:

- Beendigung der Gewalt in Aceh mittels eines dialogorientierten Ansatzes unter Einbeziehung aller Konfliktparteien und Hinwirken auf eine nationale Versöhnung;
- Abzug des nicht-organischen Militärs, dessen Aufgaben durch die Polizei ersetzt werden sollte;
- juristische Verfolgung der Gewalttäter in Aceh, verbunden mit der Bildung eines speziellen Gerichts für die Gewaltverbrechen in Aceh;
- Rehabilitation der Opfer von Gewalttaten sowie von Geflüchteten.

Die Regierung, vertreten durch den Minister für Menschenrechte, etablierte eine Institution, die die Würde der Bevölkerung Acehs wiederherstellen, eine soziokulturelle Ordnung fördern und internationalen Konventionen ratifizieren sollte, insbesondere um den Schutz von Zeug*innen und Opfern sicherzustellen. Außerdem sollte die Umsetzung des Gesetzes Nr. 44/1999 über die Sonderrechte Acehs sowie über die Erörterung und Umsetzung des Parlament-Dekrets (MPR) Nr. IV/1999 über den Sonderautonomiestatus für Aceh beschleunigt werden. Durch Schulungen sollten Polizei und Militär professioneller und volksnaher gemacht werden.

Im Oktober 1999 wählte die Beratende Volksversammlung (MPR) Abdurrahman Wahid (Gus Dur) zum Präsidenten der Republik Indonesien. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Habibie, der sich für ein Referendum eingesetzt hatte, setzte Gus Dur auf Verhandlungen, um eine Klärung hinsichtlich des Status von Aceh herbeizuführen. Mit der Begleitung dieses Prozesses wurde das Henry Dunant Zentrum für humanitären Dialog (HDC) beauftragt.

In der folgenden Entwicklung spielte das HDC eine größere Rolle als ursprünglich geplant. Das HDC organisierte gemeinsame Komitees von Regierung und Rebellen in Sicherheits- und humanitären Fragen. Das Durcheinander der politischen Dynamik auf nationaler Ebene war jedoch sehr groß. Anfang 2001 hatte die militärische Führung aufgrund der nationalen politischen Konstellation die Oberhand über den Präsidenten gewonnen. Angesichts des offensichtlichen Scheiterns einer humanitären Pause der kämpferischen Auseinandersetzungen und

seiner begrenzten politischen Autorität stimmte Gus Dur im April einer größeren Militäroperation gegen die GAM zu. Die Friedensbemühungen des HDC waren somit zunächst gescheitert.

Das Abkommen von Helsinki

Dies alles änderte sich mit dem Tsunami, der am 26. Dezember 2004 u.a. die Provinz Aceh heimsuchte. Hunderttausende Menschen starben und wurden als vermisst gemeldet. Tausende Gebäude und die soziale und öffentliche Infrastruktur wurden zerstört. Die Welt trauerte über eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes. Zahlreiche internationale Organisationen leisteten Unterstützung beim Wiederaufbau Acehs. Die Bemühungen wurden jedoch durch die fragile Sicherheitslage erheblich eingeschränkt. Nicht zuletzt auf internationalen Druck hin sah sich die Regierung Indonesien veranlasst, erneut Friedensgespräch mit der GAM aufzunehmen. Der ehemalige finnische Präsident Maarti Aartisari und die von ihm gegründete Crisis Management Initiative (CMI) fungierten dabei als Moderatoren der Friedensverhandlungen. Am 15. August 2005 wurde in Helsinki schließlich ein Memorandum of Understanding zwischen der indonesischen Regierung und GAM unterzeichnet.

Das MoU markierte das Ende des Konflikts. Neben Fragen der politischen und institutionellen Neuordnung der Beziehungen zwischen Aceh und der Zentralregierung forderte das MoU auch die Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte. Das MoU verpflichtete die indonesische Regierung, ein neues Gesetz über Aceh zu erlassen, das als Gesetz Nr. 11/2006, das Aceh-Regierungsgesetz, bekannt wurde.

Das Regierungsgesetz bot eine solide Grundlage für die rasche Aufarbeitung begangener Menschenrechtsverletzungen in Aceh. Eine starke normative Grundlage allein reicht jedoch nicht aus, sondern es bedarf des Willens und der Bereitschaft der politischen Entscheidungsträger*innen in Aceh sowie der Unterstützung durch die Öffentlichkeit.

Das indonesische Parlament hat zwar die formale Legitimität der im MoU formulierten Vereinbarungen bestätigt, aber das Aceh-Regierungsgesetz weist dennoch einige Unterschiede zum MoU von Helsinki auf. Obwohl das Gesetz über die Verwaltung von Aceh nach wie vor die Einrichtung eines Menschenrechtsgerichts sowie einer Wahrheits- und Versöhnungskommission (KKR) vorsieht, beschränkt es die Zuständigkeit des Menschenrechtsgerichts auf diejenigen Fälle, die sich nach Inkrafttreten des Gesetzes ereigneten. Darüber hinaus machte das Aceh-Regierungsgesetz die Wahrheits- und Versöhnungskommission (KKR) in Aceh zu einem „untrennbaren Teil“ der nationalen KKR.

Da im Memorandum of Understanding von Helsinki die Opfer nicht erwähnt und die Menschenrechtsgerichte und die KKR durch das Aceh-Regierungsgesetz eingeschränkt wurden, ist die Übergangsjustiz in Aceh erheblich geschwächt.

Im Kontext der Übergangsjustiz fordert die Bevölkerung normalerweise Rechenschaftspflicht von früheren autoritären Regimen für schwere Menschenrechtsverletzungen (insbesondere für Verbrechen gegen die Menschlichkeit) ein. Die Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Aceh

3 Konrad Huber (2008). Jalan Berliku menuju Perdamaian Aceh dalam Accord, Rekonfigurasi Politik: Proses Perdamaian Aceh. In Aguswandi / Judith Large (Hg.), Conciliation Resources London

haben jedoch bislang nicht die Gerechtigkeit erfahren, die ihnen zusteht. Bemühungen zur Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen bestehen jedoch fort, auch wenn sich die Regierung bis heute nicht auf die Seite der Opfer und zivilgesellschaftlichen Organisationen stellt, die für die Rechte der Opfer eintreten.

Die Wahrheits- und Versöhnungskommission Aceh

Das MoU von Helsinki enthält klare Empfehlungen zur Aufarbeitung begangener Menschenrechtsverletzungen. Neben der Einhaltung der Vereinbarungen der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte sowie der Vereinbarungen zu wirtschaftlichen und sozialen Rechten sieht das MoU die Einrichtung eines Menschenrechtsgerichts sowie einer Wahrheits- und Versöhnungskommission (KKR) vor, die entsprechende Versöhnungsmaßnahmen erarbeiten soll.

In den Jahren 2012 bis 2013 bildete das Regionalparlament Acehs auch auf Druck vonseiten der Zivilgesellschaft einen Sonderausschuss zur Einrichtung der KKR.

Die Aufgaben der Aceh-KKR wird durch Aceh Qanun geregelt und orientiert sich an den gesetzlichen Bestimmungen des KKR-Gesetzes, in dem im Wesentlichen festgehalten ist, dass die Aceh-KKR untrennbar mit der nationalen KKR verbunden sei (Gesetz Nr. 27/2004).

Seit der Vorsitzende der Aceh-KKR im Oktober 2016 vereidigt wurde und seine Arbeit aufgenommen hat, hat er von über 4.000 Zeug*innen und Opfern aus der Region Aussagen angehört. Im Rahmen von Anhörungen tagte die KKR seit 2018 bereits dreimal. Bei der letzten Anhörung im November 2019 hat die KKR eindeutig Stellung bezogen, indem sie die Opfer und ihren Familien die Möglichkeit gegeben hat, die Vorkommnisse direkt zu kommunizieren. Damit wurde öffentlich, wie die Opfer selbst die Konfliktperiode erlebten und welche Auswirkungen der Konflikt auf sie hatte. Darüber hinaus hatten sie die Möglichkeit, ihre Erwartungen an die Regierung zu artikulieren. Diese haben sich jedoch bis heute noch nicht erfüllt.

Darüber hinaus hat die KKR der acehnesischen Regierung Empfehlungen zur Wiedergutmachung für 247 Opfer vorgelegt. Diese beinhalten die Bereitstellung medizinischer,

psychologischer und wirtschaftlicher Unterstützung sowie einer Lebensversicherung für ältere Menschen und ein Aufenthaltsrecht für die Opfer. Bis heute ist die Regierung von Aceh noch damit beschäftigt, den Empfehlungen der KKR nachzukommen. In Bezug auf die globale COVID-19-Pandemie hat die KKR Aceh den Gouverneur von Aceh außerdem dazu aufgefordert, die Wiedergutmachungsansprüche von 4.286 Opfern und/oder ihren Familien zu erfüllen, da diese von COVID-19 besonders betroffen seien.

Die Ergebnisse der Arbeit der KKR in Aceh sollen im Oktober 2021 in einem Abschlussbericht vorgelegt werden, in dem der Regierung in Jakarta und der Regierung von Aceh sowie dem Parlament von Aceh folgende Punkte empfohlen werden:

- rechtliche, politische und administrative Änderungen,
- die Umsetzung von Versöhnungsmaßnahmen,
- Wiedergutmachung für die Opfer und
- rechtliche Schritte gegen die Täter von Menschenrechtsverletzungen.

Es ist zu hoffen, dass die von der KKR Aceh vorgelegten Berichte und Empfehlungen zu einem gerechteren Frieden in Aceh beitragen können.

Ein Vertrauen der Menschen in Justiz und Regierung kann nur aufgebaut werden, wenn die Menschen einen echten politischen Willen seitens der neuen Regierung bei der Durchsetzung des Gesetzes und der Abschaffung von Sonderrechten von Staatsbeamten erkennen können. Die Regierung muss in der Vergangenheit begangene Menschenrechtsverletzungen anerkennen und deutlich zum Ausdruck bringen, dass Menschenrechtsverletzungen nicht toleriert werden. Der Erfolg im Umgang mit Verbrechen der Vergangenheit ist eine Voraussetzung für die Schaffung einer demokratischen Gesellschaft in der Zukunft.

Epi Narti Zain arbeitet seit mehr als zwanzig Jahren zu Menschenrechtsfragen und ist derzeit stellvertretende Vorsitzende der Wahrheits- und Versöhnungskommission Aceh sowie Leiterin der Arbeitsgruppe Wahrheitssuche.



Die vergessenen Märtyrerinnen von Timor-Leste

von Maria Manuela Leong Pereira

© ACbit/Maria Manuela Leong Pereira

*Mehr als 20 Jahren nach der Befreiung Timor-Lestes kämpfen die weiblichen Opfer und Überlebenden der während der indonesischen Besatzung (1974-1999) begangenen Gräueltaten immer noch um Anerkennung und um Wiedergutmachung. Die meisten von ihnen, insbesondere die Opfer sexueller Gewalt, sehen sich einer mehrschichtigen Diskriminierung durch ihre Familien, Nachbar*innen, traditionellen Gemeinschaften und durch öffentliche Institutionen ausgesetzt. Die Frauenrechtsorganisation ACbit setzt sich für sie ein.*

Der 12. April 2020 war ein trauriger Tag für die Familie von Angela Teresa dos Santos, einer Überlebenden des Konflikts, die im Mai 1999 Menschenrechtsverletzungen erleiden musste. Angela Teresa dos Santos, eine 24-jährige Frau, hatte das Schweigen über ihre Entführung und Vergewaltigung durch eine Miliz unter der Führung des indonesischen Militärs gebrochen. Monate nach der Ankunft der Friedenstruppen führte ihr Mut zu einer UN-Untersuchung und später, in einem bahnbrechenden Urteil, entschied ein von der UNO und der timoresischen Regierung einberufenes Gericht, ihre Vergewaltigung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen.¹

Die Erfolgsgeschichte ihres Falles hat Angela eine Entschädigung in Form einer Veteranenrente eingebracht, die nur wenige weibliche Opfer erhalten. Sie bezahlte jedoch einen hohen Preis dafür. Bis zu ihrem Tod, war sie Spott, Kritik und Diskriminierung von Nachbar*innen und der Gesellschaft ausgesetzt. Akute Gesundheitsprobleme und Armut, in die sie nach ihrer Heirat und Geburt ihrer Kinder geriet, belasteten ihr Leben zusätzlich.

Straflosigkeit bedeutet oftmals, genau diejenigen zu bestrafen und zum Schweigen zu bringen, die ihre Stimme erheben, während ihre sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse ignoriert werden. Am Ende hatte ihre Familie selbst bei ihrer Beerdigung Schwierigkeiten. Sie konnte keinen der Särgen bekommen, die normalerweise vom Büro des Ministeriums für soziale Solidarität und Eingliederung (MSSI), das besonders schutzgefährdeten

Menschen Zugang zu staatlichen Dienstleistungen ermöglicht, zur Verfügung gestellt werden. Timor-Leste befand sich aufgrund der COVID-19-Pandemie im Ausnahmezustand. Angelas Ehemann musste sich verschulden und sich das Holz von einem Nachbarn leihen, um den Sarg zu bauen.

Angela, war schon in jungen Jahren in der Widerstandsbewegung aktiv. Die bitteren Erfahrungen, die sie während und nach dem Konflikt gemacht hat, stehen stellvertretend für die Tausenden von weiblichen Opfern und Überlebenden, die noch immer die Narben ihrer Vergangenheit mit sich tragen, aber weitestgehend vergessen werden, wenn es darum geht den gleichen Respekt wie die Männer für ihren Beitrag im Unabhängigkeitskampf zu erhalten.

Frauen als Opfer und Überlebende – Ihr Beitrag und ihre Opfer

Die Beteiligung von Frauen an der Widerstandsbewegung hat während der portugiesischen Kolonialzeit begonnen mit der Rückkehr der timoresischen Studentin Rosa Muki Bonaparte von ihrem Studium in Portugal Anfang 1975. Sie war eine der Gründerinnen der „Timorese Women’s Popular Organization“ (Organização Popular da Mulher Timorese/OPMT), die die revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Osttimors unterstützte.² Nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges 1974 und der anschließenden Invasion durch Indonesien am 7. Dezember 1975 kümmerte

1 <https://asia-ajar.org/2015/11/enduring-impunity-women-surviving-atrocities-in-the-absence-of-justice/pag 1>

2 Aditjondro, George J. (2000). Menyongsong Matahari Terbit di Puncak Ramelao-Dampak Pendudukan Timor Lorosa’e dan munculnya Gerakan Pro-Timor Lorosa’e di Indonesia, S. 119

sich die OPMT um Kinder, deren Eltern getötet worden waren, ermöglichte die Kinderbetreuung und -erziehung,³ organisierte Gemeinschaftsgärten, um Nahrung für die Kämpfer im Wald zuzubereiten. Viele Frauen wurden auch im Umgang mit der Waffe geschult.

Durch die OPMT engagierten sich auch gewöhnliche Frauen im Widerstand, entweder von ihrem zu Hause aus in den Dörfern, andere in den Bergen.⁴ Auch unter den Timores*innen, die Timor zwischen 1974 und 1990 wegen Sicherheitsbedenken verließen, um in Portugal, Australien oder einem anderen Land zu leben, gab es unzählige Frauen, die aktiv zur Lobbyarbeit beitrugen und Spendenkampagnen unterstützten.

Die Auswirkungen der Straflosigkeit auf das Leben der weiblichen Opfer und Überlebenden des Konflikts in Timor-Leste

Mehr als 20 Jahre nach der nationalen Befreiung kämpfen die weiblichen Opfer und Überlebenden mit Armut und um ihre Rechte. Noch immer haben sie unter Diskriminierung und Marginalisierung zu leiden und warten auf Gerechtigkeit und dringend benötigte Hilfen. Viele der rund 2.000 Opfer, die vor der CAVR (Commission for Reception, Truth and Reconciliation - Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission) ausgesagt haben, haben bisher keine Gerechtigkeit für die gegen sie begangenen Menschenrechtsverletzungen erhalten.⁵

Die CAVR hat 853 Fälle von sexueller Gewalt dokumentiert, darunter 393 Vergewaltigungen, 229 Fälle sexuelle Sklaverei, 231 Fälle anderer Formen sexueller Gewalt wie sexuelle Gewalt mit Folter, öffentliche sexuelle Erniedrigung und sexuelle Belästigung. Bis 2005 führte der Ermittlungsprozess bei schweren Verbrechen zu 95 Anklagepunkten, die 300 Angeklagte betrafen, nur 6 Anklagepunkte erklärten Vergewaltigung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und nur in einem Fall wurde Vergewaltigung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt, nämlich im Fall Lolotoe.⁶ In diesem Prozess wurden 83 ehemalige Milizionäre verurteilt. Sie wurden allerdings später begnadigt und aus der Haft entlassen.

Nachdem die CAVR ihr Mandat beendet hatte, gab es bis zur Gründung des Centro Nacional Chega! (CNC) im Jahr 2016 kaum noch Folgekontakte zu Opfern und Überlebenden, die vor der CAVR ausgesagt haben. Angela wurde zwei Jahre lang nicht einmal über die Entscheidung des Gerichts informiert, ebenso wenig wie über die Begnadigung des Täters Mouzinho im Jahr 2008.

Nach der Gründung des CNC, das durch das Dekret Nr. 48/2016 gesetzlich verankert wurde, sind gute Fortschritte zu verzeichnen. Es hat den Auftrag, die Erinnerung an

die Geschichte Timor-Lestes für die Zeit von 1974 bis 1999 zu bewahren, die Menschenrechte durch Bildung und Ausbildung zu fördern, Solidarität mit den Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen aufzubauen, die Wiederholung von Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und eine Kultur des Friedens zu fördern.⁷

Von 2013 bis 2019 dokumentierte unsere Organisation ACbit die Geschichten von 501 weiblichen Opfern, einschließlich Informationen über ihr gegenwärtiges Leben. Die meisten von ihnen erlebten sexuelle Gewalt – entweder durch Mitglieder des indonesischen Militärs oder der timoresischen Miliz, die das indonesische Militär unterstützte. Die ACbit-Datenbank hat 234 Fälle von Vergewaltigung, sexueller Sklaverei, Zwangsheirat und anderen Formen sexueller Gewalt dokumentiert.

Die meisten Opfer und Überlebenden, insbesondere die Opfer sexueller Gewalt, sehen sich einer mehrschichtigen Diskriminierung durch ihre Familien, Nachbar*innen, traditionellen Gemeinschaften und durch öffentliche Institutionen ausgesetzt.

Ein Beispiel ist die Diskriminierung bei der Erlangung wichtiger Dokumente wie Nachweise über Eigentumsrechte für ererbtes Land. Das liegt daran, dass Frauen den Anspruch auf ihr Erbe durch den Ehemann verlieren, wenn sie erneut heiraten oder wenn ihr Kind aus einer Zwangsheirat oder sexueller Sklaverei stammt. BM aus Viqueque ist eine Überlebende der Zwangsheiraten, die von indonesischen Soldaten zwischen 1983 und 1993 nach dem Massaker von Craras durchgeführt wurden. Ihr Ehemann wurde verhaftet und verschwand um 1983. Aus Zwangsheiraten mit mehreren Mitgliedern der indonesischen Armee über einen zehnjährigen Zeitraum hat sie zwei Töchter, die heute über 20 Jahre alt sind. Nach der Unabhängigkeit erhielt sie keine Rente für sich selbst, sondern eine Rente für ihrem Ehemann, der als Veteran dazu berechtigt war, aber dieser Rentenbezug wurde zu einem Kampf mit der Familie ihres Mannes.

„Ich habe die Rente wegen meines Mannes erhalten, deshalb sind viele Familienmitglieder meines Mannes gekommen und haben bei mir gelebt, damit sie von der Rente meines Mannes essen konnten. Ich habe eine behinderte Tochter und eine ältere Tochter, die beide Kinder der Armee sind. Die Familie meines Mannes sagte, meine Kinder hätten keinen Anspruch auf Unterstützung durch die Rente.“

Vielen osttimoresische Frauen widerfuhr stellvertretend für ihre Männer, die der Haft entkommen sind oder nicht gefasst wurden, Gewalt. In einer von ACbit in den Jahren 2014-2018 durchgeführten Studie erzählten etliche Frauen, dass sie wegen ihrer Beteiligung an Widerstandsorganisationen verhaftet wurden oder auch, weil ihre Familienmitglieder wichtige Personen in der Widerstandsbewegung waren, die sich in den Wäldern aufhielten. Oftmals wurden die weiblichen Angehörigen in den Wald gebracht, um indonesische Sicherheitskräfte zu ihren Angehörigen zu führen, obwohl sie nicht genau wussten, wo sich ihre Familienmitglieder versteckten – dies oft immer wieder über mehrere Jahre. Nach der Unabhängigkeit gab es jedoch keinen Respekt für Frauen, die allen Misshandlungen und

3 Aditjondro, George J. (2000), S. 119

4 Mason (2005), S. 46

5 Die Kommission für Empfang, Wahrheit und Versöhnung (CAVR) wurde 2001 eingerichtet und existierte von 2002 bis zu ihrer Auflösung im Dezember 2005. Die CAVR war eine unabhängige, gesetzlich verankerte Behörde, die damit beauftragt war, für den Zeitraum 1974-1999 Wahrheitssuche zu betreiben, die Versöhnung für weniger schwere Verbrechen zu ermöglichen, sowie über ihre Ergebnisse Bericht zu erstatten und Empfehlungen auszusprechen. Sie hat insgesamt 8.000 Zeug*innenaussagen aufgenommen, davon etwa 2.000 von Frauen (Anm. d. Redaktion).

6 Deklarasaun ba Imprensa, Office of the Deputy General Prosecutor for Serious Crimes (March 8, 2004), <http://socrates.berkeley.edu/~warcrime/Serious%20Crimes%20Unit%20Files/default.html>

7 <https://asia-ajar.org/2019/07/centro-nacional-chega-time-to-focus-on-survivors/>

Verbrechen, insbesondere sexueller Gewalt, getrotzt hatten, die ihnen allein deshalb entgegenschlugen, weil ihre Ehemänner oder Familienmitglieder, am Widerstand beteiligt waren.

Eine der Überlebenden aus Baucau beispielsweise, wurde verhaftet, vergewaltigt und jede Nacht in ein Hotel gebracht, um Soldaten zu bedienen. Sie wurde verhaftet, weil sie ein Mitglied der OPMT war und ihr Bruder, der sich als Guerilla-Kämpfer in den Wäldern versteckt hatte, eine wichtige Rolle einnahm.

„Warum schätzt die Regierung unseren Kampf nicht wert? Wir hatten keine Waffe in der Hand, aber wir haben unseren Körper und Geist zur Verteidigung unserer Nation gegeben“, sagte eine Überlebende aus Baucau anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen. (MF, Überlebende aus Baucau)⁸

Wenn MF sich Dokumente ausstellen lassen will, um über ihren älteren Bruder eine Veteranenrente zu erhalten, gilt sie als nicht anspruchsberechtigt, da die Frau des Bruders als anspruchsberechtigt angesehen wird. Tatsächlich sahen sich ihre Kinder jahrelang mit Hindernissen konfrontiert, nur um Geburtsurkunden zu erhalten, weil Beamte darauf bestanden, nach dem Namen des Vaters der Kinder zu fragen.

Weibliche Opfer und Überlebende sind oft von Unterstützungsprogrammen der Regierung ausgeschlossen. Sie haben keinen leichten Zugang zur Gesundheitsversorgung, zur Bildung für ihre Kinder, zu psychosozialen Programmen oder zu Programmen der wirtschaftlichen Unterstützung. Viele sind auch vom Rentensystem für Veteranen ausgeschlossen, weil sie die Voraussetzungen nicht erfüllen. Eines der Kriterien für die Beantragung einer Veteranenrente sind zwei Zeugen, die aussagen, dass die Frau entweder als Essenslieferantin/Kurierin, als Mitglied einer Geheimorganisation für eine bestimmte Zeit oder als Spionin an ihrem Wohnort zum Widerstand beigetragen hat. Viele im Geheimen lebende Widerstandsführer trafen als letzten Kurier oder als letztes Relais nur Männer an. An weibliche Geheimmitglieder, die als Zwischenbotinnen fungierten, erinnert sich der Widerstandsführer im Dschungel also nicht. Auf diese Weise erhalten viele Frauen zwar Pensionen im Namen ihrer ermordeten, verschwundenen oder verstorbenen Ehemänner, aber keine Rente in ihrem eigenen Namen. Und das, obwohl Frauen und Männer den gleichen Beitrag geleistet haben. Aus den uns vorliegenden Informationen geht hervor, dass derzeit 28.161 Personen (19.798 Männer und 8.363 Frauen) die Kriterien für eine Veteranenrente erfüllen, entweder für sich selbst oder für Familienmitglieder wie ihre Ehefrauen, Kinder oder Enkelkinder.

„Ich bin traurig und verletzt. Ich habe für diese Nation gelitten, aber der Kampf der Frauen wird von den Männern nicht geschätzt“, sagt Iria Boedasi.⁹

Iria Boedasi Moniz war 1975 fünfzehn Jahre alt. Wie viele andere junge Frauen war sie in der OPMT aktiv, kochte für die Rebellenkämpfer in den Bergen und arbeitete für die Unabhängigkeit. Im Jahr 1994 verbrachte sie fünf Monate

in den Bergen, wurde aber vom indonesischen Militär gefangen genommen. Sie wurde zum Unterdistrikt-Militärkommando und später zum Distrikt-Militärkommando 1636 Maliana gebracht. In den folgenden neun Monaten wurde sie geschlagen, getreten, mit Elektroschocks und angezündeten Zigaretten brutal gefoltert, sexuell belästigt und vergewaltigt. Sie wurde gezwungen, das Innere eines Zimmers und Hofes des Bezirksmilitärkommandos in ihrer Unterwäsche zu reinigen.¹⁰ Über einen Zeitraum von acht bis 14 Jahren erhielt sie eine Veteranenrente. Als ihr Name als Empfängerin einer Veteranenrente registriert wurde, war die Gemeinde, in der sie lebte, mit dieser Entscheidung unzufrieden, weil sie davon ausging, dass sie während der Kämpfe keine Waffe benutzte und noch dazu Opfer sexueller Gewalt war. Mehrere Männer in der Gemeinde griffen sie daraufhin an und verprügelten sie, so dass sie schließlich in ein Frauenhaus flüchtete. Nachdem sie sich in einem sicheren Haus von ihrem Trauma erholt hat, ist sie in eine andere Stadt gezogen.

Intergenerationelle Zyklen von Armut und Marginalisierung

Auch Überlebende von sexueller Gewalt, insbesondere solche mit Kindern aus sexueller Gewalt, erleben Diskriminierung und Marginalisierung. Die Stigmatisierung von Müttern überträgt sich auf ihre Kinder und isoliert sie in ihren Familien und Gemeinschaften.

Viele Überlebende stehen weiterhin auch vor der Herausforderung, das Staatsbürgerschaftszertifikat für ihre Kinder (in Tetun: *certidao RDTL*) zu erlangen. In unserer Untersuchung im Jahr 2017 kam heraus, dass von den 22 befragten Personen sechs immer noch kein Zertifikat besitzen. Obwohl die Verfassung und das Staatsbürgerschaftsrecht jedem Kind, das in Timor-Leste geboren wird, und jedem Kind mit einem timoresischen Elternanteil, das im Ausland geboren wird, die Staatsbürgerschaft garantiert, stellt die gängige Praxis, sich auf von der Kirche ausgestellte Taufbescheinigungen zu verlassen, ein Hindernis für diese Kinder dar. Einige Beamte erkennen den Sachverhalt nicht an und weigern sich, die Staatsangehörigkeitsbescheinigung ohne Informationen über den Vater vorzulegen.

Ein weiteres Ergebnis unserer Untersuchungen ist, dass die meisten Frauen, die sexuelle und geschlechterbasierte Gewalt überlebt haben, sowie ihre Familien arm sind. Eine Studie der Weltbank bestätigt, dass ein Armutsindikator „das Geschlecht des Haushaltsvorstands“¹¹ ist. In Timor-Leste werden fast 16 Prozent der in Volkszählungen erfassten Haushalte von Frauen geführt. Weibliche Haushaltsvorstände, die aufgrund ihres Status als Opfer von sexueller Gewalt stigmatisiert sind, stehen daher etlichen Herausforderungen gegenüber. Im Juni und Juli führten ACbit und AJAR (Asia Justice and Rights) eine Umfrage über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Opfer durch und dokumentierten die Auswirkungen des staatlichen Notstands (Lockdown) auf die Möglichkeiten für Opfer, ihre täglichen Bedürfnisse

8 <http://chegabaita.org/blog/event-activities/sixteen-days-of-activism-against-gender-violence-international-day-for-the-elimination-of-violence-against-women/>

9 <https://asia-ajar.org/2015/11/enduring-impunity-women-surviving-atrocities-in-the-absence-of-justice/>, S. 236

10 <https://asia-ajar.org/2015/11/enduring-impunity-women-surviving-atrocities-in-the-absence-of-justice/>, S. 237

11 <http://documents.worldbank.org/curated/en/143891560928616596/pdf/Gender-Sensitive-Poverty-Mapping-for-Timor-Leste-Policy-Note.pdf>

zu befriedigen: Während des Lockdowns „konnte unser Gemüse nicht verkauft werden, weil es keine Transportmöglichkeit gab. Wir haben kein Geld, obwohl wir reichlich Nahrung haben, aber wir brauchen Geld, um unsere Kleidung zu waschen und Milch für unsere Enkelkinder zu kaufen“ (TJ, eine Überlebende aus Dare, 58 Jahre).

Frauen als Opfer und Überlebende vergangener Konflikte brauchen Anerkennung und Respekt

Während des Vorfalls von Mauxiga kamen eines Nachts vier Männer der sog. Zivilschutz-Truppe zu FB und fragten: „Wo ist dein Mann?“ Filomena antwortete: „Mein Mann ist weggelaufen und ich weiß nicht, wohin.“ „Du lügst!“ Dann wurde FB nacheinander von diesen vier Leuten vergewaltigt.

Im Allgemeinen glauben die Opfer, dass es ihr Leiden, ihre Opfer und ihre Stärke während der Zeit des Kampfes von 1974 bis 1999 waren, die die Unabhängigkeit brachten. Sie sind der Überzeugung, dass sie es verdienen, für all ihre Opfer belohnt zu werden. Betrachtet man die Erfahrungen der Frauen, die zum Unabhängigkeitskampf beigetragen haben, so sollten die meisten der Überlebenden Anspruch auf eine Überlebendenrente haben, denn im Gesetz Nr. 9/2009 des Statuts der nationalen Befreiungskämpfer heißt es in Artikel 26, Nummer 9: „Die Brüder können dann in den Genuss der Rente kommen, wenn sie Folter, Exil oder Gefangenschaft erlitten haben, auch wenn sie diesem wegen der Militanz des kämpfenden Bruders ausgesetzt waren [...]“¹²

Von den Taten der Märtyrer, die von den Opfern und Überlebenden vergangener Konflikte begangen wurden, kann man sagen, dass sie etwas von großem Wert und vor allem das Leben selbst um des Prinzips willen als Märtyrer für die Sache der Freiheit geopfert haben. Ähnlich wie andere Veteranen und Helden, die als Märtyrer ebenfalls an ihren Prinzipien festhalten, um bis zum Ende für das Ziel der Unabhängigkeit zu kämpfen, haben diese Märtyrerinnen ihr Leben für die Freiheit geopfert. Aber nach der Unabhängigkeit wurden diese Frauen an den Rand gedrängt.

„Ich wurde für dieses Land gefoltert, ich glaube, das kümmert niemanden. Die Regierung hat sich nur um die männlichen Opfer gekümmert, weil sie Waffen trugen. Ist das Gesetz nur auf der Seite der Männer, die Waffen trugen, während wir Frauen so benutzt wurden, wie sie es wünschten: inhaftiert, gefoltert, verbrannt? Wird unser Kampf von der Regierung nicht gezählt und geschätzt? Wir Frauen trugen keine Waffen wie die Männer, aber wir Frauen haben unseren Körper und unsere Seele gegeben, um unser Land zu verteidigen“ (MF, Überlebende von Baucau).¹³

Der Kampf um Anerkennung und Respekt wird noch sehr lange dauern. Aus den Daten und Geschichten der 501 Opfer und Überlebenden, die wir gesammelt haben, geht hervor, dass nur 43 Personen Anspruch auf eine Veteranenrente haben, davon 21 Personen, die in ihrem eigenen Namen Anspruch auf eine Veteranenrente haben.

12 Lei No. 9/2009 de 29 Julho, Estatuto dos Combatentes da Libertação Nacional, Ministério Para os Assuntos. Dos Combatentes da Libertação Nacional, S. 9.

13 <https://asia-ajar.org/2015/11/enduring-impunity-women-surviving-atrocities-in-the-absence-of-justice>

In der Zwischenzeit erhielten 23 weitere Personen Veteranenrenten von ihren Ehemännern. Auch wenn sie weiterhin versuchen, voranzukommen, hoffen sie immer noch auf Anerkennung – auf die als Opfer und aktiv am Widerstand beteiligten. Vielleicht könnte eine Einladung zu den Gedenkfeiern für die Unabhängigkeit einen Schritt auf dem Weg zur Anerkennung darstellen.¹⁴

Asosiasaun Chega!ba Ita (ACbit) – Hand in Hand mit weiblichen Opfern und Überlebenden

ACbit wurde als zivilgesellschaftliche Initiative gegründet, um sicherzustellen, dass die Empfehlungen des CAVR-Berichts, Chega! genannt, nicht in Vergessenheit geraten und um die timoresische Öffentlichkeit über die Ergebnisse und Empfehlungen des CAVR aufzuklären. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf die Stärkung der Rolle der überlebenden Frauen. Wir stärken Opfer und Überlebende durch spezialisierte Aktivitäten zur Traumaheilung, um ihre Traumata zu lindern. Außerdem helfen wir ihnen Selbstvertrauen zu gewinnen, indem wir sie in Schulungen zu Geschlechtergerechtigkeit, Führungsqualitäten und wirtschaftlichem Empowerment einbeziehen und sie mit Sozial- und Gesundheitsdiensten in Verbindung setzten. ACbit bezieht die Frauen auch in Lobbying-Aktivitäten und Kampagnen ein, um für ihre Rechte einzutreten, und unterstützt und stärkt Aktivist*innen darin, Vorbilder für ihre Gemeinden zu werden. ACbit spricht mit der Regierung und der Gemeinschaft, um politische Änderungen herbeizuführen, insbesondere solche, die die Rechte der überlebenden Frauen und ihrer Kinder, die am verletzlichsten sind, gewährleisten.



Selbsthilfegruppe für Überlebende.
© ACbit/Maria Manuela Leong Pereira

Unser Ansatz folgt Methoden der partizipatorischen Aktionsforschung (Participatory Action Research, PAR) wie beispielsweise Gruppendiskussionen über die Probleme, mit denen sie konfrontiert sind und den Austausch über individuelle Lösungsansätze. Wie fördern auch die Vernetzung von Überlebenden mit weiblichen Opfern häuslicher Gewalt, um Vertrauen und eine stärkere Basis für die Frauenbewegungen aufzubauen. ACbit leistet auch

14 Das Komitee lud Überlebende bisher nur zu wenigen wichtigen Zeremonien ein, die, soweit ACbit weiß, nur einmal in Dili und einmal in Maliana stattgefunden haben.

Bildungs- und Informationsarbeit für Studierende und Schüler*innen. Wie besuchen Schulen, erstellen Comics und haben eine Wanderausstellung über die Ergebnisse des Chega!-Berichts, die wir in entlegenen Gebieten zeigen. Ebenso sammeln wir weiterhin Zeitzeuginnenberichte und bauen eine Datenbank auf.



Überlebende Frauen besuchen eine Ausstellung über ihre Geschichte.
© ACbit/Manuela Leong Pereira

Wichtige Lektionen und Empfehlungen

Rehabilitierung und Gerechtigkeit für Opfer und Überlebende ist zu einer Verpflichtung von ACbit geworden. Opfer und Überlebende sagen immer wieder „zum Glück“: zum Glück gibt es ACbit, zum Glück leben wir noch, zum Glück hat ACbit uns geholfen, offen zu sein, zum Glück konnte ACbit mehr Freunde für Opfer gewinnen.

Doch die Arbeit von ACbit alleine reicht nicht aus, um allen Opfern dabei zu helfen einander die Hände zu reichen, aufzustehen und laut auszusprechen, was ihnen widerfahren ist, damit sie endlich wieder nach Vorne blicken können.

Wir haben gelernt, dass Forderungen nach Wahrheit und Gerechtigkeit für die Opfer ohne konsequenten Druck von Überlebenden und zivilgesellschaftlichen Gruppen keinen langfristigen Wandel bewirken können. Es bedarf einer ständigen Überwachung auf nationaler und internationaler Ebene, und interner Lobbyarbeit, um die politische Führung beim Abbau der Diskriminierung für Frauen, die ihr Leben für die Freiheit geopfert haben, zu unterstützen. Der Staat Timor-Leste hat die rechtliche, moralische und politische Verpflichtung, das Leben von Opfern und Überlebenden zu verbessern, insbesondere das der weiblichen Opfer und Überlebenden des Konflikts.

Die Verbesserung des Zugangs zu sozialen Diensten sowie die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen in Timor-Leste muss weitergeführt werden. Bestehende Angebote müssen ihre Maßnahmen auf die Unterstützung weiblicher Opfer und Überlebender von Konflikten ausdehnen; die Angebote sollten dahingehend überprüft werden, ob sie die weiblichen Opfer des Konflikts von 1974 bis 1999 ausreichend einbeziehen und so angepasst werden, dass deren spezifischen Bedürfnissen Rechnung getragen wird und ihr Zugang zu geeigneten Diensten gewährleistet ist. Die Regierung hat über das Ministerium für Solidarität, Soziales und Inklusion (MSSI) bisher große Summen für Frauenhäuser im Distrikt (Uma Mahon) bereitgestellt. Es besteht die Hoffnung, dass diese zu gemeindebasierten Trauma-Unterstützungszentren für Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt und Opfer des Konflikts geworden sind, umgestaltet werden.

Programme, die den Zugang zu Gerichten regeln, sollten Land- und Erbrechte von weiblichen Opfern, insbesondere von Witwen und alleinstehenden Frauen und Müttern sowie den Schutz vor Diskriminierung in ihre Leitlinien und Handlungsansätze aufnehmen

Als eine Regierungsorgan muss das Centro Nacional Chega! (CNC) eine proaktive Rolle annehmen, um die Umsetzung der CAVR-Empfehlungen für Frauen, die sexuelle geschlechtsspezifische Gewalt überlebt haben, zu gewährleisten. Dazu gehört auch, ihnen den Zugang zur Unterstützungsangeboten der Regierung zu erleichtern, sofortige Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass ihre Kinder gültige Ausweisdokumente und Zugang zu Stipendien sowie zu finanzieller Unterstützung für Projekte zur Sicherung des Lebensunterhalts erhalten. Schließlich sollten die Zivilgesellschaft, der CNC und die Überlebenden den bestehenden Rechtsrahmen für Gerechtigkeit und Opferhilfe überprüfen: Es sollte untersucht werden, wie eine geschlechtsspezifische Interpretation von Vergewaltigung als Folter einigen weiblichen Überlebenden von geschlechtsspezifischer Gewalt, den Zugang zu Veteranengeldern ermöglichen kann; außerdem sollten klare Richtlinien und laufende Schulungen für nationale Beamte und Bezirksbeamte, die für die Erteilung von Staatsbürgerschaftszertifikaten zuständig sind, entwickelt werden.

Maria Manuela Leong Pereira ist die Exekutivdirektorin des Asosiasaun Chega! Ba Ita (ACbit). ACbit setzt sich für die einen öffentlichen Dialog zur Anerkennung vergangener Menschenrechtsverletzungen an Frauen ein und leistet gegenüber zuständigen Regierungs- und Nichtregierungsgruppen Lobbyarbeit, damit diese Politiken und Dienstleistungen zur Unterstützung der weiblichen Überlebenden und Opfer von Gewalt umsetzen.

Viele Menschen haben an diesem Heft mitgewirkt. Unser Dank geht dabei zuvorderst an die Autor*innen, die bereit waren, ihre Einsichten mit uns allen zu teilen.

An den Übersetzungen aus dem Englischen und der redaktionellen Bearbeitung der Artikel haben Nedim Sulejmanović, Niels Utermöhlen und Christine Holike mitgewirkt. Die Übersetzungen aus dem Indonesischen stammen von Gudrun Ingratubun. Kartika Manurung unterstützte die Autor*innengewinnung und mit Übersetzungen ins Indonesische während der Anfangsphase der Entstehung dieses Hefts.

Eva Streifeneder hat teils in Nacht- und Nebelaktionen das Korrektorat sowie den Satz erstellt.

Für die Bereitstellung von Bildmaterial gilt unser besonderer Dank Andreas Harsono, Chaideer Mahyuddin, KontraS sowie einzelnen Autor*innen.

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ sowie der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit erstellt.

Ferner danken wir Misereor, Missio und Evangelische Kirche im Rheinland (EkiR)



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Watch Indonesia! verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Insgesamt geben die Beiträge ausschließlich die Meinungen und Positionen der Autor*innen wieder.



Watch INDONESIA!

Für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Osttimor e.V.

Urbanstr. 114 | 10967 Berlin | Tel./Fax +49-30-698 179 38

www.watchindonesia.de | E-Mail: watchindonesia@watchindonesia.de

POSTBANK BERLIN | IBAN: DE96 1001 0010 0002 1271 01 | BIC/SWIFT: PBNKDEFF

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit. Watch Indonesia! e.V. ist eine gemeinnützige Organisation. Ihre Spende können Sie als Sonderausgabe steuerlich absetzen.

